

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkältigen Volkes

Abohmentspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mt., für einen Monat 6.—Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 geblattete Kolonelseite oder deren Raum 1.00 Mt., bei Plakatvorstanz 2.80 Mt.; Familienanzeigen, die 7 geblattete Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelseite 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Frankreich und die Reichsgerichtsurteile.

Berlin, 12. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erfuhr, wird die französische Regierung vorläufig keine offene Kündigung an die deutsche Regierung zur Begründung oder Erklärung der Abschaffung ihrer Delegierten zu den Leipziger Prozessen erlassen. Die französische Regierung beabsichtigt, die Frage zunächst auf sich zu beziehen zu lassen und im Zusammenhang mit den übrigen politischen Fragen auf der nächsten Konferenz des Obersten Rates zu besprechen.

Das heißt, Frankreich wird die Sprüche des Reichsgerichts in den Kriegsverbrecherprozessen benutzen, um von seinen Verbündeten die Ermächtigung zur Aufrechterhaltung der Sanktionen zu erlangen. Düsseldorf u. w. werden für Leipzig blühen müssen.

Briands Außenpolitik.

Die Kriegsverbrecherprozesse und die Sanktionen.

Berlin, 11. Juli. (Kammert.) Nachdem Briand zunächst über die französische Frage gesprochen hatte, wandte er sich der äußeren Politik zu und sagte u. a.: Frankreich besitzt zur Wahrung seiner Interessen und Wünsche die nötigen Kräfte, welche es auch seien. Die öffentliche Meinung in Deutschland mag vom Geiste der Altköniglichen ergriffen werden, sie mag es ablehnen, auf den Ereignissen die richtige Lehre zu ziehen und den demokratischen Errungenschaften zum Siege zu verhelfen; sie mag selbst von einem Nachschlag sprechen; eine Tatsache bleibt nichtsdestoweniger bestehen: Frankreich steht am Rhein und kann nicht zugeben, daß Deutschland so umgestaltet wird, daß es eine Bedrohung für Frankreich darstellen könnte.

Briand trug nunmehr den französischen Standpunkt in der oberfränkischen Frage vor: Frankreich habe sich nur an den Friedensvertrag. Die Tatsachen scheinen zugunsten Polens zu sprechen, und es müssen schon schwerwiegende Beweisgründe gebracht werden, um zu einer andern Regelung zu kommen. Es müssen Vorsichtsmäßigkeiten getroffen werden. Nun gut! Wir werden sie ergreifen!

Briand geht sodann zur Frage der Aburteilung der Kriegsverbrecher über. Deutschland tat so, als wolle es diese Aburteilungen vornehmen. Über die französische Regierung mußte zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Unwesenheit der französischen Abordnung in Leipziger vollkommen zwecklos war, da es sich ja doch nur um ein Theaterstück handelte.

Briand sah die gegenwärtige Außenpolitik nochmals kurz zusammen und sagte, er habe ein militärisches Vorgehen jederzeit zu vermeiden gesucht. Wenn es aber unglücklicherweise den Altköniglichen gelingen sollte, das Ministerium Wirth zu vertreten und Deutschland wieder in eine Politik zu stürzen, die für Frankreich gefährlich werden könnte, dann möge ein jeder wissen: Frankreich behält alles, was es braucht, um die Lage wieder herzustellen.

Briand fuhr fort: Wenn die Frage der Kriegsbeschuldigungen vor die Verbundesregierungen kommen wird, werden sie Deutschland fragen: Habt ihr sie verurteilt? Wenn Wirth auch alles möglich getan hat, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, so genügt das doch nicht, um Frankreich zu veranlassen, auf die Sanktionen zu verzichten. Das ist unmöglich. Die eine Tatsache bleibt bestehen: daß Deutschland geschlagen und besiegt ist. Auf französischer Seite wird es auf den festen Willen stoßen, von der Durchführung seiner Verpflichtungen Kenntnis zu nehmen. (Befall auf allen Bänken.)

Wir sind die letzten, die die Praxis des Reichsgerichts in den Kriegsverbrecherprozessen verteidigen. Aber gerade weil wir sie in jedem einzelnen Fall ausschärfste kontrolliert und kritisiert haben, weil wir ihre Unzulänglichkeiten und klassenmäßige Beschränktheit klar aufgedeckt haben, steht uns das Recht zu, Briand das Recht abzusprechen, für die Tätigkeit und den Geist einer kleinen Körperschaft, die nicht berufen ist, Deutschland nach außen hin zu repräsentieren, ganz Deutschland verantwortlich zu machen und büßen zu lassen. Wenn die französische Regierung in ihrer Verzweiflung darüber, daß die Regierung Wirth alles mögliche getan habe, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und daher der letzte Rechtsgrund für die Aufrechterhaltung der Sanktionen gefallen ist, auf ihrer frampfhaften Suche nach neuen Ausreden zur Aufrechterhaltung der Sanktionen sich an das Versagen des Reichsgerichts klammert und es als Rechtsgrund für die Sanktionen proklamiert, so ist dem entgegenzuhalten, daß die deutsche Regierung sich lediglich dazu verpflichtet hat, die ihr vor der Entente vorgelegten Listen vor das Reichsgericht zu bringen und schleunige Aburteilung zu veranlassen. Die Reichsregierung hat auch in diesem Punkte ihre Verpflichtungen erfüllt; weiter zu gehen war sie nicht verpflichtet und hätte auch gar keine Machtmittel dazu. Wenn die Entente mit der Regelung der Kriegsverbrecherfrage, der sie selbst zugestimmt hat, nicht zufrieden ist, so steht es bei ihr, eine andere Regelung vorzuschlagen. Für die Aufrechterhaltung der Sanktionen aber ist, nachdem auch die Entwaffnungsfrage so restlos gelöst ist, daß selbst Briand daran nichts auszusetzen hat, jeder Schein von Berechtigung verschwunden, ihr einziger Existenzgrund ist die unerlässliche Machtüberlegenheit des französischen Imperialismus, der die andern im Obersten Rat vertretenen Ententemächte zur Wiederherstellung des Friedens und der Wirtschaftskraft Europas in

ihrem eigenen Interesse allen Anlaß haben einen kräftigen Niegel vorzuschieben.

Wiederaufnahme der Reparationsverhandlungen.

Paris, 11. Juli. Heute werden am Quai d'Orsay unter Vorstech des Ministers Loucheur die Verhandlungen über die Reparationsfrage zwischen Staatssekretär Bergmann, Reichskommissar Dr. Guggenheim und den französischen Sachverständigen wieder beginnen.

Übergabe der ersten Schuldverschreibungen.

Berlin, 11. Juli. In Erfüllung der Verpflichtung aus Artikel 2 A des Zahlungsplans des Reparationsausschusses hat die Kriegslastenkommission dem Reparationsausschuß zum 1. Juli Schuldverschreibungen über 12 Milliarden Goldmark übergeben, die vom 1. Mai 1921 ab mit 5 Prozent verzinst und vom gleichen Datum ab jährlich mit 1 Prozent unter Zuwachs der durch Tilgung erparten Zinsen, sowie durch Rückzahlung zum Nennwert getilgt werden. Als Sicherheiten für diese Zahlungen bestimmt die deutsche Regierung an erster Stelle die Erträge der deutschen See- und Landhölle, insbesondere aller Ein- und Ausfuhrabgaben, die Erträge einer Abgabe von 25 Prozent auf den Wert aller deutschen Ausfuhr, soweit sie nicht bereits einer anderweitig aufgelegten gleichen oder höheren Abgabe unterworfen ist, und schließlich die Erträge derjenigen direkten und indirekten Steuern oder Fonds, die von der deutschen Regierung vorgeschlagen und von dem Garantiekomitee in Ergänzung oder als Ersatz für die geforderten Fonds angenommen wurden. Die Schuldverschreibung ist bereit von allen deutschen Steuern und Lasten aller Art.

Keine Verreibung der deutschen Pächter Neupplens.

Berlin, 8. Juli. Das Generalsekretariat der Botschaftskonferenz überstande der Deutschen Botschaft in Paris folgende Note vom 4. Juli:

Unter dem 30. Juni hat Herr Mayer dem Präsidenten der Botschaftskonferenz mitteilen lassen, daß die polnischen Besiedler im Begriff wären, am 1. Juli mit der Verreibung der Pächter der ehemaligen preußischen Domänen in den an Polen abgetrennten Gebieten zu beginnen. Herr Mayer hat die Konferenz erucht, ohne Verzug zu intervenieren, um die drohenden Verreibungen zu verhindern.

Das Generalsekretariat der Konferenz bekräftigt als Antwort auf diese Mitteilung den deutschen Botschafter wissen zu lassen, daß Herr Alphand, der mit der Verhinderung in dieser Frage von der Konferenz beauftragt worden war, aus eigener Initiative bei der polnischen Delegation intervenierte, worauf diese sofort die polnische Regierung aufgefordert hat, die in Aussicht genommenen Verreibungen einzustellen.

Rückgabe von Beutesfahrzeugen.

Berlin, 11. Juli. Bis zum 30. Juni 1921 sind der Entente 12 000 Beutesfahrzeuge zurückgegeben, und zwar an Frankreich 3503 Staatsbohrwagen und 361 Privatwagen, an Belgien 8111 Staatsbahnen und 115 Privatwagen.

Hat Amerika schon Frieden geschlossen?

Paris, 10. Juli. Chicago Tribune meldet aus Washington: Präsident Harding sei zwar der Wiedereinbringung eines radikal abgeänderten Vertrages geneigt, doch werde kaum etwas geschehen, ehe nicht die Antwort der Alliierten auf den amerikanischen Einspruch gegen die Mandatsverteilung durch den Völkerbund eingegangen sei. Der Generalanwalt Daugherty habe dem Kabinett einen Entwurf für die Friedensproklamation vorgelegt, doch werde beweisen, daß die Angelegenheit schon völlig reif sei. Inzwischen wisse man in amtlichen Kreisen nicht, ob die Vereinigten Staaten sich im Frieden mit Deutschland befinden oder nicht. Der Präsident sei der Ansicht, daß der Friede hergestellt wurde, als er die Resolution des Kongresses unterzeichnete, gewisse Kabinettsmitglieder seien aber im Zweifel, ob eine weitere Frist zur Herstellung eines technischen Friedenszustandes nötig sei oder nicht.

Eine Weltarbeitskonferenz?

Neuynorl, 11. Juli. Harding ging mit dem Vorschlag einer Wirtschaftskonferenz schon über die Resolution Vorah hinaus. Washingtoner Meldungen besagen, daß eine nochmalige Erweiterung wahrscheinlich sei, so daß nicht eine Fünf-Mächte-Konferenz, sondern eine Weltkonferenz stattfinden würde.

Die Tagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft.

Frankfurt, 11. Juni. Das Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft hält gegenwärtig in Frankfurt a. M. eine Konferenz ab, an der Ledebour, Friedrich Adler, Vonguet, Wallhead und Grimm teilnehmen. Im Anschluß an die Konferenz haben in Frankfurt, Offenbach, Höchst, Darmstadt und in Wiesbaden Massenveranstaltungen stattgefunden, in denen die Führer der Internationale packende Reden hielten. Alle Redner, insbesondere Vonguet, wendeten sich scharf gegen die imperialistischen Bestrebungen der Weltmächte und gegen die Aufrechterhaltung der Sanktionen. „Janosch hatte recht,“ sagte Vonguet unter lärmenden Beifall, „als er sagte, es gäbe keinen schlimmeren Feind des Vaterlandes, als gewisse Patrioten. Das Expressions- und Sanctionsystem dieser Patrioten hat es zu wege gebracht, daß 12 Milliarden für die Belebung des linken Rheinufers verschwendet werden, für die man Tausende von Häusern im zerstörten Gebiete hätte wieder aufbauen können.“

Stinnes und die Konzentration des Kapitalismus.

Der Kapitalismus der Nachkriegszeit steht völlig im Zeichen des industriellen Zusammenschlusses, der Konzentration. In ungewohntem Ausmaße wird Unternehmen an Unternehmen, Gruppe an Gruppe gefestigt, Kapitalsmächte tummen sich in die Höhe und sind in den Händen weniger Leute ein Mittel, der gesamten Wirtschaft ein bestimmtes Gepräge aufzubringen, Produktion und Preisbildung zu beherrschen, neunzig Prozent der Gesellschaft unter ihre ökonomische Diktatur zu stellen. In dem allgemeinen Konzentrationsdrange ist das typische, daß sich einige besonders machtvolle Kapitalmagnaten entwickeln konnten, ähnlich den einstigen großen Feudalherren oder den modernen Oligarchen, aber doch mit dem wesentlichen Unterschied, daß das bewegliche Industrie- und Finanzkapital weit günstigere Entwicklungsbedingungen bietet. Stinnes steht an der Spitze dieser rätselhaft und mählosen Wirtschaftsdiktatoren. Die Beschäftigung mit diesem Manne und seinen Bestrebungen ist mehr als eine bloße Personenfrage. Der heute jedem Zeitungsleser geläufige Begriff Stinnesierung beherrscht das Wirtschaftsleben, in ihm verkörpert sich die Konzentration des Kapitals und der Produktionsmittel am stärksten. Für die Arbeiterklasse ist es eine Lebensnotwendigkeit, diese Vorgänge mit Aufmerksamkeit und Verständnis zu verfolgen. Dazu bietet ein kleines Schriftchen des rechtssozialistischen Publizisten Kurt Heinig willkommene Gelegenheit; einmal weil darin eine Fülle teils bekannte, teils neuen wirtschaftlichen Materials in vorzüglicher populärer Darstellung geboten wird, zum andern ist es notwendig, daraus eindeutig und klar die Konsequenzen für die sozialistisch-proletarische Politik zu ziehen.

Heinig behandelt in großen Umrissen die Geschichte der Familie Stinnes. Vor etwa 100 Jahren begann Matthias Stinnes der Urgroßvater von Hugo Stinnes, den Grund zu der Firma zu legen. Charakteristisch ist von Anfang an der aufs Große gerichtete Ausdehnungswille. Zuerst Transport- und Reedereifirma, erwarb Stinnes bald Kohlenbahn. Jede Grube wird gehalten, durch Ankäufe kommen neue hinzu. Der Aufschwung der deutschen Kohlenproduktion bringt auch die Firma Stinnes mehr und mehr in die Höhe. Hugo Stinnes begann seine Tätigkeit in der Deutsch-Lugsemburgischen Bergwerks- und Hütten-Altkonzern. Gestützt auf das Bankkapital (Bernhard Dernburg) entfaltete er eine wilde Spekulation, gewann Millionen, gliederte sich alle möglichen Montanbetriebe an. Die Deutsche Bank wird misstrauisch und wendet sich von dem struppeligen Profitjäger ab. Der aber setzt sich durch. „Stinnes blieb der Auffassung, daß seine im wahnwitzigen Tempo vor sich gehende Gründungs-, Verschmelzungs-, Umbau- und Erneuerungspolitik richtig sei. Groß wollte er werden, groß, größer am größten. In den letzten Jahren vor dem Kriege hatte er es erreicht. „Deutsch-Luz“ gehörte, allerdings aus schwantendem Boden, von waghalsigen Konstruktionen gestützt, durch tolle Finanzoperationen über Wasser gehalten, zu den bedeutendsten Mitgliedern des Stahlwerksverbands. In Formen stand es schon 1910 an erster Stelle in Deutschland, neben Krupp, Phoenix und Gelsenkirchen hatte sich ein neuer Montanriese aufgebaut, der an Kapital und Betriebsumfang sich sehen lassen konnte: Deutsch-Luz. Und hinter ihm saß Hugo Stinnes; es war sein Werk.

Die Konzentrationstätigkeit beschränkte sich indes vor dem Kriege nicht bloß auf Stinnes und die Montanindustrie. In der Elektroindustrie ging sie in denselben Riesentempo vorwärts. Zwei Konzerne hatten sich bereits herausgebildet; der erste unter der Führung der AEG, der zweite mit Siemens-Schuckert als Spitze. Von absoluten Gegensätzen zwischen diesen beiden Elektrofirmen konnte schon gar nicht mehr die Rede sein. Durch ihre Tochtergesellschaften und gemeinsamen Gründungen, namentlich die Schaffung der Elektroteichanlage in Hamburg, deren Aufgabe die Finanzierung großer Aufträge war, trat eine enge Interessengemeinschaft zwischen AEG und Siemens-Schuckert ein. Diese Beziehungen sind später noch besser ausgestaltet worden, insbesondere durch die völlige Verständigung in der Glühlampenfabrikation. An der Osramgesellschaft, dem deutschen Glühlampenmonopol, sind AEG und Siemens-Schuckert gleichmäßig beteiligt, jede Konkurrenz ist ausgeschlossen. In der Akkumulatoren-Fabrik Hagen sind Siemens und AEG gleichmäßig vertreten, desgleichen in der Deutsch-Uberseischen Elektrizitätsgeellschaft. Da zu der Siemensgruppe faktisch auch die Bergmann-A.-G. gehört, ist in der Elektroindustrie die Konkurrenz so gut wie ganz aufgehoben. Das ist wichtig für die Beurteilung der Stellung der unter der Leitung von Stinnes stehenden Rhein-Elbe-Union, zu der die Siemens-Gesellschaften gehören.

* Stinnes und seine 600 000 Arbeiter von Kurt Heinig, 48 S. Verlag Dietsch, Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts Berlin, Preis 3.50 Mt.

Während des Krieges wurde die Zusammenhänglichkeit etwas unterbrochen; aber nach Kriegsende schafft sie mit einer noch nicht gekennzeichneten Schnelligkeit ein. Zweifellos hat die wirtschaftliche Depression diese Tendenz nachhaltig gefördert. Die führenden Kapitalmächte wollten die Probe aufs Exempel machen; sie wollten gegenüber den Wirtschaftskritikern und den Sozialisierungsforderungen den Beweis erbringen, daß es auch unter dem kapitalistischen System möglich ist, aus der Zusammenbruchswirtschaft wieder herauszukommen. Beschränkte man sich vor dem Kriege darauf, die organisatorische Zusammenfassung eines Wirtschaftszweiges durchzuführen, so schritt man nach dem Krieg über die Grenze hinaus und betrachtete die ganze Wirtschaft als das gegebene Zusammenschlußgebiet; man kam von der vertikalen zur horizontalen Konzentration. Heilig schreibt diese Veränderung folgendermaßen: „In Deutschland sind jetzt erhebliche Teile der Ur- und Grundprodukte der industriellen Arbeit — Kohle und Eisen — über ihre Verarbeitungs- und Veredelungsstadien hinweg, mit Einschluß der dazu notwendigen Transportgelegenheiten, also auch mit Handel und Schiffahrt, mit einer der wichtigsten Fabrikate-Industrien verbunden, der Elektrofabrikation. Diese wieder hat hinter sich einen gewaltigen Apparat der Konsumentenbeherrschung, des Warenabsatzes und der Konjunktursicherung. Das alles ist zu einem riesenhaften Ganzen zusammengefaßt. Das ist der Staat im Staat, das ist ein Millionenheer von Arbeitern unter einem Generalstab.“

Die Führung in der wirtschaftlichen Verschmelzung von Montan- und Elektroindustrie liegt in den Händen von Stinnes. Zunächst schuf er sich in der Montanindustrie eine breitere Basis. Mit „Deutsch-Aux“ werden die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. und der Bochumer Verein A.-G. verflochten. Dann kam der Zusammenschluß mit den drei Siemensgesellschaften in Gestalt der erwähnten Rhein-Elbe-Union. Gemeinsam mit der AEG beherrscht dieser Elektromontan-Konzern eine ganze Reihe anderer großer Unternehmen, wobei zu beachten ist, daß die AEG von einer andern Seite ebenfalls in die Montanindustrie eingedrungen ist. Aber es muß, wie schon betont, festgehalten werden, daß zwischen dem Elektromontan-Konzern Stinnes-Siemens und der AEG bereits zahlreiche Verbindungsäden bestehen, gleichlaufende Interessen, die früher oder später zu einer Verschmelzung führen dürften.

Nun zu den Einzelheiten des Stinneschen Herrschaftsbereiches. Deutsch-Westfalen besitzt 14 Kohlenzechen mit 30 Schächten, etwa 1500 Kohlensäulen mit Nebenbetrieben, 7 Eisensteingruben und 5 Eisen- und Stahlwerke.

Gelsenkirchen gebietet über 18 Kohlenzechen mit 35 Förder-Schächten und 9 Eisen- und Stahlwerken. Der Bochumer Verein betreibt 4 Kohlenzechen und 2 Eisen- und Stahlwerke.

Rhein-Elbe-Union ist im Kohlenhandel mit 16 Millionen Tonnen Kohle, 3,2 Millionen Tonnen Koks und 1,1 Millionen Tonnen Brüder Jahresproduktion beteiligt; dazu kommen noch 1,8 Millionen Tonnen Kohle und 1 Million Tonnen Brüder von den Stinneschen Familienzechen. Stinnes hat Einstieg auf den Mülheimer Bergwerksverein; in den A. Riebeck'schen Montanwerken, dem größten mitteldeutschen Braunkohlenunternehmen, spielt Stinnes eine ausschlaggebende Rolle. Stinnes beherrscht den Konsortium der rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke, dem eine ganze Reihe wichtiger Kohlengruben angeschlossen sind und der den größten Teil des Industriegebiets mit elektrischer Energie versorgt. Er hat weiter entscheidenden Einfluß auf den Kongress der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Darmstadt, der 15 Straßenbahnen betreibt. Sein Einfluß im Stahlwerksverband und Kohlenhandel ist selbstverständlich. „Ebenso selbstverständlich ist, daß er in seinem eigentlichen Geschäftsbereich, im Ruhrrevier, am Rhein und in den angrenzenden Gebieten, in Reedereien für Binnenschiffahrt, in Bahnen, Terrain- und Kohlenhandelsgesellschaften herrscht.“ Die rheinische und Ruhrschaftsflotte z. B. hat Stinnes zum überwiegenden Teil an sich gebracht. Er dominiert weiter im Kohlenhandel. Die Vereinigten Kohlenhändler A.-G., Berlin, ist sein Unternehmen. Von ihm sind abhängig: „Auerberger Kohlenhandels G. m. b. H., Königsberger Kohlenimport- und Steinkohlenbrüderfabrik (Tochterunternehmen); Bolesdon, Schiffahrt-G. m. b. H., Osthaferebetrieb Flensburg, Kohlen- und Handelsfirma Holm und Mollen, Brüderfahrt Elbe in Hamburg, Kohlen- und Kokswaren Hansa in Bremerhaven, Helmuth in Hamburg, Brüderfahrt Westphal und Co. in Harburg usw.“ Das ist jedoch nur eine Auswahl der Firmen aus allen Teilen Deutschlands, die Stinnes gehören.

Obwohl es zwischen Stinnes und der Hamburg-Amerika-Linie kürzlich zum Bruch gekommen ist, besitzt er noch weitreichenden Einfluß auf die Seeschiffahrt. Die Verbindung mit Siemens erleichtert ihm das. In der chemischen Industrie hat Stinnes ebenfalls Fuß gesetzt. Die A. S. Meller Chemische Werke A.-G., Hannover, kommandiert er, dagegen die deutschen Wilsemann-Werke G. m. b. H., Berlin, ferner die Westfälisch-Anhaltischen Spengstoffwerke. Unter seiner Führung steht die logen Allumiumgruppe mit der Metallbank und der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron gemeinsam in der A.-G. rheinisch-westfälische Kupferswerke.“ Das ist ebenfalls nur ein Ausschnitt aus der Gesamtheit der Stinneschen Beherrschung der chemischen Industrie.

Ein Kapitel für sich ist das Stinnesche Kommando über die Papier-, Zeitungs- und Meinungsfabrikation. „Stinnes eignete sich die Königsberger Zellstoff-Fabrik A.-G. und die Norddeutschen-Zellstoff-Fabriken A.-G. an. Die Papierfabrik Halbros in Hille-gosen (Westfalen) wurde einverlebt. Das war aber nur der Grundstock auf diesem Gebiete. In Berlin entstand die Buch- und Zellulose-Fabriken A.-G. an. Die Papierfabrik Halbros in Hille-gosen bekannte Reimer-Hobbingen-Verlag. Seltener gehörten ihm die Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt und die Deutsche Allgemeine. Dazu kommt die Industrie- und Handelszeitung und noch verschiedenes anderes, was mit der von ihm erworbenen größten Berliner Lohndruckerei Bürgenstein zusammenhängt.“

In Ostpreußen erwähnt Stinnes noch die Ostpreußische Maschinengenossenschaft G. m. b. H., die sich besonders mit landwirtschaftlichen Maschinen beschäftigt. In andre Zweige der Wirtschaft hat Stinnes gleichfalls Eingang gefunden, so in der Textil- und Holzindustrie.

Wichtig sind die Stinneschen Auslandsunternehmungen, von denen der Erwerb der Alpinen Montan-Gesellschaft in der Steiermark im Frühjahr dieses Jahres viel Aufsehen erregte. Von einem italienischen Konsortium kaufte Stinnes 200 000 Aktien à 200 Kronen; er besitzt damit die Zweifünftel-Mehrheit in dem steiermärkischen Montanunternehmen. Die Transaktion kostete die Kleinigkeit von 200 Millionen Mark. Stinnes kann das, er

schwindet im Gelde. Diesem Geschäft mit dem italienischen Konsortium ist in den letzten Tagen ein zweites gefolgt: Die Siemensgruppe hat einen großen Posten Aktien der Fiat-Automobil-Werke erworben. Siemens, das ist der Elektromontan-Konzern oder Stinnes.

Die Frage ist, ob die Riesensummen, die so ins Ausland abschieben, schon von der deutschen Steuerbehörde erfaßt sind. Viel spricht nicht dafür. Für die industriellen Großverdiener ist es ein besonders gutes Geschäft, wenn sie den größtmöglichen Teil ihres Profits der Steuerbehörde entziehen. Für die Aktien der Alpinen Montan-Gesellschaft soll z. B. in der Schweiz eigens eine Firma gegründet worden sein, die A.-G. Promontana mit dem Sitz in Zug. Die Verschiebung solcher Beträge würde die Gründung solcher Verheimlichungsgeellschaften lohnen.

Nachweisen der oberösterreichischen Unruhen.

Die Ruhe in Oberösterreich ist noch immer nicht vollständig wiederhergestellt. Immerhin lassen aber die Meldungen aus dem ehemaligen Aufstandsgebiet erkennen, daß es sich bei den Unruhen nur mehr um vereinzelte Überfälle zurückgebliebener polnischer Banden handelt, die sich teilweise in reine Räuberbanden verwandelt zu haben scheinen. Dazu aber auch von deutscher Seite nicht immer die notwendige Ruhe bewahrt wird, geht aus folgender Meldung hervor:

Oppeln, 11. Juli. Die Lage in Oppeln ist gespannt. Polnische Beamte, die zurückkehrten, gerieten in Konflikte mit den deutschen Flüchtlingen. Bei einer Razzia auf sich nachkommende Frauen, die von der Polizei abgeholzt wurden, erhielten zwei Frauen und ein Franzose bei der Flucht Schußverletzungen. Die Franzosen ziehen Verstärkungen heran. Ein Sekretär Korantys wurde in Oppeln von unbekannten bestoßen.

(Nach einer anderen Meldung wurde der Sekretär von einer großen Volksmenge aus dem Bahnhof, den er zur Abreise bereit hatte, herausgeholt und bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. D. Red.)

Wie die Blätter berichten . . .

Berlin, 12. Juli. Aus den Landkreisen Oberösterreichs werden, wie die Blätter berichten, zahlreiche Terrorakte gemeldet. Die deutschen Flüchtlinge schenken mit ihren Familien zu Hunderten in die Städte Beuthen, Gleiwitz und Kattowitz zurück, da in den meisten Landorten, die ohne interalliierte Belagerung sind, Misshandlungen, Verschleppungen und Tötungen eintreten. Der Tagesordnung stand ein Gefecht zwischen polnischen Insurgenten und der Ortswehr statt, wobei die Polen fünf Tote hatten.

Bandenüberfälle.

Beuthen, 11. Juli. Gestern nachmittag wurden acht aus Godulla stammende Männer, Angestellte des Deutschen Fleischzollomissariats Beuthen, auf dem Wege von ihrem Arbeitsort von einer etwa zwanzig Mann starken Bande überfallen. Der Angestellte Stefan Orlowski wurde durch drei Kopfschüsse niedergestreckt. Der Angestellte Kulik wurde festgenommen und soll in der Nacht nach Polen verschleppt worden sein. Ein dritter Angestellter wurde ebenfalls festgenommen, doch gelang es ihm, zu entfliehen. Die übrigen ergriffen die Flucht und gelangten auf Umwegen nach Beuthen zurück.

Oppeln, 11. Juli. (DA) Englische Truppen in Mosslow haben drei polnische Insurgenten, die auf die einzuhaltenden Engländer aus dem Hinterhalt gefeuert hatten, standrechtlich erschossen.

Kommunistische Gewerkschaftsgerichte.

Oppeln, 11. Juli. (DA) Es liegen Meldungen vor, daß auf einer Anzahl von Gruben sogenannte Gewerkschaftsgerichte eingerichtet worden sind, die sich aus kommunistisch gesinnten Mitgliedern der Belegschaft und der Ortswehr zusammenfassen, um über Nachlässigkeiten der Werksbeamten im Dienste abzuurteilen. Die Werksbeamten werden von den Gewerkschaftsgerichten z. B. verantwortlich gemacht für das Vorhandensein von Rohstoffen und Betriebsmaterialien. Abschließungen und Übergriffe der kommunistisch beeinflußten Arbeiterchaft gegenüber den Werksbeamten sind aus letzter Zeit namentlich zu melden von der Emmagrupe in Rybnik, der Prinzengrupe, der Römergrube, der Charlottengrupe und der Donnersmarchgrube in Chvalowith, deren Leiter eingesperrt, abgesetzt oder verschleppt wurden.

Wiederaufnahme der Schiffahrt.

Oppeln, 11. Juli. (DA) Der Schleppverkehr auf der Oder von und nach Oberösterreich, der seit Anfang Mai infolge des Aufstands gestoppt hat, ist wieder aufgenommen. Eine Reihe Kohlenschiffe ist bereits auf der Fahrt begriffen. Für die Ausfuhr sind täglich 15 000 Tonnen genehmigt. Infolge des Wagenmangels bei der Eisenbahn ist es fraglich, ob diese Menge täglich ausgeführt werden kann.

Eine polnische Petition an Brand.

Paris, 11. Juli. Im Namen der parlamentarischen Kammergruppe der Freunde Polens haben die Abgeordneten Louis Martin, Kraud und Saget dem Ministerpräsidenten Brand eine Petition mit 650 000 polnischen Unterschriften, hauptsächlich aus intellektuellen Kreisen, überreicht, in der die Zustellung des Bergwerksbezirks von Oberösterreich an Polen verlangt wird.

Waffenschleifungen der Orgel in Schlesien.

Der gestern wiedergegebene Artikel v. Gerlachs wird trefflich ergänzt durch eine Meldung über eine Munitions- und Waffenschleifung, die in Görlitz aufgedeckt wurde. Von dort wird berichtet:

dah am 4. Juli, nachmittags 3 Uhr auf Station Shp. zwei Wagen von Breslau eingetroffen sind, die angeblich altes Eisen enthalten sollten. Diese erschienen dem Eisenbahnpersonal verdächtig, denn nicht nur waren die Wagen verschlossen, sondern der Sendung war auch noch ein Begleiter beigegeben, der vollständig militärische Ausstattung trug. Der Betriebsrat der Station Shp. hielt die Wagen an und nahm mit dem Oberbahnhofsvorsteher eine Revision der Waggons vor und stellte hierbei fest, daß diese rund 400 Zentner schwerer Infanterie-Munition, in Kisten von je 1000 Schuß verpackt, enthielten. Eine Untersuchung ob unter den Kisten noch lebhafte Munition oder Waffen verstaut war, wurde bei dieser Revision nicht vorgenommen.

Am Tage darauf bestätigte auch ein Überwachungsbeamter der Eisenbahndirektion Breslau die Sendung. Er versuchte zunächst die Sendung als für Kommunisten bestimmt zu verdächtigen. Als aber der Betriebsrat ihn darauf aufmerksam machte, daß der Absender mit der Orgelzentrale in Breslau identisch sei, stellte er die Sendung wieder als harmlos hin und meinte, diese könnte ruhig freigegeben werden. Der Betriebsrat lehnte dies aber ab und erklärte, daß die Freigabe der Wagen nur auf Weisung des Bezirkselektors Breslau erfolgen könne.

Nun wurde dem Betriebsrat der Station Shp. nachmittags angeblich vom Bezirkselektor telefonisch mitgeteilt, daß die Sendung ihre Richtigkeit habe und weitergehen könne, aber der Betriebsrat erklärte, solche Weisung nur schriftlich annehmen zu können und hielt die Wagen weiter fest.

Obwohl dem Verteiler des Entwicklungskommissars Börs Mittteilung von dieser Munitionsendung gemacht worden war, ist dieser doch bis 6. Juli nicht erschienen. Der Verteiler ist inzwischen verschwunden.

Als Absender ist angegeben: Jentner, Breslau, Claenste. In diesem Hause befindet sich die Orgelzentrale. Gerichtet war die Sendung an Spediteur Lucas in Breslau bei Görlitz.

Aus diesen Tatsachen geht einmal hervor, daß es sich um eine Munitionsendung der Orgel handelt. Weiter zeigt das Verhalten des Überwachungsbeamten, der wohl auch das Telefon Gespräch veranlaßt, daß ihm oder gar der Eisenbahndirektion Breslau das Aufhalten der Munitionsendung durch den Betriebsrat nicht nur höchst unangenehm war, sondern daß hier eine offensichtliche Begünstigung der Munitionschleifungen durch die Eisenbahndirektion vorliegt.

Der ganze Vorfall erlangt aber noch besondere Bedeutung dadurch, daß, wie der Polizeikommissar Stövers in Görlitz mitteilte, Gymnasiasten dieser Stadt im Schäßlein ausgebildet werden. Nun ist schon Anfang Juli bekannt geworden, daß sich Jagow mit v. d. Golk und Westarp in Breslau befinden oder doch zumindest vorhanden. Wir haben damals schon auf dieses seltsame Zusammentreffen hingewiesen und die Vermutung ausgeschlossen, daß in Schlesien möglicherweise der neue Putsch der Reaktionäre vorbereitet wird, auf den schon die Post am 29. Juni anspricht, als sie schreibt: „Und Jagow wäre ein Narr, wenn er sich der heutigen Regierung stellt.“ In dieser absonderlichen Zeit wechselt häufig genug Regierungen und auch Rechtsgrundlage ihres steht. Da lädt ein kluger Mann sich eben treiben, bis eines Tages die richtige Regierung und die richtige Amtsstelle gesucht hat.“

Doch dem Reichskanzler Wirth die von Schlesien drohenden Gefahren nicht unbekannt sind, zeigen die Warnungen vor einer „Verzweiflungspolitik“ und vor „Torheiten“, die er in einer Breslauer Rede zum Oberösterreichtag an die Führer der Rechtspartei in Breslau gerichtet hat. Dass ihm darauf von dem deutsch-nationalen Führer Landrat Göhrer verfeindet wurde, daß seine Partei jeden Gedanken an einen Umsturz mit gewaltigen Mitteln ablehne, kann uns nicht überzeugen und es könnte sich hart rächen wenn die Regierung diese Erklärungen unbedingt hinnehmen würde.

Auf jeden Fall ist die Arbeiterschaft heute zur höchsten Aufmerksamkeit gezwungen. Sie muß die sich in Schlesien spinnenden Fäden zerreißen und den geplanten Überfall auf die Republik unmöglich machen.

Unsere wackeren Jungens in Schlesien.

Breslau, 11. Juli. In Bad Langenau in der Grafschaft Glatz wurde der Herausgeber einer linksdemokratischen Breslauer Wochenzeitung, der sich gegen die reaktionären Treiber in einem Teile des Selbstschutzes gewandt hatte, von 2 Selbstschutzhängern überfallen und schwer verletzt.

Hier zeigt sich, was es mit dem Selbstschutz auf sich hat; er bildet für die deutsche Bevölkerung eine schwere Gefahr, denn die aus Bayern stammenden Selbstschutzhängen sind eben auf die Deutschen abgerichtet, wie auf die Volksfeinde, wenn sie nicht zu den Reaktionären gehören. Es wird die höchste Zeit, daß die Selbstschutzverbände zurücktreten, entwaffnet und aufgelöst werden.

Nun will es keiner gewesen sein.

Auch Moskau gegen den Märzpuß.

Die „Berichte“ über den Kongress der Kommunistischen Internationale, die die kommunistische Presse bringt, sind Musterbeispiele dafür, wie Berichte nicht sein sollen. Kein Mensch vermag aus diesen Brüderlichkeiten, die ohne organischen Zusammenhang den Lesern vorgelegt werden, zu erkennen, was eigentlich in Moskau vorgeht. Die krassen Widersprüche werden unvermittelte nebeneinander gesetzt; jede vermittelnde Erklärung fehlt.

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß Klara Zetkin sich gegen eine Erklärung wenden mußte, die bei der Eröffnungsfeier der internationalen kommunistischen Frauengesellschaft proklamiert wurde, worin behauptet wurde, daß die Kommunistische Partei Deutschlands aus dem Märzpuß gestärkt hervorgegangen sei. Danach mußte man annehmen, daß die Moskauer Spione den Märzpuß billigten.

Jetzt dagegen gibt die Rose Fahne einen Bericht über die letzte Sitzung des Kongresses, die den Diskussionen über die tatsächlichen Fragen gewidmet war, wonach die hervorragendsten Führer der kommunistischen Internationalen von der Märzaktion deutlich abgerückt sind. Sinowjew hat danach ausgeführt, eine Fahrt liege in der vorzeitigen Kampftätigkeit der jungen Parteien. Die linken Elemente drängten zu einer vorzeitigen Aktion. Nach entschiedener erklärte Trotsky, die Theorie der Offenstropfpolitik um jeden Preis sei nicht marxistisch. „Wir müssen uns eigenen Kräfte und die Kräfte unserer Gegner fallen Blutes abwagen. Man muß die Lage in jedem einzelnen Lande einer genauen Prüfung unterziehen und nur dort, wo es möglich und notwendig ist, mit aller Macht zum Angriff übergehen.“ Radetk beschäftigte sich direkt mit der Märzaktion. Er warf der jungen deutschen Kommunistischen Partei vor, sie zeige in ihrem Bestreben zu Aktionen eine ungenügende Kenntnis der Lage und begehe eine Reihe von Fehlern, die ihre Verbindung mit den breiten Massen gefährden. Sie sei richtig vorgegangen, indem sie ihre Mitglieder aufforderte, der Arbeiterklasse, die von der kapitalistischen Regierung überfallen wurde, zu Hilfe zu eilen. Aber sie habe eine ganze Reihe Fehler praktischer Natur begangen. Freilich müsse die Tapferkeit des Proletariats erprobt werden; für prinzipielle Gegner des Angriffs sei kein Platz in der kommunistischen Internationale, doch die Theorie des Angriffs um jeden Preis sei falsch, denn sie beraubt ihre Bekennner der Möglichkeit, die Lage nüchtern abzuschätzen und den Kampf, entsprechend der Kraft des Gegners, vorzubereiten.

Alle diese Auseinandersetzungen sind schallende Ohrensegen für die Stöckerleutchen. Für uns ist es besonders interessant, daß die Haupte der kommunistischen Internationale genau denselben Argumenten kommen, wie wir angeblichen „Agenten der Bourgeoisie“ und „Vertreter des Proletariats“, wenn sie sich gegen den Wahnsinn der Putschstaktik wenden, und daß die Taktik, die sie empfehlen, keine andre ist als jene, die die USPD. allezeit vertreten und befolgt hat. Unsre Partei pflegt den Offenstropf und denkt nicht daran, die Angriffsstaktik zu verwerfen. Aber sie wird niemals den Angriff um jeden Preis predigen und das

Proletariat nicht in奴役, sondern zweite Opfer fordern. Aber teuer hineinführen.

Die Sünderinnen aber haben recht, zu fragen, wie gerade die Führer der kommunistischen Internationale dazu kommen, ihnen diese Lehren zu geben. Ist es doch ein offenes Geheimnis, daß die wahnwitzige Putschaktik der Österreicher auf Gehör des Vertreters der Moskauer Executive, das aus der Levibroschüne bekannten Turkestaners unternommen wurde und daß die wessen Denker der deutschen kommunistischen Partei gerade aus den Darlegungen dieses Herrn die Erkenntnis einer neuen Taktik gewonnen zu haben glaubten. Nun, nachdem die Sache so schlecht gegangen ist, wie sie gehen mußte, wird der Moskauer Abgesandte von den Spalten der Executive fahrlässig desavouiert. Ein Spiel, das nach Levi ja schon öfter ausgeführt worden ist und das das Vertrauen der Arbeiterschaft in die Moskauer Führung sicherlich sehr stärken wird.

Die deutschen Kommunisten, die ihrer Zentrale in der Beurteilung der Levischen Kritik und in der Billigung des Märzputzes gefolgt sind, können nun nach dem Moskauer Urteilsspruch ihre Meinung abermals revidieren. Die blamierte Zentrale müßte sicherlich schleunigst zurücktreten. Aber wo soll man nun in so kurzer Zeit schon wieder eine dritte Garnitur hernehmen? Denn die „Levibuben“, die sich gegen die Märschall gewandt haben, dürfen doch nicht wieder ans Ruder!

Leider hat nach einem leichten Bericht auch Lenin sich der Kritik der Radek usw. angeschlossen und eine Thamode geblasen. Die Meldung lautet:

Berlin, 12. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die sozialistische Zeitung gibt einen Bericht der Politiken aus Kopenhagen wieder, danach hat der italienische Deputierte Terracini anlässlich einer Debatte auf dem Kongreß der kommunistischen Internationale in Moskau erklärt, daß zur Zeit die Offensive des Proletariats gegen das kapitalistische System die wichtigste Aufgabe sei. Diese Behauptung wurde jedoch von Lenin scharf angegriffen, der äußerte, daß der Weltrevolution nicht wieder gutzumachender Schaden zugefügt würde, wenn der Kongreß nicht energisch gegen solches Kindergeschwätz austeile. Nach Lenin sei die wichtigste Aufgabe der Kampf der Kommunisten gegen die zweite Internationale und die Ausbreitung der revolutionären Idee in den Kolonien der Westmächte. Innerhalb Russlands sei ein rücksichtsloser Kampf gegen die Menschheit notwendig. Die Sozialrevolutionäre ständen vor der Alternative, entweder mit den Arbeitern zu gehen, oder sich der Bourgeoisie anzuschließen und den offenen Bürgerkrieg zu beginnen.

Die Rote Fahne, die einen ausführlichen Bericht über die Rede Lenins über die innere und äußere Lage Sowjetrussland gibt, berichtet darüber folgendes: „Als wir uns Revolution gemacht hatten, rechneten wir damit, daß entweder die Weltrevolution kommen wird, oder aber daß uns historische Aufgabe nur die Aufgabe von Schriftmachern der kommenden Weltrevolution war. Jetzt aber hat sich die Lage ergeben, daß Sowjetrussland in einem Kreis kapitalistischer Staaten liegt. Dies ist möglich, weil die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins der arbeitenden Massen wohl noch nicht das von uns erwartete Ausmaß erreicht hat, aber doch schon so stark ist, daß es den Bourgeoisien aller Länder nicht gelingt, Sowjetrussland zu überlassen. Wir müssen uns diese Atempause zunutzen machen, um die Revolution in den kapitalistischen Staaten vorzubereiten. Man muß sich immer daran erinnern, daß die einzige Stütze der Weltbourgeoisie, die sie ihre Herrschaft über das Proletariat noch zu verantworten hat, die zweite und die zweite Internationale ist. Lenin bestreitet dann die Bauernpolitik, in der schwere Fehler gemacht worden seien, daß es zu einem Umschwung in der Wirtschaftspolitik habe kommen müssen. Freiheit und Demokratie, erklärt Lenin, könnte in Russland nicht erwartet werden, da das Proletariat sich im Kriegszustand befindet. Nach der mit sturmähnlichem Beifall aufgenommenen Rede wurde eine Resolution angenommen, die die Politik der Kommunistischen Partei einstimmig billigt und das Verhalten der menschewistischen Parteien als verräterisch kennzeichnet.“

Was geht in Moskau vor?

Nach einem Bericht des Daily Herald soll die Delegation der italienischen Sozialistischen Partei auf dem Moskauer Kongreß nach beschlossenem Ausschluß der italienischen Sozialistischen Partei aus der Kommunistischen Internationale aus Russland ausgewiesen worden sein. Der Anhalt, der diese Meldung aufgibt, liegt in der Richtigkeit dieser Meldung zweifellos, fügt aber folgendes zutreffende Urteil über die Verhandlungen in Moskau hinzu:

Wie wir schon bemerkten, spielt sich der Kongreß von Moskau außerhalb der internationalen öffentlichen Kontrolle ab. Seine Entschlüsse dringen in Brüderlichkeit und Mundbüßen durch die verschiedenen Quellen zu uns: von Riga, Helsingfors, Stockholm, London, Berlin und bisweilen sogar von — Moskau! Die Berichte über die dort gehaltenen Reden sind Abrisse nichtsagender Darlegungen. Heute vernehmen wir beispielweise, daß die Extremisten die Oberhand gewonnen hätten, aber man weiß nicht, wer und wo diese Extremisten sind, noch wen die plötzlich als Sieger, Erscheinen vertreten?

Und während man in Westeuropa nichts oder fast nichts von den augenblicklichen Diskussionen weiß, ist man dort noch nicht einmal im Begriff der Berichte über den im vergangenen Jahre abgehaltenen Kongreß.

Angesichts dieser völlig erklären, aber sicher den ernsten und nüchternen Ausseinerungen nicht günstigen Verhältnissen fragen wir uns, wie die internationale Bewegung sich vorwärts bewegen kann.“

Vom kapitalistischen Fäulnisherd.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages ist noch kurz vor den Parlamentsferien ein Fäulnisherd aufgedeckt worden, der seinen Gestrunk über ganz Deutschland verbreiten wird. Es handelt sich dabei keineswegs um eine Ausnahme, sondern um eine Regelerscheinung. Korruption ist nun einmal un trennbar mit Kapitalismus verbunden. Die bürgerlichen Parteien und besonders der fellharte „Fachminister“ Scholz werden an der Aufdeckung dieses Korruptionsherdes wenig Freude haben. Unser Genosse Brandes kritisierte — wir folgen hier dem Bericht der Freiheit — schmunzelnd die Denkschrift der Reichsledergesellschaft, die wir auch an dieser Stelle unter die Lupe nahmen. Sie handelt von der Konjunkturgewinnabgabe der an der Häute, und Lederverarbeitung interessierten Gewerkschaften. Hierin hat die Maiabgabe den Betrag von 89,4 Millionen gebracht. Das war noch unter der früheren Ära des Rechtssozialisten Robert Schmidt. Die genannte Augustabgabe sollte 74,5 Millionen Mark Betrag abgabe und 46 Millionen Mark Sachabgabe bringen. Tatsächlich sind jedoch durch merkwürdiges Verhalten des Reichswirtschaftsministeriums unter dem deutschsozialistischen „Fachminister“ Scholz nur 42 Millionen Betrag abgabe und 20 Millionen Sachabgabe eingegangen. Herr Scholz und seine Geheimräte desavouierten den Vorgänger im Reichswirtschaftsministerium durch eine unter dem 18. Oktober 1920 erlassene Verfügung. Diese Verfügung steht in direktem Gegenzug zu einer am 28. April 1920 erlassenen ungezählten Millionen verbrieften durch dieses Mandat den Lederschäden der nosleidenden Bevölkerung, die das teure Schuhwerk kaum noch laufen kann.

Ein Gehörnrat Schlotmann und der Regierungsrat Brandes suchten ihr sonderbares Verhalten mit der samsten Ausrede zu rechtfertigen, sie seien von den zuständigen Stellen von der Schlammwirkung ihrer Anordnung nicht informiert worden. Demgegenüber stellte unser Genosse Simon (Franken) fest, daß im Organ der Lederindustriellen bereits am 4. Oktober 1920 ein Brief an das Reichswirtschaftsministerium veröffentlicht wurde, in dem u. a. behauptet war, daß der Referent im Reichswirtschaftsministerium mit der Aussage der Lederfabrikanten dahin einig gehe, daß jene Fabrikanten, die 50 Prozent ihrer Vorräte zu dem von den Industriellen selbst vereinbarten Richtpreis — 25 Mr. pro Kilogramm Ledersleder gegenüber dem bis 15. August 1919 geltenden Höchstpreis von 15 Mr. — abgeben, von der Konjunkturabgabe befreit sein sollten.

Hierbei ist folgendes festzuhalten: Ein Konjunkturgewinn von 10 bis 12,50 Mr. pro Kilogramm war schon durch diese plötzliche Lederpreiserhöhung gegeben. Der größte Teil der Lederindustriellen hat sich aber den Teufel um den Richtpreis von 25 Mr. gescherzt. Sie haben pro Kilogramm Ledersleder aus den unter der Zwangswirtschaft noch billig erworbenen Häuten bis zu 80 Mr. Konjunkturgewinn bezogen. Genosse Simon erklärte, daß es mehr als nötig ist, wenn die Referenten des Reichswirtschaftsministeriums dem Schmalmeilang, der Lederkrüppel folgten. Es seien auch Fälle bekannt, daß man den Richtpreis zwar buchte, tatsächlich aber höhere Preise von den Abnehmern erhält, den Mehrbetrag teilt und so den Staat um die Konjunkturgewinnabgabe betrogen. Durch das Verhalten der Sachwalter der Lederkönige im Reichswirtschaftsministerium sind 160 Lederfabrikanten, darunter 85 bis 40 der größten Betriebe, von jeder Abgabe vollständig verschont geblieben. Scholz und seine Referenten haben sich von den Lederbaronen einspielen lassen; zum mindesten ist der Minister von seinen Referenten schlecht beraten worden. Den Schaden trägt gerade die arme und wenig bemittelte Bevölkerung.

Eine große Unwachsamkeit ist es, wenn man jetzt die Sache so darzustellen versucht, als habe man von all dem im Reichswirtschaftsministerium nichts gewußt. Tatsächlich hat die Reichsleiterstelle in einem Schreiben vom 30. Oktober 1920 auf den Widerspruch der Verordnung keinen flennig Konjunkturgewinn abzahlen brauchen, und doch dies einen Aussall von vielen Millionen zur Folge haben würde. Bemerkenswert ist, daß keiner der bürgerlichen Vertreter im Ausschuß diese Korruption zu decken wagte. Auch der jetzige Minister Schmidt stand nur gelinde Worte der Abwehr. Er versprach jedoch, eventuell Versäumtes nachzuholen. Allein, den den Tagen der Lederinteressenten bringt auch sein Minister Schmidt mehr etwas heraus, wenngleich solange nicht, als gewinnlüstige Sabotage und Sachwalter der Schwer „verdiendenden“ als Regierungsräte des alten Systems im Reichswirtschaftsministerium sitzen. Herr Minister Schmidt muß schon angestrengt Obacht geben, daß er nicht in gleicher Weise von seinen Referenten eingewickelt wird, wie sein Vorgänger, der „Fachminister“ Scholz.

Das Wohlwollende Büro brinnt ein Dementi gegen eine Berliner Meldung, wonach die Ledergesellschaft durch eine Verfliegung des Reichswirtschaftsministers geschlossen worden sei. Diese Meldung, sagt das Dementi, sei glatt erfunden und läuft dann hinaus: „Weder von einem Zusammensprung noch von Millionenverlusten des Reiches kann die Rede sein.“ Wer das Dementi vertilgt hat, wird nicht gelagt, ob es von einer Behörde, oder aus der Pressestelle oder von irgendeiner an der Ledergesellschaft interessierten Person kommt, es hat demnach auch keinen Wert und jedes Wort darüber wäre Zeit- und Kraftvergängung.

Von der bayrischen Justiz.

München, 12. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der kommunistische Stadtrat Thierau, der wegen Kurierdiensten für die KPD verhaftet worden war, ist gestern vom Volksgericht wegen Verhältnis zum Hochverrat zu 1 Jahr 3 Monaten Festung unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt worden. Die gleiche Strafe wurde gegen die Kommunistin Ritter ausgesprochen, die das Ruhmehreben verstoßt hatte, das Thierau als Kurier in den Tagen des mitteldeutschen Putsches den auswärtigen Sektionen der KPD überbrachte und von dessen Inhalt er nach seiner Aussage keine Kenntnis hatte. Es ist schon bald nicht mehr schön, was in Bayern alles zum Hochverrat gestempelt wird, wenn es sich um die Verurteilung von Proletarien handelt. Das Ergebnis des Prozesses bringt den Münchner Reaktionären endlich die erwünschte Schwächung der sozialistischen Stadtratsmehrheit in München, die nur auf wenige Stimmen geschrückt ist.

Ein italienisch-türkisches Abkommen.

Berlin, 12. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Tribune veröffentlicht den Text des im März in London abgeschlossenen italienisch-türkischen Abkommens, das angesichts der schwierigen Orientfragen von großer Bedeutung ist. Es enthält Bestimmungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Türken und Italiener und, gestaltet den Italiener Prioritätsrechte für wirtschaftliche Konzessionen in verschiedenen Gebieten. Ferner enthält es Konzessionen zu den Kohlengruben in Heraklea an eine italienisch-türkische Gruppe. Auch die weitestgehende Zusammenarbeit des italienisch-türkischen Kapitals wird darin zugestanden. Italien verpflichtet sich dagegen, bei den Alliierten für alle türkischen Forderungen einzutreten, die sich auf den Friedensvertrag beziehen, besonders für die Rückgabe Thrakiens und Smyrnas an die Türkei. Italien verpflichtet sich, keine Truppen zurückzuziehen. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Vertrags spricht die Tribune die Lage im Orient und sagt, die neue Regierung in Angora sei gegen die Entente immer unangiebiger geworden und lasse auch Italien ihre Feindseligkeit fühlen, obwohl dies stets für die Türken eingetreten sei, selbst auf die Gefahr hin, in Widerspruch mit seinen Alliierten zu geraten.

Vom orientalischen Kriegsschauplatz.

Paris, 11. Juli. Nach einer Depêche des Exchange-Telegraph aus Athen sollen die Kommandanten am 8. Juli heftige Angriffe gegen die Griechen bei Asso Chora und Ushak unternommen haben.

Konstantinopel, 10. Juli. Die Regierung von Angora hat die Küste von Ismid und die Bezirke von Adra Bazar, Derindje und Parimduz, sowie die gegenüberliegenden Küste des Bezirks von Rodostadt amtlich als Kriegszone erklärt.

Paris, 10. Juli. Eine Handelsmeldung aus Konstantinopel aufgrund hat der neue Kommandant von Ismid, Oberst Emin Bey, der über reguläre Truppen in Stärke von tausend und irreguläre in Stärke von 1500 Mann verfügen soll, an der Grenze der neutralen Zone bei Derindje ein Drahtnetz anbringen lassen. Nach einer Verabredung zwischen den alliierten Kommandanten und den Türken soll niemand von den Kriegsführenden die neutrale Zone betreten.

Von der britischen Reichskonferenz.

Allgemeines Einverständnis.

London, 8. Juli. Auf der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz wurde, wie die Blätter melden, die Haltung des

britischen Reiches gegenüber den europäischen Angelegenheiten erörtert. Besonders kam die Frage der französisch-englischen Beziehungen ausführlich zur Sprache. Dazu Telegraph teilt mit, daß die bisherigen Sitzungen der Reichskonferenz zu einem allgemeinen Einverständnis bezüglich der Reichspolitik geführt haben. Große Hoffnung wird bezüglich der offiziellen Erörterungen zwischen den Mächten des Stillen Ozeans gehegt. Die Auffassung der Reichskonferenz war, daß die besondere Freundschaft mit Japan mit der freien Entwicklung Chinas und mit der engen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten in Einklang gebracht werden müsse. Zum englisch-japanischen Vertrag verlautet, daß er entsprechend den Völkerbundschungen abgestellt wird. Werner erklärte sich die Reichskonferenz mit der allgemeinen Politik der Regierung im nöten Orient hinsichtlich Mesopotamia und Palästina einverstanden. Wegen der Einwanderungsfrage und der Auschlußgesetz in den Dominions sind Schwierigkeiten nicht entstanden, da sowohl Indien als auch Japan das Recht der Dominions anerkannt haben, über den Charakter ihrer eigenen Bevölkerung zu entscheiden. Man erwartet, daß die Konferenz noch etwa zwei Wochen tagen wird.

Der „hohe Wert“ des Völkerbundes.

London, 8. Juli. Nach einem amtlichen Bericht über die Reichskonferenz der Minister des britischen Imperiums und der Ministerpräsidenten der Dominions hat die Konferenz heute die Besprechung über den Völkerbund wieder aufgenommen. Auch Lord George und Lord Curzon haben an den Besprechungen teilgenommen. Weiter heißt es in dem Bericht, sämtliche Redner hätten einstimmig den hohen Wert des Völkerbundes anerkannt und ausgegeben, daß er berechtigt sei, die vollständige Unterstüzung des britischen Reiches zu genießen. Man sieht in dem Völkerbund einen wirklichen Fortschritt für die Regelung der internationalen Angelegenheiten.

Japan überschreitet seine Mandatsbesitznisse.

Paris, 8. Juli. Wie New York Herald aus London meldet, hat die japanische Regierung entgegen dem Willen ihres Mannes Bonin große Festungsarbeiten begonnen.

De Valera kommt nach London.

London, 10. Juli. (Reuter) Lloyd George hat De Valera telegrafisch aufgefordert, mit den von ihm ausgewählten Personen im Laufe dieser Woche nach London zu kommen.

London, 12. Juli. (T. U.) Offiziell wird mitgeteilt, daß De Valera an Lloyd George erantwortet hat, er werde zu den Besprechungen über die irische Frage am nächsten Donnerstag in London sein. Reuter teilt dazu mit, daß Lloyd George sich damit einverstanden erklärt hat.

Die Opfer der Versailler Unruhen.

London, 10. Juli. Bei den Unruhen, die sich in der vergangenen Nacht in Belfast abspielten, sind mindestens zehn Personen getötet und 100 verwundet worden.

Deutschland.

Beendigung des Gutsarbeiterstreiks in Berlin.

In der Urabstimmung haben sich die städtischen Gutsarbeiter für die Annahme der Vorschläge des Magistrats ausgesprochen und die Arbeit wieder aufgenommen. Wenn auch die von den Gutsarbeitern gestellten Forderungen nicht in vollem Umfang durchgeführt werden könnten und namentlich durch den Unfall des Rechtssozialisten die Vorschläge des Magistrats noch hinter den Bereippahrungen der drei sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftskommision zurückgeblieben sind, so bedeutet der Ausgang des Streiks doch einen unzweifelhaften Erfolg proletarischer Solidarität, da nur durch die Streikdrohung der übrigen städtischen Arbeiter der Herrscherwillen des Magistrats gebrochen worden ist. So erwies diese Solidarität einmal mehr ihre sieghafte Kraft.

Neue Verleinerung der Lebenshaltung.

Die Reichsindeksiffer für die Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund von Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Belebung, Bekleidung und Wohnungsmiete berechnet wird, ist im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 10 Punkte auf 890 gestiegen. Die seit Januar beobachtete Abwärtsbewegung der Ausgaben für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse wurde also im Juni wieder unterbrochen. Die Indexiffer des Juni übertrifft um zwei Punkte auch die für April ermittelte Zahl, bleibt aber noch immer beträchtlich hinter dem im Januar erreichten Höhepunkt von 824 zurück.

Zur Bewertung der Lebenshaltung trugen im Berichtsmonat hauptsächlich die Preise steigernden für Eier, Milch, Zucker, Kartoffeln — ohne Berücksichtigung der neuen Kartoffeln — und für Fleisch und Lebmittel bei. Dagegen gingen für Kindermilch, Speck, Kette, besonders Butter, Preisänderungen gemeldet. Im allgemeinen ist die Preisbewegung innerhalb des Reiches sehr wenig ausgeglichen.

Bon Näh und Fern.

Die Höhe in Westeuropa.

TU Rotterdam, 12. Juli. In London sind tausende von Personen an Diphteritis und Scharlach erkrankt. Die große Höhe ist.

Nach einer Meldung des Lokalschreibers aus Rotterdam erkranken zu Neapel in der Provinz Drente nach dem Genuss von Speiseeis 400 Personen an Durchfall, Erbrechen und Fieber. Bisher starben 8 Personen, viele schwelen noch in Lebensgefahr.

Brand auf einer Schiffswerft.

Hamburg, 11. Juli. Bei dem Brand auf der Schiffswerft von Blohm & Voss wurde ein 80 Meter langes Gebäude, in dem sich Werkstätten befanden, vom Feuer vernichtet. Der Feuerwehr gelang es, die gefährdeten Nachbarhäuser, wo große Werkstätten lagen, zu räumen. Man nimmt an, daß das Feuer infolge Kurzschlusses entstanden ist.

Die Leichen der ermordeten Bürgermeister gefunden.

Heidelberg, 11. Juli. Die Leichen der beiden ermordeten Bürgermeister Buse und Werner sind heute vormittag in der Nähe von Meckenheim gefunden worden. Eine Untersuchungskommission hat sich sofort an Ort und Stelle begeben.

Schwerer Autounfall.

Augsburg, 11. Juli. Eine schwedische Reisegeellschaft erlitt heute früh in der Nähe der Station Kissing auf der Staatsstraße Augsburg-München einen schweren Autounfall. Das in rasendem Tempo fahrende Auto stieß mit einem Fuhrwerk zusammen und wurde mit voller Wucht an einen Chauffeur geknüllt. Drei Insassen waren tot, der Besitzer wurde schwer verletzt, der Chauffeur kam mit dem Schrecken davon.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Ernst Freytag in Leipzig.

Berantwortlich für den Inseraten Teil:

Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipzig Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielien, Warzen
besitzt das direkt empfohlene milde und leicht bewältigte
KUKIROS
Schachtel M. 3.— In Apotheken u. Drogerien erhältlich
König-Salomo-Apotheke, Grimmelsche Str. 17.
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Amtliche Bekanntmachungen.

Taucha. In der Zeit vom 4.-20. Juli gelangen weitere 2 Pfund Einheitszettel je Kopf der Bevölkerung auf Abdruck und Ü der Normalzulieferung bei den Kaufleuten zur Verteilung.

USPD. Groß-Leipzig

Lößnig. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, Versammlung (Diskussionsabend) im Stern (Saal). Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand. Mittwoch, den 13. Juli, abends 18 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gohlhof Stäns (Sommercafé). Tagesordnung: 1. Die Entstehung des Menschen. Ref. Gen. Adolf Herre. Aussprache hierzu. 2. Bericht von der Landeskonferenz. 3. Vereinsangelegenheiten. Sonntag, den 17. Juli, Kinderfest im Gohlhof Stäns. Alle Teilnehmer stellen 2 Uhr vorm Gohlhof zum Umzug. Abmarsch 13 Uhr. Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Metallarbeiter

Verband

Werkstattstelle: Volkshaus, Petergr. 20, I. Mittwoch: Vormittags 8-10, Mittwoch 12-1, abends 4-6. Sonntags 10-12. Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und kann während der Versammlungen benutzt werden. Erneuerungen müssen gegen Entschädigung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

Die Gewerkschaftsleitarten sind umgehend im Bureau zum Betrieb abzuholen!

Baulempner. Mittwoch, den 13. Juli, abends 18 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: Bericht über die mit der Innung stattgefundenen Verhandlungen. Die Branchenleitung.

Betriebsräte-Versammlung. Untergruppen 1, 2, 4. Freitag, den 15. Juli, abends 17 Uhr, im Volkshaus (Kolonade). Wichtige Tagesordnung: - Wollähnlichen Besuch erwartet Der Gruppenrat.

Elektromontoure und Heller. Sonnabend, den 16. Juli, abends 17 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Tagesordnung: Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere Lohnforderungen und Stellungnahme dazu. Das Agitationstomitee.

Metallarbeiter - Lehrlinge aller Branchen. Sonnabend, den 16. Juli, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus. Vortrag: Die wirtschaftliche Lage der Lehrlinge. Die Lehrlingstommision.

Moderne und geschmackvolle Drucksachen

für jeden Bedarf in ein- und mehrfarbig. Ausführung liefert schnell bei billigsten Preisen

Leipziger Buchdruckerei AG

Tauchaer Str. 19-21 . Fernsprecher 4596 Rotatio ist betrieb bestens geeignet für pünktliche Lieferung von Massenauflagen

Glücks-Bude

komplette Verlosungen
(Wirtschafts-Artikel)

ständige Ausstellung

Regel- und Schachpreise

liefern preiswert

Richard Lipinski

Königstraße 12. 1*

Industrie-Lack-

Firnis Rlo. 10.00

m. oll. Jod. Lac. Stein milch.

Streichfertige Farben!

Wachsfarbenfarben Allog. 12.00

Gartenaubanfarben " 15.00

Rückensdörfelarben " 15.00

Zubodenfarben " 17.00

Rückensdörfelarben " 17.00

Densfarbenfarben, weiß 18.00

Farbenfarben, weiß 18.00

Kreide, Leim, Glas,

Schellack, Politur ic.

Feist Hödelstraße 12

Strassenb. 1 u. 8.



Photographisches Atelier Reinicke, Paasdorf
Täglich geöffnet
Montags 9-12, Sonntags 11-12 Uhr

Bücher aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorzüglich durch unsere Buchhandlung. Wenn Gemeindesatz nicht auf Lager ist, wird es schnellstmöglich besorgt. Die Filialen und die Ausländer der Volkszeitung nehmen Bestellung entgegen. Verner Zeitungen werden auch regelmäßig nach Erwerben, zugestellt. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Bierteljahres die Rebestellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Bierteljahrs von uns rechtzeitig zugestellt werden können.

Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft
Abteilung Buchhandlung
Hauptgeschäft:
Villa 1, Tauchaer Str. 19/21
Villalen:
Volkshaus Leipzig, Selberstr.
Leipzig-Ost, Eißelsbergstraße 19
Lindenau, Obermannstr. 1
Plagwitz, Weissenfelser Str.
Steinbacher, Dieskaustr.
Schönfeld, Stett. Str. 84
Thonberg, Nienh. Str.
Stötteritz, Fried.-Joh.-Str.
Connewitz, Bornaische Str.
Gohlis, Lindenthaler Str.
Gutrich, Magdeburger Str.
Leipzig, Leipzig, Hauptstr. 87.
Böhlitz-Ehrenb., Wettinerstr.



Saison-Ausverkauf

Herren-Anzüge

statt M 278.- 315.- 395.- 480.- 525.- 595.-

jetzt M 175.- 245.- 310.- 370.- 395.- 485.-

Herren-Anzüge

statt M 630.- 660.- 690.- 730.- 875.- 975.-

jetzt M 520.- 530.- 540.- 610.- 675.- 775.-

Schlüpfer und Paletots

sonst M 285.- 340.- 450.- 640.- 780.- 975.-

jetzt M 245.- 280.- 340.- 490.- 570.- 760.-

Herren-Hosen

M 17.- 25.- 39.- 47.- 62.- 69.- 76.- 80.- 89.-

98.- 115.- 135.- bis 205.-

Tennis- u. Strand-Anzüge

gelb kaki und weiss-blau gestreift

M 206.- 224.- 240.- 375.-

aus reinwollinem Tennisflanel, hellgrau oder weiss mit feinen Streifen

M 695.-

Wasch-Joppen Lüstre-Sakkos Loden-Joppen

von M 49.- an

von M 89.- an

von M 85.- an

Westen Knaben-Anzüge Knaben-Joppen

von M 30.- an

von M 39.- an

von M 31.- an

Leibchen-Hosen Knie-Hosen Jünglings-Anzüge

von M 13.- an

von M 23.- an

von M 100.- an

Friedrich Treumann

Markthallenstraße

LEIPZIG

Rossplatz 1

Nach mehrjähriger speziellärztlicher Ausbildung habe ich mich in Leipzig

Südstraße 43, pt. (Ecke Hardenbergstraße) als Facharzt für Frauenleiden u. Geburtshilfe niedergelassen. Sprechzeit: wochentl. 11-12½ u. 3-4.

Dr. med. Otto Nissen

Familien-Nachrichten

Unserm langjährigen Parteigenossen und Gemeinderatsmitglied

Paul Illgner nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit
Ortsverein Liebertwolkwitz

Sonntagnacht verschied nach langem schwerem Leid unser lieber Vater und Großvater,

Herr Friedrich Karl Boost im Alter von 88 Jahren. Dies zeigt tiefschläfrig an Großsohne, den 11. Juli 1921

Frau Emilia verw. Boost nebst Angehörigen und Hinterbliebenen. Beerdigung Donnerstag, den 14. Juli, 3 Uhr, vom Trauerhause, Kirchstraße 22, aus.

Um 9. Juli verschied plötzlich und unerwartet unser Sonnenchein, unser lieber Herzengut

Fritz im Alter von 2½ Jahren. In tiestem Weh L.-Thonberg, Reichenhainer Str. 32, II.

Fritz List und Frau im Namen lädtlicher Hinterbliebenen. Blumenpenden werden dankend abgelehnt.

Dank. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die trostreichen Worte am Grabe beim Heimgang meines lieben Enkelchen

Herrn Oskar Kunath sage ich allen Verwandten, Bekannten und Hausbewohnern, den Kollegien und Kolleginnen der Firma Breitkopf & Härtel, dem Verband der Lithographen und Steindrucker und dem Sportverein „Spartevorsteigung“ meinen herzlichsten Dank.

L.-Plagwitz, den 12. Juli 1921.

Friederike verw. Kunath.

Rucksäcke

Erneut bedeutend herabgesetzt.

Beste Qualitätarbeit Eigen solide Fabrikate

Karl Blaich Windmühlenstr. 32

Tauchaer Str. 16.

Soeben erschien!

KARL RADEK

Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentralistische Partei des Wartens sein?

Inhalt: 1. Der Vereinigungsparteitag./2. Die VKPD. und KAPD./3. Der Kampf um die rechtsstehenden Arbeitersassen./4. Die italienische Frage./5. Passive oder revolutionäre aktive Massenpartei./6. Die Märzstage./7. Die Lage in der VKPD./Nachwort des Verfassers: Der Fall Levi.

119 Seiten / Preis M 1.50

Zu beziehen durch:

Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg 11 sowie Büchertube Otto Müller, Leipzig, Wintergartenstraße 16

Asthma

ein qualvolles, mitunter

furchtbare Leid, macht

durch beeinträchtigende Atmen-

not, Bessemung und Er-

krankungen häufig das Leben zur Höle,

erweiter ost in erschreckender Weise Herz und

Lunge, erschöpft die Lebenkräfte und führt zu

vorszeitigen Tod. Wie Asthma und seine verursachenden

Katarre durch natürliche Ausheilungs- und Kräf-

tigungskuren geheilt wird, darüber berichtet unter er-

fahrenster Praktiker, Herr Uhlig, morgen und Donnerstag

abend 18 Uhr im Schauspielhaus, Bördehaus, 2 Treppen-

Eintritt für Nichtmitglieder 50 Pf. Gäste willkommen.

Verein für Lebens- und Gesundheit „Reform“ e. V.

H. Salomo - Apoth. Leipzig.

Hautjucken

(Krätze) wirksame Spezialmittel.

König Salomo - Apoth.

Leipzig.

Salomon - Apoth.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Ortsverein Alt-Leipzig. Alle Kinder treffen sich Freitag, den 15. Juli, 3 Uhr, Braustraße 17, zum Einüben der Spiele und Lieder für Sommer- und Gewerbeschäftszeit. Auch geben wir die Ausflüsse für die Ferien bekannt. Gemeinsamer Abmarsch nach der Nominierung.

Ortsverein L.-Ost. Donnerstag, den 14. Juli, abends 1/2 Uhr, Diskussionsabend, Natalienburg, Natalienstraße 12.

Ortsverein Sommerfeld-Engelsdorf-Baalsdorf. Mittwoch, den 18. Juli, nachmittags 2 Uhr, Treffen der Kinder zum Spaziergang auf der Spielwiese Engelsdorf. Abmarsch 1/2 Uhr nach der Tunnelwiese Stünz. Von jezt an finden jeden Mittwochabendmittag auf der Spielwiese Engelsdorf Kinder spiele statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet die Leiterin.

Ortsverein Döhl-Dösen. Donnerstag, abends 8 Uhr, Funktionssitzung, Park Döhl. Kinderspiele finden jeden Mittwoch statt. Treffen nachmittags 3 Uhr an der Kirche Lößnig.

Böhning. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend im Stern.

Gruppe 7, Holzindustrie, morgen abend 7 Uhr Vollversammlung im Volkshaus, Gartenzaal.

Gruppe 4, Chemie, Donnerstag, den 14. Juli, abends 7 Uhr, Vollversammlung im Volkshaus, Café Mitte, Schlichtungsordnung.

Betriebsräte. Donnerstag, den 14. Juli, abends 7 Uhr, Diskussionsabend im Volkshaus, Zimmer 9. Rechtsfragen aus dem Betriebsrätegesetz. Einleitender Vortrag des Genossen Kippins, Gewerkschaftskartell.

Beiterinnen der Kinder spiele treffen sich Donnerstag, den 14. Juli, abends 1/2 Uhr, im Jugendheim, Braustraße 17.

„Die Rückkehr zu Treu und Glauben“.

Am 16. Juli beginnt der freie Getreidehandel, dem die Landwirte den größten Teil der Körnerterne zuführen können. Dem Bucher ist freie Bahn geschaffen, und die Brotesse werden ihn sehr bald zu spüren bekommen.

Die Freigabe des Getreides ist ein Werk aller bürgerlichen Parteien. Deren Zeitungen verteidigen diese Wucherpolitik und es ist ganz natürlich, daß auch die Leipziger Neuesten Nachrichten in dem Ereignis einige Spalten widmen. Sie sprechen von einer Rückkehr zu Treu und Glauben, zur Rechtssicherheit, zur soliden Geschäftsgebärung.

Die P. R. A. müssen zugeben, daß Brot und Mehl erheblich im Preise gelten werden. Sie hoffen aber, daß die Preise nicht gleich an die Obergrenze, an die Weltmarktnoth, empor schnellen würden. Das würde nicht gerechtfertigt sein, weil es sich in der Hauptbache am Inlandsgesetze handele. Das Blatt meint, das Brotsorn sei kein Spekulationsobjekt, reelle Produzenten und Händler würden sich von solchen Übertriebungen fernzuhalten wissen.

Diese Ausführungen sind nahe Heuchelei. Das Kapitalistenslant weiß sehr gut, daß die Freigabe des Getreides nur zu dem Zweck erfolgt ist, um die höchsten Preise zu erzielen. Die „reellen Produzenten und Händler“ nehmen, was sie kriegen können. Da aber das Organ eine Anzahl Leser aus der ärmeren Bevölkerung hat, so glaubt es, diesen einige Bezugspunkte vorsetzen zu müssen. So macht man es bei. Den Besitzenden werden materielle Vorteile auf Kosten der Besitzlosen zugestanden, und für die Opfer dieser Politik hat man dann einige beruhigende Worte übrig. Wenn demnächst die armen Familien ihren Kindern die schmalen Brotrationen noch mehr fützen müssen, weil die hohen Brotpreise unerschwinglich für sie sind, wenn sie das schlechte Markenbrot essen müssen, während in den Schaukästen gutes Brot und Kuchen für die Reichen in Fülle herumliegen wird, so wissen sie, daß es fast um „eine Rückkehr zu Treu und Glauben, zur soliden Geschäftsgebärung“ handelt.

Das ist ja gerade das Bestreben der Produzenten gewesen, den bisherigen Schleichhandelspreisen, die Wucherpreise sind, eine rechtliche Grundlage zu geben. Die Landwirte und Händler wollen als unantastbare Männer gelten, wenn sie sich auf Kosten der armen Bevölkerung die Taschen füllen. Kein Gericht soll ihnen in den Arm fallen, wenn sie die hungrende Bevölkerung schamlos ausbeuten.

Deshalb spricht man von der „Rückkehr zu Treu und Glauben – zur soliden Geschäftsgebärung“.

Zu dem Hunger gefällt sich noch der Hahn, mit dem die Kapitalistenpresse die arbeitende Bevölkerung überschlägt. Werft diese Schandblätter aus euren Wohnungen!

Wolltere Frachtermäßigungen zum Zwecke der Lebensmittelverbilligung.

Mit Gültigkeit vom 1. Juli 1921 sind folgende weitere Tarifermäßigungen zum Zwecke der Lebensmittelverbilligung eingeführt worden: 1. Wegfall des Gewichtszuschlags von 50 v. h. bei der ermäßigte Elgitklassen. Diese Maßnahme bedeutet besonders für frisches Obst, frische Beeren, Brot, Butter, Butterknäck, frisches Gemüse (Bohnen, Erbsen, Spinat, Gurken, Salat), Fisch, Margarine, Milch und Mürbeteigwaren, sowie die Güter der ermäßigte Elgitklassen angehören, eine wesentliche Frachtermäßigung. 2. Änderung der Frachtabrechnungsbestimmungen für gebrauchte Packmittel insowein, als die Fracht nicht mehr in jedem Fall für das volle Gewicht nach der ermäßigte Stückgutklasse, sondern entweder zum halben Gewicht nach der allgemeinen Stückgutklasse oder zum vollen Gewicht nach der ermäßigte Stückgutklasse zu berechnen ist, je nachdem die eine oder die andre Berechnungsart sich billiger stellt. Für 1. August 1921 sind u. a. noch folgende Erleichterungen in Aussicht genommen: 1. Erleichterung der Teigwaren und Suppenartikel unter die Güter der ermäßigte Stückgutklasse, 2. Aufnahme von Suppenartikeln in die Liste der Güter, bei denen die Fracht nach den Hauptklassen ohne Rücksicht auf das Ladegewicht der verwendeten Wagen für das wirkliche abgerundete Gewicht, mindestens jedoch für 10.000 Kilogramm zu berechnen ist und in das Verzeichnis der in bestehenden Wagen zu befördernden Wagenladungsgüter, 3. Versetzung von Sauerkraut aus der Wagenladungsklasse B in die Wagenladungsklasse C, 4. verschiedene Tarifbegünstigungen für Käse, Frühstücksmittel und 5. Tarifermäßigungen für lebende Fische.

Das proletarische Kleinkind.

Neue Feststellungen haben ergeben, daß es in Deutschland heute sechs Millionen fürsorgebedürftige Kleinkinder gibt. Das Kleinkinderalter weist die höchste Krankheitsziffer auf. 96 Prozent aller Todesfälle an Mäusen und 97 Prozent aller Todesfälle an Säuglingen entfallen auf die ersten 5 Lebensjahre. Auch unter der Nachfrage hat das Kleinkind heute wie nie zuvor zu leiden. Eine weitere besondere Gefahr sind die Nachkrankheiten der Infektionskrankheiten (Augen- und Ohrenleiden). Und auch die Zahl der Unfälle, die das Kleinkindesalter erleidet, ist gestiegen, weil immer noch viel zu sehr Mann und Frau arbeiten müssen und die Kinder sich selbst überlassen bleiben. Dazu kommt das Hauptproblem der gesundheitlichen Kleinkindfürsorge, der

Kampf gegen die Tuberkulose, da in mehr als der Hälfte der Fälle die Ansteckung mit dem Tuberkelbazillen vor dem Eintritt in das schulpflichtige Alter erfolgt.

Es ist bedauerlich, daß bei solchen Tatsachen das statistische Ergebnis der Beziehung zwischen Kleinkindesalter noch so im organ liegt, so daß ein genauer Überblick und ein tieferes Erkennen der Zusammenhänge nicht möglich ist. Nur Hessen führt eine derartige Statistik, die aber auch bei weitem nicht genügend ist.

Immerhin lassen uns die Zahlen, die vorhanden sind, die große Bedeutung erkennen, die einem weiteren Ausbau der Kleinkindfürsorge zufolgt. Sechs Millionen fürsorgebedürftiger Kleinkinder! Diese Zahl spricht wahrlich eine beredte Sprache. Sie zeigt uns das soziale Elend in seiner ganzen Größe und die völlige Mangelhaftigkeit unserer heutigen Kleinkindfürsorge. Es ist unsre Aufgabe, unter ganzem Augenmerk auf dieses Problem zu richten, da von dessen Lösung zum guten Teile die gesunde Entwicklung unseres Volkes und die Zukunft abhängt.

Die neuen Bestimmungen des Angestelltenversicherungsgesetzes.

Über die Beratungen in den letzten Sitzungen des Reichstages über die Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz sind unklare Nachrichten verbreitet worden, so daß eine Unmenge von Unfragen in der Geschäftsstelle des Ortsausschusses und bei den bekannten Vertretern eingelaufen sind. Zur allgemeinen Auflösung sei deshalb mitgeteilt, daß nur ein Teil der Novelle zur Abstimmung gekommen ist, daß der weitauß größere Teil der Abänderungsvorschläge erst im Herbst d. J. zur Beratung kommt. Die jetzt beschlossenen Vorderungen lassen sich kurz dahin zusammenfassen, daß erstmals eine Erhöhung der laufenden Renten mit Rückwirkung ab 1. Januar d. J. für Altersbezüger um 70 Mt. monatlich, für Witwen- oder Witwerrenten um 55 Mt. monatlich und für Waisenrenten um 30 Mt. monatlich ohne besonderen Antrag gewährt werden, daß weiters die Versicherungspflichtgrenze ab 1. August d. J. auf 30.000 Mt. erhöht wird, daß drittens die alten Beitragssätze bestehen bleiben, aber drei neue Beitragsklassen geschaffen werden, nämlich Klasse K mit mehr als 5000 bis 10.000 Mt. Jahresentommen = 38,20 Mt., Klasse L mit mehr als 10.000 bis 15.000 Mt. = 40 Mt. und Klasse M mit mehr als 15.000 Mt. = 48 Mt. und daß viertens die einschränkenden Bestimmungen für das Frauenwahlrecht (§ 181, Abs. 3 und § 181, Abs. 1 die Worte „jedoch sind nur Männer wählbar“) gestrichen werden. Weiter ist noch eine Bestimmung angenommen, daß eine Befreiung von der eigenen Beitragsteilung auf Grund der Lebensversicherung nicht erfolgen

sollte, wird häufig zu schwer oder zu groß aufgelöst. Wird ein solches Päckchen von der Post befördert, so wird es nach einer neuen Verfügung des Reichspostministeriums nur noch gegen Einziehung der Paketgebühr ausgehändigt. Es wird nur der Betrag abgezogen, der durch Freimarken auf dem Päckchen verrechnet ist. Verweigert der Empfänger die Annahme, so wird die Sendung ohne Nachgebühr an den Absender zurückgeschickt. Es dürfte sich empfehlen, die Vorschrift zu beachten.

Gesangs- und Musikaufführungen in Leipzig. Der Rat schreibt uns: Die bisher im Albertpark durch Schulen und Vereine veranstalteten Gesangs- und Musikaufführungen sind von unserer Einwohnerschaft mit soviel Beifall aufgenommen worden, daß es der Rat freudig begrüßt würde, wenn diese schönen Einrichtungen dauernd bestehen blieben. Gern würde der Rat es sehen, wenn auch auf anderen Plätzen der Stadt derartige Aufführungen veranstaltet werden könnten. Es denkt hierbei an den Augustusplatz, den Volkspark Schönefeld, den Volksgarten Sellerhausen, den Volkshaus Stünz, den Spielplatz am Zöllner-Weg im Rosental, den Platz an der Straßburger Straße, den Karl-Heine-Platz und Kreuz-Kirchhof. Der Rat richtet deshalb an die in Frage kommenden Vereinsvorstände die Bitte, sich an den Ausführungen zu beteiligen und Wünsche für einen bestimmten Platz geltend zu machen. Die Schulen haben sich in dankenswerter Weise bereits zur Verfügung gestellt. Diesbezügliche Anfragen und Wünsche sind an den Rat, Abteilung für Theater und Musik, Neues Rathaus, Zimmer 322, Fernsprech 99, zu richten. Mit dieser Abteilung wären dann auch die beabsichtigten Aufführungen jedesmal zu vereinbaren.

Ein Seminar für Sprechkunst hat das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin eingerichtet. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erucht die Regierungen und die Provinzialschulcollegien, die Lehrkräfte der höheren Lehranstalten für die männliche und weibliche Jugend, der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten, der Mittelschulen und Volksschulen hierauf aufmerksam zu machen. Der dritte Jahrgang des Seminars beginnt am 3. Oktober und dauert bis zum 22. Dezember. Das Seminar will eine gründliche Einführung in die gesamte Sprechzeichnung bieten. Anträge auf Urlaub zur Teilnahme an dem Jahrgang sollen nach Möglichkeit genehmigt werden. Beihilfen können aber nicht zur Verfügung gestellt werden.

Löhngobelintheil für ehemalige Kriegsgefangene. Die in letzter Zeit von ehemaligen Kriegsgefangenen, meist unter Verwendung von Formularen der Kriegsgefangenenorganisation, gestellten Anträge auf Nachzahlung der Löhne gehen, wie uns schreibt, von der irrtigen Annahme aus, daß durch neuere Verordnung der Reichsregierung diese Löhne noch ausbezahlt wird. Eine Nachzahlung der Löhne findet im allgemeinen nicht statt. Nur in wenigen Ausnahmefällen, wo ein Gesuch auf Nachzahlung der Löhne oder auf Entschädigung für die bei der Gefangennahme abgenommenen Gegenstände wegen Fehlversäumnis abgelehnt worden ist, kann nach neuester Verordnung die Gewährung einer Beihilfe in Frage kommen. Für solche Antragsteller, aber auch nur für diese, liegen Formulare zur unentbehrlichen Entnahme in der Kriegsgefangenenheimlehr Leipzig bereit. All andern Gesuche sind als erledigt zu betrachten. Die neuen Gesuche müssen bis zum 23. Juli 1921 bei der Kriegsgefangenenheimlehr eingereicht sein; später einlaufende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Instandhaltung der Häuser. Das Baupolizeiamt schreibt uns: In letzter Zeit sind bei der Polizei wiederholt Meldungen darüber eingegangen, daß Teile von Gebäudenfronten (Giebelsole, Stuckverzierungen sowie Firmen- und Reklameschilder), die herabstürzen drohen, den Straßenverkehr gefährden. Durch Herabstürzen eines Firmenschildes ist erst vor kurzem ein Kaufmann aus Berlin am Königsplatz tödlich getötet worden. Sehr oft war es nur einem Zufall zu verdanken, daß größere Verzögerungen nicht vorgekommen sind. Aus derartigen Vorfällen können für die Grundstücksbesitzer oder Firmen- und Reklameschilderhaber Folgen entstehen, die nicht allein zivil, sondern auch strafrechtlicher Natur sind. Es erscheint daher dringend notwendig, daß den Einrichtungen jener Art größere Aufmerksamkeit geschenkt wird, als dies für gewöhnlich geschieht. Deren Inhaber müssen sich möglichst in regelmäßigen Zwischenräumen von ihrer einwandfreien Beschaffenheit und Befestigungsweise, gegebenenfalls unter Bezeichnung von Fachleuten, überzeugen. Es ist dies zur Zeit um so mehr erforderlich, als während der Kriegszeit infolge Mangels an Arbeitskräften und Materialien der bauliche Zustand der Häuser sich zweifellos in erhöhtem Maße verschlechtert hat und Instandsetzungsarbeiten, besonders auch an den Gebäudenfronten, ganz unterblieben sind. Es wird angenommen, daß es nur dieser Anregung bedarf, um die Beteiligten zu veranlassen, die im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Arbeiter-Esperanto-Bund, Gruppe Leipzig. Alle fortgeschrittenen Schüler des Oktos, welche verhindert sind, an dem Montagskursus in der Karl-Vogel-Straße teilzunehmen, können sich event. an einem neuen Mittwochskursus in der III. Fach- und Fortbildungsschule, Platzstraße, beteiligen. Anmeldungen dadurch morgen, Mittwoch, abends 7 Uhr. — Unsere Generalkonferenz am 11. August findet Sonnabend, den 16. Juli, abends 1/2 Uhr, im Volkshaus statt.

Wo bleibt die Sonderbeihilfe für die Arbeitslosen? Der in unserer geistigen Nummer unter dieser Spalte gebrachte Aufsatz wird dahin berichtig, als der letzte Satz zu lesen ist: „Im Interesse aller „Erwerbslosen“ (nicht „Erwachsenen“, wie irrtümlich gedruckt).

Deutsche Volksversammlung des sozialistischen Studentenbundes an der Universität Leipzig. Freitag, den 15. Juli, hält der Bund im großen Saale des Auguste-Schmidt-Hauses in der Dresdner Straße eine öffentliche Versammlung ab, in der Dr. Eduard Erkes über „Rolle der Sozialtheorien und Sozialismus“ spricht. Der Vortrag folgt einer freien Auslotung. Vorher findet um 7 Uhr Mitgliederversammlung des Studentenbundes im gleichen Hause statt.

Drucksachenjugend. Die Drucksachen hat die Post vor einiger Zeit einer außergewöhnlichen Prüfung unterzogen. Sie findet, daß die Zahl der ordnungswidrigen Drucksachen sehr erheblich ist und ein außergewöhnlich hoher Einnahmeausfall entsteht. Die Postanstalten erhalten deshalb eine Reihe von Anweisungen, wie sie diesen Mißbrauch entgegen treten sollen. Die Betriebs- und Aussichtsbeamten sollen den Drucksachen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. An allen Stellen sollen diese in möglichst großem Umfang geprüft werden, am besten in den verkehrs schwachen Stunden und in den Dienstpausen. Vor allem könnten dafür die Amtsträger geringerer Umfang wirken, die nicht unter der Haft der Großbetriebe zu arbeiten hätten. Um den Eifer der Beamten zu haben, sollen die von den einzelnen Beamten nachzulasten Beträge zusammengezählt und dem Personal zur Kenntnis gebracht werden. Bei höheren Amtsträgern sollen zeitweilig besondere Beamte mit der Nachprüfung der Drucksachen als Hauptaufgabe betraut werden. Es sind nicht weniger als 17 verschiedene Arten von Verstößen gegen die Postordnung zusammengestellt. Zum Teil steigen aber die Verstöße weniger an den Abendern als an den Vormittagen. Wenn auf Gebrauchs-, Weihnachts- und Neujahrskarten Größe, gute Wünsche usw. mit film Worten erlaubt sind, so liegt es nahe, diese auch auf Osterkarten zu sehen, wo sie verboten sind, ebenso wie auf Geburtstagskarten und Drucksachen anderer Art.

Gegen die übermäßig hohen Sargpreise. Das Gewerbeamt hat davon abgesehen, Richtpreise für Särge festzulegen, weist aber darauf hin, daß Särge zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehören. In allen Fällen, in denen übermäßig hohe Preise für Särge gefordert werden, ist deshalb ein Einschreiten nach der Preisfreiheit-Verordnung vom 8. Mai 1918 möglich. Die hinterbliebenen Verstorbenen wollen sich deshalb an das Gewerbeamt wenden, sobald ihnen der Preis für einen Sarg übermäßig hoch erscheint.

Der Flugpostpaketverkehr mit den Niederlanden wird am 14. Juli eröffnet. Es kostet aber ein solches Päckchen im Gewicht von 1 Kilogramm 5. 9. nicht weniger als 47 Mt.; 9 Mt. Paketgebühr, 8 Mt. dringende Gebühr bis zur Grenze, 5 Mt. Entfernungsbefreiung und 25 Mt. Flugzuschlag. — Das inländische Päckchen, das 1 Kilogramm schwer sein darf und bis auf weiteres 1.50 Mt.

Lebensmittelkalender für Mittwoch, den 13. Juli
Für Händler.
Aussländisches Meizenzmehl: Bestellung beim Ohmann.

**Metallarbeiter!
Heute Versammlung!**

soll, ebenso wenig soll es zulässig sein, die Erhaltung der Unwirtschaft ohne Beitragzahlung zu beantragen, was namentlich für Versicherer in Frage kommt, die infolge Überschreitung der Gehaltsgrenze aus der Versicherungspflicht ausgeschieden waren. Dies sind diejenigen Anträge, die von großem Interesse sein dürften. Im übrigen wende man sich zur genauen Orientierung entweder an die Geschäftsstelle des Ortsausschusses Leipzig, Georgiring 6b, an den Revisor Peters, Städt. Versicherungsamt, Otto-Schill-Straße 4, II., oder an einen der bekannten Vertragsmänner. Die Revisionen haben ergeben, daß noch oft Mängel in der Durchführung der Beitragzahlung, bei der Anmeldung Versicherungspflichtiger und ähnlicher Fragen, festzustellen waren, deshalb sollen die Beteiligten, ob Angestellte oder Geschäftsinhaber sich in zweifelhaften Fällen stets erst Auskunft einholen.

Hausbesitzerpraktiken. Zu welchen Mitteln manche Hauswirte greifen, um Mieterhöhungen durchzusetzen, zeigt das Vorgehen des Hauswirts Ernst Beck, Blaumühle, Jakobistraße 79. Er schreibt seinen Mietern Ankündigungen über Mieterhöhungen laut Beschluss des Mieteinigungsamts vom 18. 6. „21“. Es ist aber festgestellt worden, daß ein solcher Beschluss nicht vorliegt. Wäre er vorhanden, so könnte er durchgeführt werden, ohne daß der Hausbesitzer sich die Unterschreitung vom Mieter geben läßt. Es handelt sich hier um eine grobe Verfehlung der Mieter. Dieser Fall möge als Warnung dienen, da er nachgeahmt werden dürfte. Sei jeder in der Unterzeichnung von Schriftstücken über Mieterhöhungen äußerst vorsichtig.

Vom kommunistischen Aktionstag. Ein richtiger Kommunist versucht aus jeder Begegnung für seine Partei Nutzen zu schlagen. Was für diese Zwecke nicht ganz paßt, wird dazu zurechtgebrochen. So hausten jetzt die Kommunisten in den Leipziger Betrieben mit der Behauptung, an der Landesversammlung der Reichssozialisten habe der Genosse Liebmann teilgenommen, um die Versammlung der USPD mit der SPD zu vollziehen. Genosse Liebmann hat der Landesversammlung als Vertreter der Presse beigegeben, hinter ihm, an einem anderen Tisch sah der kommunistische Redakteur Wild; doch davon sagen die Kommunisten nichts.

Wie die Leipziger Neuesten berichten. Die Redakteure der P. R. A. haben offenbar die Landeskongress der USPD verlassen, denn sie, die sich sonst über jeden Dresdner von einem „Sonderberichterstatter telegraphisch melden“ lassen, bringen erst in ihrer Dienstagsnummer einen Bericht von der für Sachsen so außerordentlich wichtigen Landesversammlung. Der Bericht ist aber auch noch danach. Er spricht von Unrichtigkeiten, offenbar können die Nachrichtenredakteure noch nicht

Sporcharzell.

Am Freitag des 1. August wurde ein Sporcharz stattfinden.

Am vergangenen Sonntag der gesamte Saison Vertrag. Das Wetter war herrlich. Schön fröhlich wimmelte es im Volkshaus von Sportlern und gegen 8 Uhr sah man die ersten Träger in ihren schönen Trikots mit den Steinenbahn bahnsegeln, blau und weiß. Die Zeit rückte langsam heran. Mehr und mehr Aufstauer drängten sich um den übergestellten der Sportler zu lassen. Die ganze lange Strecke hinunter bis zum Ende eines schönen Streites. Ruh schweigen kann es die Leistung und die Sprache Schumannschaft aus Volkshaus, wo ein großes Schiff in Kleineisenstein das Ziel ansprach. Eine sehr unendliche Weise hatte sie über verloren. Mindestens fünfzig Meter der Höhe voran. Mit Jubel und Brüderlichkeit wurden alle begüßt. Zwei und noch wohlbeholt waren ihnen je nach dem 7 km langen Wegen. 10.20 Uhr waren wieder die Sportler grünblau. Auch wie die den Langstreitläufer eine Brücke führende Mausacher voran. In den nächsten Minuten dann beließen ein.

Die Vereinsleitung hofft den Arbeitern einen schönen Tag gewährt zu haben und glaubt auch, dass dieser Tag dazu beitragen wird, dass nun verstehen, die noch in bürgerlichen Vereinen sich bewegen, endlich zur Freiheit kommen und denen den Platz leihen und in die Vereine des Arbeiters- und Sportverbundes treten. Am Freitag waren beteiligt 11 Langstreitläufer und 6 Mannschaften zu 6 Mann für den Stoffellberg. Die einzelnen Abteilungen sind folgende: a) Langstreckenläufer; Wagner, May, Eisele 27. 6.; Weißer, Kurt, Gomowitsch 28. 6.; Panzow, Arno, Eisele 29. 6.%; Aufs. Kurt, Weißerich 29. 6.%; Seidel, Dr. 29. 17.; Grech, 29., Dr. 30. 17.%; b) Stoffellberg: Eisele 22. 24.%; Dr. 23. 03.; Stoffellberg 23. 20.%; Plagwitz 23. 20.%; c) Kleinstadt: Eisele 23. 24.%; d) Aufs. 23. 03.; Stoffellberg 23. 20.%; e) Plagwitz 23. 20.%; f) Kleinstadt: Eisele 23. 24.%; g) Aufs. 23. 03.; Stoffellberg 23. 20.%; h) Plagwitz 23. 20.%; i) Kleinstadt: Eisele 23. 24.%; j) Aufs. 23. 03.; Stoffellberg 23. 20.%; k) Plagwitz 23. 20.%; l) Kleinstadt: Eisele 23. 24.%; m) Aufs. 23. 03.; Stoffellberg 23. 20.%; n) Plagwitz 23. 20.%; o) Kleinstadt: Eisele 23. 24.%; p) Aufs. 23. 03.; Stoffellberg 23. 20.%; q) Plagwitz 23. 20.%; r) Kleinstadt: Eisele 23. 24.%; s) Aufs. 23. 03.; Stoffellberg 23. 20.%; t) Plagwitz 23. 20.%; u) Kleinstadt: Eisele 23. 24.%; v) Aufs. 23. 03.; Stoffellberg 23. 20.%; w) Plagwitz 23. 20.%; x) Kleinstadt: Eisele 23. 24.%; y) Aufs. 23. 03.; Stoffellberg 23. 20.%; z) Plagwitz 23. 20.%;

Am Nachmittag das gleiche Bild auf den Bogenmeisters. Turnierische und sportliche Tätigkeit auf dem ganzen Gelände. Wie dies der Aufschluss zu der am kommenden Sonntag stattfindenden Eröffnung des Vorortssportparties sein.

Der Technische Ausschuss des Turn- und Sportvereins Görlitz.

Östliche Spielvereinigung. 4. Kreis, 1. Bezirk. Mitglied des Arbeiters-Turn- und Sportverbundes.

Schiedsrichterangelegenheiten. Die Vereine Hölzle, Dörrn, Bad Lausick, Großenhain, Gräfenhain, Tautenburg, Großdöbeln, Pegau und Freiberg werden erneut, die 15. Juli Sportligen zu erhalten, die an einer Schiedsrichterung in Hölzle teilnehmen wollen. Adresse: Richard Schenkel, L-R-Kreisamt, Görlitz, 3. II.

Reklame von Hölzle, Sonnenburg und Sonnau: Sportligen 10—Sachsen 07 1 2:1. Südböhmen 1—Wartburgkreis 1. Job. 1:0. Sachsen 1—Schiedsrichterung-Tauza 1:1. Kleinstadt 1—Jahn-Großdöbeln 1:2—2. Rosenhain-Döbeln 1—Görlitz 1:2:1. Sportligen 1—Görlitz 1:2:1. Wohlth.-Ehrenberg 1—Lindenaus 1:0:0. Würzen 11—Görlitz 1:1. Wohlth.-Ehrenberg-Tauza 11 1:1. Würzen IV—Schiedsrichterung-Tauza 11 2:1. Würzen 1. Job. Lindenaus 1. Job. 2:0. Würzen 2. Job. Lindenaus 2. Job. 0:1. Würzen 1. Andenken-Lindenaus 1. Andenken 2:0. Sportligen 11—Görlitz 11 0:2. Sportligen 11—Görlitz 11 0:4. Wohlth.-Ehrenberg-Döbeln 11—Görlitz 11 0:2. Sportligen 11—Görlitz 11 0:1. Sportligen 11 1. Job.—Sommerfeld 1. Job. 0:2.

Schiedsrichterung Görlitz. Freitag, 15. Juli, 8 Uhr, Versammlung im Lindenbad, Wohlth.-Ehrenberg.

Turn- und Sportverein Vorwärts-Süd. Mannschaftsspielen in der Marienberg, Dienstag, 8 Uhr V., Mittwoch 8 Uhr III., Mittwoch 8 Uhr III., Freitag, 9 Uhr IV und 1.

Montag (Schule Wassenhauserstraße), Dienstag (Schule Verderstraße), Freitag auf dem neuen Platz Turnen der Breitbungen. Erklären wird zur Wohlth. gemach. Donnerstag, 6.00 Uhr, Übungsviel der I. und II. Mannschaft.

Sportclub-Ob. Dienstag, Freitagsabendung im Reichsaal Orlamünde, 8 Uhr.

Schiedsrichterstellung Dennewitz. Wohlth. steht für die I. und II. Mannschaft am 17. und 21. Juli, möglichst in Leipzig. Anträge an Michael Hünneburg, Neu-Deuben bei Witten, Verkehrsstraße 37.

Schiedsrichterung Arnsdorf auch für seine I. Mannschaft Gegner für St. Jüll und 7. August. Näheres Dienstag, abends 8 Uhr an, telefonisch (Nr. 8588) zu erfragen.

G. S. Sportlust 09 sucht für seine I. Mannschaft Gegner für 22. oder 23. Juli. Spielabstimmung jeden Samstag, abends 8 Uhr, im Rehauer, 1. Job.

Arbeiter-Schiedsrichter Altmarsdorf sucht für St. Jüll Gegner für die I. (Job. II (4b) und die I. Schiedsrichterung Wohlth. ausdrücklich. Anträge an: Paul Kühne, Altmarsdorf 27 in Leipzig.

Spiele am Dienstag, 12. Juli: 8.30 Uhr Kreisliga III—Ratsmänner-Döbeln 1. Job. (Streitfeld). 6 Uhr Schneidau 1. Job.—Sachsen 07 1. Job. (Wohlth.). 7 Uhr Schneidau 2. Job.—Sachsen 07 2. Job. (Wohlth.).

Spiele am Mittwoch, 13. Juli: 8 Uhr Kreisliga I—Zittauer II (Streitfeld). 8.30 Uhr Sachsen 07 I—Mödlitz 1 (Streitfeld). 8.30 Uhr Schneidau 1—Sachsen 07 II (Streitfeld). 8 Uhr Mödlitz II—Sachsen 07 IV in Mödlitz. 8.30 Uhr Mönchstädt-Döbeln IV—Zittauer IV in Döbeln.

Spiele am Donnerstag, 14. Juli: 8 Uhr Mönchstädt-Döbeln I—Zittauer-Mödlitz 1. 8.30 Uhr Mönchstädt II—Ratsmänner-Döbeln 1. 7 Uhr Wohlth.-Ehrenberg I—Preußisch-Rosenthal II.

Spiele am Sonnabend, 16. Juli: 8 Uhr Mönchstädt-Döbeln II—Ratsmänner-Döbeln 1. 8 Uhr Mönchstädt II—Ratsmänner-Döbeln II—Zittauer-Zittau II.

Kleinstadtverein I—Jahn-Großdöbeln 1:8 (1:1).

Kleinstadtverein I—Jahn-Großdöbeln 1:8 (1:1). Kleinstadtverein I—Jahn-Großdöbeln 1:8 (1:1). Von beiden Gegnern wurde ein fairen Spiel gegeben. Nach 10 Minuten Kleinstadt gelingt es Kleinstadt einzufinden. Ganz später gelingt es den Gegnern aus. Mit 1:1 geht es in die Pausen. Nach Wiederbeginn kommt Kleinstadt zu Führung. Kleinstadt gelingt es durch Minuten gleichgültig. Gleich darauf kann Kleinstadt eine weitere Tor und kommt den Gegnern 8:2 voran. Gleichzeitig hat Kleinstadt vorne die Rücken an und kommt nicht so recht in die Mannschaft. Der Torwart hilft erschöpfebare Sätze mit gewohnter Manier.

Sachsen 07 I—Görlitz 1 am 6. Juli 1921.

Punkt 1:7 Uhr beginnt der Jahn und fällt durchgeführte Kampf von beiden Mannschaften. Bei Görlitz einige neue Gelehrte, welche sich gut beweisen. Beide Gelehrte folgen von beiden Seiten, bis der Mittelspieler Sachsen in der 30. Minute durch einen Schub den ersten Erfolg andingen kann. Ganz daran geht es in die Pausen. Nach Wiederbeginn dasselbe. Görlitz hat sich in der ersten Halbzeit zweimal ausgetragen und werden etwas in die Hälfte zurückgedrängt. Halbzeit kann die Torzahl auf 2 erhöhen, was aber ein zweites Tor war. Moss einige gute Momente für beide Partien, dann ist Schluss. Den erschöpften 120 Rückraum wurde ein schöner Sport geboten. Mit einem fröhlichen Freiwill trennen sich beide Gegner. Mit Freiwill.

P. N.

Aus der Umgebung.

Tauza. Aus dem Gemeinderat. Geradezu lächerlich und politisch unmöglich, so dass ihn kein Mensch mehr ernst nimmt, macht sich der Kommunist Feinerkt. Auch in der letzten Sitzung, beim Punkt Festlegung der Mieten für das neuverbaute Haus Lindnerstraße 29, mithilf er gegen den Rat vom Leiter ziehen, nicht weil ihm die Mieten zu hoch waren, nein, weil der Rat die Höhe der Mieten festgesetzt hat. Daran läuft sich, dass mithilf doch Kleinerkt wissen, nichts andern. Genoss Franke wies darauf hin, dass erst das neue Gemeindeverfassungsgesetz den Einsturz des Rates besiegeln und an dessen Stelle einen Aussturz sehen wird. Freilich, so viel Rechte wie in Tauza der Rat hat, wird der Ausschuss dann auch haben. Im Herbst hofft der Kommunist Kleinerkt als Rat gewählt zu werden und wird dann, nach seinen eigenen Ausschreibungen, als einzige Leute in die Dunkelfammer des Rates hineinleuchten. Wir hoffen gewissen Zweifel an der von Kleinerkt selbst eingebildeten Leuchtfeuer. — Für die Veranlagung und Einziehung der Kirchensteuern bekommt die Gemeinde von der Kirche laut Gesetz 5 Prozent, das macht 1550 M., die tatsächlichen Kosten betragen aber weit über 4000 M. Unrechte Fraktion verlangt die vollen Kosten von der Kirche erhebt und stellt dementsprechende Anträge, die auch angenommen wurden. Das Kirchenvorstandsmitglied Stadtrat Lemke glaubte davon abratzen zu müssen. Die Kirche habe nicht nötig, mehr als 5 Prozent zu zahlen und wir machen uns mit unserer Forderung lächerlich. Genoss Franke wies auf den Widerspruch hin, dass ein Einwohner, der der Kirche den Rücken gelehrt hat, also doch noch indirekt Kirchensteuern zahlen müsse, was mit dem Reichsgesetz in Widerspruch steht. Bei jedem kleinen Punkt sprechen die Kommunisten mehrere Male den größten Blödsinn, bei diesen grundäglichen Fragen aber sanden sie keine Worte. Deutlich mehr Schimpfwörter fanden sie gegen die Vertreter der USP, weil diese die Umzugskosten des neugewählten Bürgermeisters bewilligten. Diese Kosten waren dem neuen Stadtoberhaupt bei seiner Wahl vom gesamten Gemeinderat, auch von den Kommunisten, zugestanden worden. Als die Kommunisten von uns auf ihre Schaufelpolitik hingewiesen wurden, erklärten sie stolz, sie wären gegen jeden Bürgermeister. Bei der Wahl des Bürgermeisters aber verlangten sie, in dem vorberatenden Ausschuss vertreten zu sein und reisten sogar mit in die Wohnsäle der drei Kandidaten, die in die engere Wahl gekommen waren, um die Bewerber an Ort und Stelle zu prüfen. Leider wurde ihr Vorschlag nicht angenommen. Nicht unermöglich darf bleiben, dass sich die Kommunisten für Nachforderungen eines Unternehmers einsetzen, der zufälligerweise Kommunist ist, die wir aber, um gerecht zu bleiben, ablehnen müssten. Da die Sitzordnung der Stadtverordneten jetzt verändert ist, ist es den Kommunisten nicht mehr möglich, vom Zuhörerraum ihren Drahtpuppen vorzuhören, was diese zu sagen haben. Durch ganz ungehörige und förmende Zwischenrufe glauben sich die zuhörenden Kommunisten entzündigen zu müssen. Der Arbeiterschaft empfehlen wir, in die Sitzungen zu gehen, um sich von der grundäglichen Politik der USP-Vertreter und der Schaufelpolitik der Kommunisten zu überzeugen. Es dürfte dann auch für die Arbeiterschaft nicht schwer sein, bei den im Herbst kommenden Gemeinderatswahlen zu entscheiden, wen sie ihre Stimme geben und wer die Interessen der Arbeiterschaft am besten vertritt.

o-n. Gaußbach. Gegen die Versteuerung des Brodes — gegen die neuen Steuern war das Thema, das in einer aufbesuchten öffentlichen Einwohnerversammlung Genossen

Olekmann - Leipzig behandelte. Er zogte, wie sich die Auswirkungen der letzten Reichstagswahl sehr geltend machen, die eine starke bürgerliche Mehrheit erbrachten, deren ganzes Streben nun dahin geht, die dem deutschen Volke aus dem Friedensvertrag von Versailles erwachsenen Verpflichtungen der breiten Masse auszufüllen. Auf der einen Seite phantastisch anwachsende Vermögen, Schlemmerei und Wohlleben, bei der arbeitenden Bevölkerung, den Beamten, Kleinrentnern usw. fortstretende Verelendung und Verarmung und letzten Endes Hungersnot mit all ihren grauenhaften Folgeerscheinungen. Gegenüber dieser Verbrecherpolitik einer herrschenden Oberschicht gibt es nur ein Mittel: Die Entschlossenheit aller Hand- und Kopfarbeiter zur militärischen Abwehr — die Einheitsfront des Proletariats. An die Darlegungen des Referenten, deren starkem Eindruck sich wohl kein Versammlungsbesucher entziehen konnte, schloss sich eine kurze Ansprache, die Herr Marder eröffnete. Es waren wieder die schon oft gehört konjuren Gedankengänge des oberflächlichen Biestredners, der eben spricht, um zu reden. Natürlich trage die USP-Politik Schulden daran, dass eine solche Belastung der Arbeiter einstellen muss. Dem gegenüber setzt der Weg der Kommunisten der einzige richtige, und in einer zur Verlesung gebrachten Entschließung, die die kommunistischen Programmpunkte enthält und die er zur Annahme empfahl, glaubte Marder das Heilmittel für alle Nöte gefunden zu haben. Im Schlusswort zerpflückte Genosse Liebhann die Marderschen Argumente, die wohl geeignet seien, in einer Versammlung von Kleinbauern und Spießbürgern höchste Begeisterung zu erwecken, denn die in der Revolution enthaltenen Forderungen (Verteilung von Brachländerreien an die Kleinbauern, verbilligte Abgabe von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen an die Bauern usw.) seien Forderungen kleinerbürgerlicher Natur, die darauf hinzuastufen, den bürgerlichen Kleinbesitz zu stärken. Bei dieser Abstimmung schien es dem Generalstab Marders recht wenige wohl zu sein, denn hanebüchene Zwischenrufe befundeten die Richtigkeit der Liebhannschen Ausführungen. Besonders bemerkenswert war aber doch der tiefe Ernst, der über der Versammlung lag und der hoffentlich auch zum Nachdenken über den richtigen Weg zur Abwehr der geplanten Volksausplünderung führen wird. Mit den von den Kommunisten Marderscher Couleur beliebten Mitteln kommen wir nicht zum Ziele und nur bitter notwendigen Einheit proletarischen Denkens und Handelns. Die Abnahme der Resolution seitens der Versammlung bewies, dass man nicht willens ist, der kommunistischen Stimmungsmache zu folgen und das konsequentes politisches Denken eben zur Ablehnung der kommunistischen Methoden führen muss, die die Arbeiterschaft nicht vorwärts führen und ihre Desorganisation im Interesse der bürgerlichen Klasse vorbereiten.

k. Lindenthal. Schulvorstandssitzung. Der Haushaltplan für 1921/22 wird nach kapitalistischer Durchberatung genehmigt. Es ergibt sich ein Bedarf von 150 000 M., dem stehen an Deckungsmitteln gegenüber 8000 M. Es verbleibt sonach ein Fehlbetrag von ... 142 000 M. Dieser vermindert sich noch durch die Beiträge vom Rittergut Breitenfeld, welches 18 980 M. zu zahlen hat, und diejenigen der Hannover Laufschuhfabrik, welche 1011 M. beizutragen haben, auf 121 979 M. Beim Kapitel Vermögen erstattet der Schultheiter Bericht über die teilweise durchgeholt vermittelte Freiheit. Der dafür ausgegebene Betrag wird nachträglich bewilligt. Das durch den Wegzug des Herrn Dr. Herres freigewordene Amt des Schularztes wird Herrn Dr. Bandau übertragen. Auf Antrag des Schultheiters wird die Schlosser, einen klaren Protest an das statistische Landesamt abzulegen wegen Einreichung der Gemeinde Lindenthal in die Ortsklasse C der Befestigungsordnung. — Der Entwurf zum 13. Nachtrag zur Ortschulordnung, die Bildung eines Elternrates betr., wird genehmigt.

Nötha. Betriebsräte. Mittwoch, den 13. Juli, abends 7 Uhr, Monatsversammlung in der Schule.

ui. Eilenburg. Aus der USP. Am Freitag, dem 15. Juli, findet im Schülhaus, abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genossen Reichstagabgeordneter Künftiger sprechen wird. Das Thema lautet: Was plant die Reaktion? — welche Stellung nimmt die USP zur weltpolitischen Lage ein. Es ist Pflicht aller Genossen, für zahlreichen Verständigungsbund Sorge zu tragen. Die Vorgänge auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete erscheinen in der gegenwärtigen Zeit die besondere Aufmerksamkeit der gesamten werttätigen Bevölkerung.

Sächsische Angelegenheiten. Die Fortbildungsschulindustriellen Unternehmer. Von der Nachrichtenstelle wird geschrieben: Der Gedanke, die Pflichtmädchenfortbildungsschule einzuführen, bestand schon vor dem Kriege und war bereits der Verwirklichung nahe, als der Krieg ausbrach. Leider gehörte auch hier der Krieg Stillstand. Nach langen Vorbereitungen ist nunmehr aber die Pflichtmädchenfortbildungsschule gezielt eingeführt. Leider besteht ein Teil unter Bevölkerung noch nicht das richtige Verständnis für den Wert und die Ziele dieser neuen Einrichtung. Eine Anzahl Besuche von Angehörigen und Arbeitgebern um Befreiung vom Besuch der Fortbildungsschulunterrichts bestätigt dies. Wir verkennen durchaus nicht, dass es für die Arbeitgeber oft ein großes Opfer bedeutet, wenn die jungen Mädchen wegen des Unterrichts der Arbeit fernbleiben müssen. Wir geben aber zu bedenken, dass es sich wöchentlich ja nur um 6, höchstens 8 Stunden handelt, die zum Teil auch noch außerhalb der Arbeitszeit liegen. Wir glauben, dass diese Zeiten dazu beitragen werden, dass die Wohlth. Arbeitgeber das kleine Opfer bringen und den Mädchen bereitwillig die Zeit gewähren werden, die zum Besuch der Schule nötig ist. Die Arbeitgeber wollen nicht verhindern, dass die weitere Ausbildung der Mädchen nicht nur zu deren Wohl, sondern vor allem auch zum Wohle der gesamten Bevölkerung.

Wir richten daher die dringende Bitte an die Arbeitgeber, junge Mädchen nicht deshalb zu entlassen, weil sie die Fortbildungsschule besuchen. Es würde ja eine große Härte für die Mädchen bedeuten, wenn sie lediglich deshalb ihre Stellung einbüßen würden, weil sie einer gesetzlichen Pflicht zu genügen haben. Alle neuen Gelehrte müssen sich erst einleben. So ist es auch mit der Mädchenfortbildungsschulzulassung. Wir hoffen und wünschen, dass sie sich recht schnell einbürgern möge und bitten die Arbeitgeber, hierzu beizutragen.

Diese Mahnung der Nachrichtenstelle an die Unternehmer zeigt, wie diese ihren Widerstand gegen die Mädchenfortbildungsschule immer noch nicht aufgegeben haben und aus nächsten Prozessinteressen jene jungen Mädchen entlassen, die ihrer gesetzlichen Schulzulassung nachkommen. Dabei liegt die Schulzeit, wie von der Nachrichtenstelle besonders hervorgehoben wird, außerhalb der Arbeitszeit. Über das Unternehmertum will über die jungen weiblichen Arbeitskräfte auch nach Beendigung der leicht üblichen Arbeitszeit frei verfügen können, und da steht die Fortbildungsschule hindernd im Wege. Die Unternehmer werden auf die „dringende Bitte“ der Nachrichtenstelle pfeifen und nur durch andre Mittel, vor allem aber durch die Gewerkschaften zu einer andern Haltung gezwungen werden können.

Gerichtliches Nachspiel der Burgstädtler Gewerbslosen. Demonstration.

Am 25. Januar d. J. kam es in Burgstädt zu einer Erwerbslosendemonstration vor dem dortigen Rathaus. Anlass dazu gab die vom Stadtrat beschlossene Haushaltsteile der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen. Eine Deputation der Demonstranten verlangte vom Bürgermeister Dr. Roth, dass er den Ratsbeschluss sofort aufhebe, was von diesem verworfen wurde. Darauf drang ein Teil der Erwerbslosen in das Zimmer des Bürgermeisters und erging sich in Drohungen, Schimpf- und Schlägereien gegen den Bürgermeister und den anwesenden Stadtrat Roth. Die Vorgänge hatten jetzt vor dem Schössengericht in Burgstädt ein ge-

richtliches Nachspiel. Es waren 21 Demonstranten angeklagt. Der Jugendliche erhielten je 30 M., die übrigen je 50 M. Geldstrafe.

Chemnitz. Bei der Ausschusserwählerwahl für die Allgemeine Ortskantonskasse in Chemnitz waren zwei Wahlvorschläge der Arbeitgeber eingereicht worden. Liste I erhielt 416 Stimmen und 2 Vertreter, Liste II 3870 Stimmen und 18 Vertreter. Die Bevölkerung hatten zwei Wahlvorschläge eingereicht. Auf Liste I entschieden 1888 Stimmen, 4 Vertreter (glebe Organisation), Liste II 14 9

Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

II.

Wer Ereignisse zu schützen versucht, stößt auf schier unlösliche Schwierigkeiten. Ein ungeheuerliches Ereignis von überwiegender Bedeutung kann sich in einem einzigen Augenblick abspielen, die Worte jedoch, mit denen es geschildert wird, kommen einzeln, in einer langen Reihe. Das Ereignis selbst kann ohne Warnung eintreten, bei der Schilderung jedoch gilt es, das Ereignis vorbereiten, aufzubauen, die Erwartung erwecken, zum Höhepunkt gelangen. Wäre die Schilderung der Begebenheit, die das Schicksal auf Peter Judge einstürzen ließ, da er gerade die Straße überquerte, auf das eine Wort: "Bum" beschränkt, in Petters Gedächtnis, die fast die ganze Seele einnahm, auch damit würde das wirkliche Ereignis kaum vermittelst werden können.

Das Ende der Welt, dachte Peter, sobald sein tödlich erstickenes Hirn wieder eines Gedankens fähig war. Zuerst seufzte jedes Denken aus, da war nur die eine Empfindung — ein schauerliches Ausdrücken, als hätte sich die ganze Welt in Tönen verwandelt, ein blendendes weisses Licht, als zuckten alle Blitze des Himmels, ein Schlag, der ihn aufhob, als sei er eine Feder, und ihn auf die andre Seite der Straße gegen ein Gebäude schleuderte. Peter fiel auf das Trottoir, ein hilfloser Haufen, taub, gebunden, gelähmt. Dort lag er — er wußte nicht, wie lange — bis allmählich seine Sinne zurückkehrten und etliche Tastlachen aus der Verwirrung sich loszulösen begannen: ein schwacher, grauer Rauch, der auf der Erde zu liegen schien, ein herber Geruch, der Rüstern und Jungs brannte, Schreie, Schluchzen, Stöhnen, Lärm. Einmal lag auf Peters Brust, und er meinte zu ersticken. Krampfhaft versuchte er, die Last abzustreifen, seine Hände griffen in etwas Heißes, Feuchtes, Klebriges, und der entsetzte Peter erkannte, daß auf ihm ein verstümmelter Menschenleib lag.

Ja, es war das Ende der Welt. Noch vor eislichen Tagen, da Peter ein gläubiges Mitglied der Christlichen Kirche war, hatte er den selener schüttenden Worten der Offenbarung gelauscht. Deshalb mußte er auch jetzt, dies sei das Ende der Welt, und da er viele Sünden auf dem Gewissen und keineswegs den Wunsch hatte, vor Gott zu erscheinen, blieb er über die Toten und Verwundeten hin und sah vor dem Gebäude eine Reihe Kisten stehen, die von den Leuten, die über die Köpfe der Menge hatten hinweggehen wollen, herbeigeschleppt worden waren. Peter begann zu kriechen, und da er merkte, daß es gelang, so schleppete er sich an die Kisten heran, setzte sich in die eine und verbarg sich darunter vor den Augen seines Gottes.

Blut war an ihm, und er wußte nicht, war es das seine oder das anderer Menschen. Er bebte vor Angst, seine kleinen Zähne hämmerten aufeinander, wie die eines zornigen Spechts. Allmählich jedoch ließ seine Angst nach, und Peter erkannte, er habe die Glaubenssätze der Christlichen Kirche von American-City nie ernst genommen. Er lauschte dem Stöhnen der Verwundeten und dem Gebull der Menge und verlor sich klar zu machen, was vorgefallen war. Einmal war in American-City ein Erdbeben gewesen; konnte sich dies wiederholt haben? Oder war in der Hauptstraße jährlings ein Vulkan durchgebrochen? Oder war die Gasleitung geplatzt? Und war es nun vorbei oder wird es noch eine Explosion geben? Wird der Vulkan etwa weiter heuer spielen und Peter mit seinem Kiste durch die Mauern von Guggenheimers Warenhaus schleudern?

Peter wartete und hörte dem furchtbaren Gesammtsterben der Menschen zu, die nach Hilfe schrien. Er hörte auch beschließende Stimmen, wußte, dies mühten Polizisten sein, sicherlich werden auch gleich die Ambulanzen kommen. Vielleicht ist auch er verletzt; er wollte aus seiner Kiste kriechen, sich untersuchen lassen. Jährlings erinnerte er sich seines Magens, und sein Verstand, durch einen amangängeligen Kampf gegen eine feindliche Welt geschwächt, erkannte blättertig die Möglichkeiten, die ihm das Schicksal geschildert hat. Er wird vorgeben, verletzt zu sein, schwer verletzt, bewußtlos, an einem Nervenzentrum leidend; dann wird man ihn ins Spital bringen, ihn in ein weiches Bett legen, ihm zu essen geben — vielleicht kann er einige Wochen dort verweilen und erhält noch etwas Geld, wenn er das Spital verlässt.

Vielleicht findet sich im Spital eine Beschäftigung für ihn, etwas Leichtes, das bloß Verstand erfordert. Vielleicht benötigt der leitende Arzt eines Menschen, der die andern Arzte überwacht, damit sie die Patienten nicht vernachlässigen, oder man könnte den Pflegerinnen den Hof machen — irgend etwas derartiges kommt ja immer vor. Hatte sich auch im Waisenhaus ereignet, wo Peter seine Kinderjahre verbracht hatte, bis er fortgelaufen war. Das gleiche hatte er auch im Tempel des Jimjambas erlebt, dem Palast des Kalandra, der Hauptmagister des eleusinischen Esoterismus, vorstand. Peter hatte sich als Küchenjunge in der Küche dieser mystischen Institution betätig und sich langsam hinaufgearbeitet, bis er schließlich das Vertrauen Tschadat Alrigas errang, welcher der Major-Domus und die rechte Hand des Propheten war.

Wo immer es eine Anzahl Leute und einen Schatz zu verwalten gibt, kommen Verschwörungen, Intrigen und Spionage vor, und da gibt es gute Gelegenheiten für einen, der einen Kontakt zu diesen Dingen hat; dies wußte Peter ganz genau. Es mag seltsam erscheinen, daß Peter eben in dem Augenblick an dererlei Dinge dachte, da sich vor ihm die Erde gespalten, die Luft sich in brüllendem Lärm und blendendes weises Licht verwandelt hatte, er gegen ein Gebäude geschleudert worden war und ein blutiger Frauenschwanz auf ihn niedergestossen war; Peter lebte seit früherer Kindheit von seinem Verstand, und unter solchen Umständen muß ein Mensch lernen, diesen Verstand immer und überall anzuwenden, wie verwirrend die Ereignisse auch immer sein mögen. Peters Training hatte nie eine Möglichkeit ausgenutzt gelassen; ja er hatte sogar darüber gegrübelt, was er tun würde, stellte es sich heraus, daß die Apostolische Kirche recht hat und plötzlich die Posaune des Erzengels Gabriel erklang, und er, Peter, im langen weißen Nachthemd Jesu urplötzlich gegenübersteht.

III.

Peters Betrachtungen wurde dadurch ein Ende gemacht, daß jemand die Kiste von der Mauer fortstoch. „Hallo!“ sagte eine Stimme.

Peter stöhnte, ohne aufzublicken. Die Kiste wurde noch weiter vorgezogen, und ein Gesicht blickte hinein. „Weshalb verstecken Sie sich da?“

„Wo-a-s,“ jammerte Peter schwach.

„Sind Sie verletzt?“ fragte die Stimme.

„Ich weiß nicht,“ stöhnte Peter.

Die Kiste wurde vorüber gestülpt, und der Insasse glitt heraus. Peter schaute auf und erblickte drei oder vier Polizisten, die sich über ihn beugten. Er begann von neuem zu stöhnen.

„Wie sind Sie in die Kiste gekommen?“ fragte einer der Polizisten.

„Ich kroch hinein.“

„Weshalb?“

„Um zu sterben ... vor ... vor ... was war es denn eigentlich?“

„Eine Bombe,“ erwiderte ein Polizist, und Peter war dermaßen verblüfft, daß er völlig vergaß, den hilflosen Verletzten zu spielen.

„Eine Bombe!“ rief er, und im gleichen Augenblick stellte ihn einer der Polizisten auf die Füße.

„Können Sie stehen?“ fragte er. Peter versuchte es, vermochte zu stehen und vergaß, daß er ja eben einen Nervenzentrum erhalten habe. Er war mit Blut und Schmutz bedeckt, schaute durchbar aus, doch fühlte er große Erleichterung, da er entdeckte, alle seine Glieder seien heil geblieben.

„Wie heißen Sie?“ fragte ein Polizist und fügte, als Peter die Frage beantwortet hatte, hinzu: „Was ist Ihre Beschäftigung?“

„Ich habe keine,“ entgegnete Peter.

„Wo haben Sie zuletzt gearbeitet?“ Nun mischte sich auch ein zweiter Polizist ins Gespräch: „Weshalb trocken Sie in die Kiste?“

„Mein Gott!“ rief Peter, „ich wollte der Gefahr entkommen.“

Die Polizisten schienen es verdächtig zu finden, daß er so lange in seinem Versteck geblieben war. Sie waren selbst in einem äußerst erregten Zustand; ein furchtbares Verbrechen war begangen worden und von dem Verbrecher schlich jede Spur. Ein anderer Mann trat an sie heran; er trug keine Uniform, doch schien er große Autorität zu besitzen. Auch er fiel über Peter her, verlangte zu wissen, wer er sei, woher er komme, was er in der Menge getrieben habe. Peter wußte keine beständigen Antworten zu geben. Seine Beschäftigungen waren alle außergewöhnlich und etwas dunkel gewesen, seine Absichten aber konnte er einem misstrauischen Fragen nicht recht erklären. Der Mann war groß und kräftig, etwa einen Fuß länger als Peter. Da er mit ihm redete, beugte er sich nieder, starzte Peter in die Augen, als suchte er nach hinter Peters Schädel verborgenen Geheimnissen. Peter entzog sich, daß er ja eigentlich stark sei; seine Kider fielen zu, er schwankte. Ein Polizist hielt ihn aufrecht.

„Ich will mit dem Karl sprechen,“ sagte der Mann in Zivil. „Führt ihn hinein.“ Rechts und links packte Peter einen Polizist am Arm, und so schleppten sie ihn über die Straße in ein Gebäude.

(Fortsetzung folgt.)

Wer ist denn mein Nächster?

Es war ein Mensch, der mußte mit vielen andern in den Krieg ziehen und — er fiel unter die Feinde und Mörder — die schlügen ihn und zogen ihn aus und ließen ihn halbtot liegen. Die Seinen hoben ihn wieder auf, wuschen ihn und verbanden seine Wunden. Dann legten sie ihn in ein sauberes Bett, pflegten ihn und stützten ihn wieder zusammen nach allen Regeln einer hohen Kunst. Nachdem sie so ihre Pflicht an ihm getan hatten, sandten sie ihn heim zu seinem Weib und seinen Kindern, denn — er blieb ein Krüppel.

Da setzte sich der Krüppel in die Sonne vor seine Hütte, die an der großen Landstraße lag, und klage: „Weh mir, es wäre besser gewesen, sie hätten mich da draußen ganz todschlagen. Ich bin zu nichts mehr nützlich in der Welt, und meine Frau und meine Kinder müssen für mich arbeiten. Wer wird mir helfen in meiner großen Not?“

Als er so klage, kam ein Mann des Weges, und als er den Krüppel sah, erschrak er vor seiner Mißgestalt und ging eilends vorüber.

Dergleichen ist ein Jüngling, dessen Seele mit glänzenden Bildern vom Kreuze und vom Hesdidentum erfüllt war.

Danach kam ein Weib, das, unter eine schwere Last gebogen, gleichzeitig und stumpf an ihm vorüberhast.

Es folgte aber ein zweites Weib, das mit seinem Töchterlein lustwandelt. Die reichte ihm ein Almosen und sagte zu dem Krüppel: „Sieh, das ist einer von den Braven, die mit ihrem Leib unser Land vor dem Feinde beschützt haben. Wir werden ein Fest für Sie geben, du wirst singen, und ich werde tanzen, und alles Geld soll diesen Tapferen gehören, denn wir sind Ihnen viel Dank schuldig. Ich werde ein schönes Festgewand aus roter Seide tragen.“

Nach den Frauen kam ein Priester des Weges, der segnete den Krüppel und sprach: „Heil dir, du tapferer Held eines auserwählten Volkes, das Gottes Gnade zum Siege führen soll. Du sollst im Paradies für deine Leiden entschädigt werden. Himmlische Freuden harren deiner.“

Nach dem Priester trat ein Hauptmann aus der Kasse der Krieger zu dem Krüppel heran und sprach mit tönender Stimme: „Dein Name wird hinfert mit eingeholt werden stehen in dem Ruhmesbuch unsres Volkes, das emporsteigen wird zu Größe und Macht. Es werden noch viele Opfer nötig sein, aber der Endesieg ist uns sicher, und die halbst ihn mit erringen.“

Darauf ging ein Schriftgelehrter die Landstraße entlang, und als dieser den Krüppels ansichtig wurde, blieb er stehen und sprach seine Gedanken also laut aus: „Es steht geschrieben: Du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst.“ Dieser arme Krüppel am Wege ist ja mein Nächster. Es ist unsre Pflicht, alle Bürger unseres Staates wieder zu nützlichen und frischen Menschen zu machen. Darum wollen wir einen groß angelegten Hilfsbund errichten, der allen die Mittel dazu geben soll. Auch das wird für uns ein Ruhmesblatt in der Geschichte dieses Krieges werden, den wir nicht gewollt haben.“

Als letzter nahte ein einfacher Mann im Arbeitsrock. Als dieser den verstimmen Körper des Unglückschen sah, ging eine sichtbare, heftige Bewegung durch seine kräftige Gestalt. Tränen stürzten aus seinen Augen. Er kniete vor dem Krüppel nieder und stammelte immer nur die Worte: „Bruder, Bruder, Bruder, verzeih mir meine Schuld.“ Der Krüppel blieb hilflos und erschoß auf den Fremden und sprach: „Was soll ich dir verzeihen und wo kommtst du her? Ich sah dich noch nie, und du tatest mir nichts zuleide.“ Der Unbekannte wiederholte: „Bruder, verzeih mir meine Schuld“, und „Hilfsweg“ fuhr er fort: „verzeih mir meine Mitleid, daran, daß du ein Krüppel bist. Ich habe nicht genug für den Frieden getan, als es noch Zeit war.“ Der Krüppel antwortete: „Was konntest du tun, du haatest kein Geld und keine Macht, den Krieg aufzuhalten.“ Der Fremde erwiderte: „Ich hatte noch nicht die große Liebe und das Erbarmen für die ganze Menschheit in mir, ich liebte nur meinen eigenen Stamm. Glaube mir, Bruder, wenn wir alle diese große Erbarmen in uns gehabt hätten, dann hätten wir mit Menschen- und mit Engelszungen geredet, und man hätte uns hören müssen. Aber wir werden jetzt ausgehen und für unsere Kinder wirken, damit sie nicht zu Krüppeln geschlagen werden, wie es die geschah. Ein neu Gebot wollen wir verlünden, dessen Erfüllung der Welt den Frieden bringen soll. Es lautet: „Du sollst dein Nachbarvolk lieben wie deins eigenen und nicht begehrn sein Land oder alles, was sein ist.“ Komm, Bruder, deine Stimme ist die gebürtige — du und deine Kameraden, ihr sollt allen erzählen, was euch geschah, denn eure Söhnen sollen die Welt erobern.“ Mit diesen Worten umfaßte der Fremde mit kräftigen Armen den Leib des Krüppels, richtete ihn auf und stützte ihn beim Gehhen.

Aus den Augen des Unglückschen war die Verzweiflung gewichen, willig folgte er dem Fremden und sah fest und zuversichtlich ins Weite, als ob er wieder ein Ziel und eine Zukunft vor sich hätte.

Welcher dünt euch, der unter diesen allen der Nächste sei gewesen dem, der unter die Mörder gefallen war? H. Jahr.

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Am Mittwoch, dem 13. Juli, findet die 100. Aufführung von d'Albertis *Tiefland* (verlegt 152. Urhebungszeitung [2. Folge, 10]) im Neuen Theater statt. Kammer-Sängerin Aline Sonnen wird als Martha ihren Bassopartitur zum erstenmal Lene Eichler.

Gleichzeitig weist die Intendanz nochmals auf die Umstellung verschiedener Urhebungszeitungen in der laufenden Woche hin.

Wie im vergangenen Jahre, finden auch in diesem Jahre während der Opernserien (vom 18. Juli bis 21. August) im Neuen Theater Vorstellungen in und außer Aachen statt, worauf die Intendanten von Urhebungszeitungen besonders ausgesetzt gemacht werden.

Altes Theater (Der Doppelstabmord). Die prächtige Bauernkomödie *Anzingergruber*, in der alle Roboldi eines übermüdeten Humors überreinander purzeln und die dabei so viele tödliche Brocken von Lebensweisheit und Zeugnisse schärfer Menschenbeobachtung aufweisen, ging am Sonnabend neu einstudiert in Szene. Die Aufführung stellt der Arbeit des Spielleiters Dr. Winds und des Ensembles ein recht gutes Zeugnis aus. Das bäuerliche Milieu und der Volkstumor der Alpenregionen waren getroffen. Karl Ebert bot als Haubeder eine volljährige Leistung und Herr Walter als Sentiner war ihm ein kräftiger Gegner. Der Roboldi Luis Althaus war ein glaubhafter, frischer Bauernbub und seine Liebste Agreti wurde von Agnes del Sarto mit lieblicher Schmelze und natürlicher Naivität dargestellt. Eine amüsante Type war Engists Krämer Jangl und Beßlers Wirt. Ihre beiden seitlichen Weiber (Marie Schippang und Paula Möbius) waren nicht minder erfreulich. Schlageter gab in seinem Blasi eine interessante Grotte. Die Präludien hatte Schmid und das Zusammenspiel klappte. Das Publikum, das trotz der Sommerhitze das Theater füllte, quittierte den Genuß mit lautem und anhaltendem Beifall.

H. B.

Gau-Sängerfest des Arbeiters. Sänger-Bundes, Gau Leipzig. Herbstliches Sommerfestival begünstigte das große Volksfest, das die Arbeitersängerfamilie am Sonntag im Fortuna-Bad zu Knauthölzberg feierte. Vom Mittag an strömten die Massen durch die Elferaue dem Festplatz zu und zum Beginn des Festes mögen wohl schon an 10 000 Teilnehmer versammelt gewesen sein, eine Zahl, die im Laufe des Nachmittags noch ständig wuchs. Es war ein wirtliches Volksfest, das hier gefeiert wurde. Die Massen haben sich einmal für einen Nachmittag aus dem Zwang unserer modernen Zivilisation losgerissen und bewegten sich frei und natürlich als wirkliche, vom Ballast der Großstadt ledige Menschen. Zwischen die festlich gekleideten Besucher mischten sich solche im Badeanzug, und so bot sich ein Bild unverdorbneter Natürlichkeit, wie es bei einem Volksfest nicht besser gebraucht werden kann. Ohne raffinierte Vergnügungsmittel brachte die Ungebundenheit und das Gefühl, innigst in die herrliche, grüne Natur hineinzugehören, jedem die Feststimmung. Gesundheit und Naturfreude feierten ihre Triumphe.

Das Fest wurde verschönert durch die Gesänge der verschiedenen Chöre. Die rein künstlerische Wirkung dieser wurde zwar ein wenig durch die schlechte Musik, die der Bläser an einer erhöhten Bühne mit sich brachte, beeinträchtigt, doch entzündete dafür die Frische, mit der gesungen wurde. Abwechselnd mit den Gesängen ließ das Schlafe-Orchester ernste und leichtere Musik über den Festplatz schallen. Im Verein mit den Vorführungen der Schwimmvereine wurde so eine gute Abwechslung in den Darbietungen erreicht, die zu dem volkstümlichen Festes aufs beste paßte.

Und über all diesem Festgelände strahlte die ungetrübte Julianne und mag wohl manchem der Teilnehmer die Erinnerung an seine Freude mit brauner Farbe auf seine Haut gemalt haben.

P.

Verbotener Film. Die Film-Oberprüfungsstelle zu Berlin hat den unlängst freigegebenen *Fremdenlegionärfilm* „Die Flucht aus dem Hause der Heimatlosen“ auf französische Vorstellungen hin verboten. Berliner Blätter hoffen, daß man nun auch in Frankreich den Vorstellungen des Auswärtigen Amts Gehör schenkt und die Heimfilme gegen Deutschland verbietet.

Das wäre allerdings lebhaft zu wünschen.

Eingelaufene Schriften.

Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik. Neue Folge. Heft 5. Die Londoner Kommunistische Zeitschrift und andere Urkunden aus den Jahren 1847/48. Eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Prof. Dr. Karl Grünberg. Verlag von C. L. Hirschfeld in Leipzig. Preis 9 M., geb. 12 M.

Paul Levi. Was ist das Verbrechen? Die Märschall oder die Kritik daran? Rede in der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD am 4. Mai 1921. A. Seehof u. Co. Verlag. Berlin C. 54. Preis 2 M.

M. Schumacher. Tarifverträge und Schlichtungswesen. Aus der Sammlung: Staat und Wirtschaft. Einheitsdarstellungen in Grundrisse. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin NW. 6. Preis 2,50 M.

Friedrich Mäcker. Zur Literatur der Gegenwart. Führer zu den Hauptproblemen und den Hauptpersönlichkeiten der gegenwärtigen Literatur. Verlag Albert Langen, München. Preis 9 M., geb. 15 M.

Dr. Ludwig Bendix. Die Geistesversinnung der zulässigen Bolschewisten. Herausgegeben von „Ausbau und Werden“. Verlag Der Farn, Berlin B. 35. Preis 3 M.

Protokoll der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Wien vom 22. bis 27. Februar 1921.</

Neues Theater.
Augustusplatz. (Nachdruck verboten.) Dienstag, den 12. Juli 1921. 147. Kirschblüten-Vorstellung (8. Folge, weiß). In der Neuinschaffung:
Margarete.
Über in 5 Akten nach Goethe von Julius Marstier und Michel Carré. Dichter von Ch. Monod. Musikalische Leitung: Alfred Sandrele. Personen: Paul (Hans Lippmann); Mephistophel (Hans Müller); Faust (Dr. Voelklmann); Fräulein (Eduard Hertweck); Margarete (Else Hansen-Schuldt); Siebel (Paula Engers); Mordred (Eduard Schäfer). Walzer und Nachtmusik angekündigt von Tanzmeisterin E. Grondona aufgeführt von Carl Hämmerl und dem gesamten Tanzpersonal. Paare nach dem 2., 4. und 6. Bild. Veränderungen vorbehalten. Rücksicht vom Eintrittskarten wegen Umbesetzungen aufgeschlossen. Eintritt 60,- Uhr. Eintritt 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Studenten- und Schülerkarten ungültig. Mittwoch, den 13. Juli: 182. Kirschblüten-Vorstellung (2. Folge, rot): zum 10. Mal! Zeitraum: Anfang 7 Uhr. Donnerstag, den 14. Juli: 183. Kirschblüten-Vorstellung (5. Folge, blau): Tod Glöcklers des Freimaurers. Anfang 7 Uhr. Ausführliche Tageszeitung sind nur im Theater bei den Schaltern erhältlich.

Altes Theater.
Richard-Wagner-Theater. (Nachdruck verboten.) Dienstag, den 12. Juli 1921. 146. Doppelstößlmord.
Bauernhof in 6 Bildern von Ludwig Ringenreuter. In Szene gesetzt von Dr. Adolf Wind. Personen: Thomas Gentner, der Bauer vom „reichen Hof“ (Wilhelm Müller); Tochter, sein Sohn (Else Hirsch); Bauer, der Arbeiter (Wilhelm Engel); Wechtib, sein Sohn (Walter Schwappow); Wolf, ihr Sohn (Walter Schlageter); Händler, ein armer Händler (Carl Gleit); Knecht, seine Tochter (Agnes del Sarto); Der Wirt vom „Blauen Hof“ (Kurt Weiß); Antonine, sein Weib (Haus Abbühl); Erbauer, Lehrer, Bauer (Viktor Wohl, Kurt Wohl); Der alte Kärtl (Winfried Colmar); Agn, Sepp, Herib, Toni, Bauernkinder (Dr. Elsemann); Dr. Sieker, Ann, Alice, Dr. Reinhold; Segreti, Alice, Moni, Bauernmädchen (Julia Gessing, Lotte Wörger, Alice Hirsch). Bauerninnen, Töchterchen, Mädchen. Überraschung von Georg Sießle. Paare nach dem 3. Bild. Veränderungen vorbehalten. Rücksicht von Eintrittskarten wegen Umbesetzungen aufgeschlossen. Eintritt 60,- Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Schüler an der Kasse und bei den Schaltern. Schülerkarten ungültig. Mittwoch, den 13. Juli: Vorstellung für die Fortbildungsschule für Mädchen: Der Kaufmann von Venedig. Anfang 7 Uhr. Donnerstag, den 14. Juli: Doppelstößlmord. Anfang 7 Uhr.

Krystall-Palast

Juli 1921
Gastspiel
Curt Olfers Operetten-Gesellschaft:
„Mascottchen“
Anfang 1/8 Uhr. [•] Anfang 1/8 Uhr.

Battenberg

Varieté. Tel. 1370. Theater. Anfang 1/8 Uhr
Juli-Varieté-Programm
Das Beste vom Besten
10 Anny Milos 10 mit ihren Frauenschönheiten. Natura-Monumente in höchster Vollendung. Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Wochentags Eintritt 40,-, Anfang 5, Ende 10,-, Uhr
Sonntags Eintritt 3, Anfang 30,-, Ende 10,-, Uhr

Lindenfels

Karl-Heine-Straße 50. Dienstag 18195/96
Lotte Neumann
in ihrem neuen großen Film
5 Akte **Das Gelübde.** 5 Akte
Nach dem gleichnam. Schauspiel von H. Lautensack.
Joe Deeb in der Kriminalaffaktion in 4 Akten
Der Erpressertrick.
Herzheilbad Kudowa
Naturaufnahme.
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Wintergarten

Eisenbahnstraße 56 Dienstag 18195/96
Die Fremde aus der Elstergasse.
Drama in 6 Akten mit Margot Barnay, Ed. v. Winterstein.
Der 1. Film ohne Text! **Scherben.**
Ein Drama in 5 Akten mit Werner Krauß, Edith Posca.
Nur für Erwachsene über 18 Jahre.

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut Leipzig

Sonntag, den 17. Juli 1921, im Palmengarten
Nordische Volkstänze im Freien

Tänze aus Schweden, Finnland und Dänemark verbunden mit Gesang nordischer Volkslieder, ausgeführt von 10 Damen und 14 Herren unter Leitung des Herrn Carl Godwin-Roskilde

Vordem:

Konzert des Gustav-Schütze-Orchesters

Beginn der Tänze vormittags 10 Uhr

Die Anlagen stehen unsren Besuchern von früh 7 Uhr bis 1 Uhr offen. Karten zum Preise von 5 Mk. sind in allen Verkaufsstellen der Leipziger Volkszeitung und in den Geschäftszimmern der Gewerkschaften zu haben.

Für Kinder kostet der Eintritt an der Kasse 1.50 Mark

AUENSEE LUNA-PARK ...WAHREN...

Morgen Mittwoch
Großes Kinderfest: „Reife Kirschen“

Jedes Kind erhält für 1 Mk. 1 Beutel Kirschen eine Kinderfestausstattung und Kinderbelustigungen aller Art — Kinderfestzug mit Kindertanz

Nachmittags: Konzert des Parkorchesters

Vorteilhafte Strand- und Familienbad Ferienkarten für Erwachsene 12 Mk., Kinder 6 Mk. — Die Karten berechtigen bis zum Ende der Saison zum freien Eintritt in das Strandbad (inkl. Park)

Freitag, den 15. Juli
Großes Elite-Feuerwerk über dem See

Sonntag, den 17. Juli Auensee-Kanu-Regatta

Eiskeller-Park.

Morgen Mittwoch abend 1/8 Uhr Grosses Garten-Konzert ausgeführt vom Neumann-Stiller-Orchester. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Mätzschkers Festsäle

L.-Kleinzschocher Inh.: E. Baumann Fernspr. 40875
Morgen Mittwoch, 7 Uhr: Elite-Tanzabend Verstärktes Orchester. Leitung: Herr Kapellmeister Neumann....

Neuer Gasthof Gohlis.

Heute ab 1/2 Uhr: Großer Elite-Ball.

BONORAND-

Dienstag, den 12. Juli
4-6: Bonorand-Orchester. Direktion: Gustav Fischer
8-11: Grosser Strauss-Millöcker-Abend
ausgeführt vom Alfred Haucke-Orchester. Direktion: Alfred Haucke. 30 Musiker — Streichmusik.

Zu SARRASANI strömt in Massel

Althoff ist die Kasse
Im Kaufhaus Vorverkauf.

Für Karten in dem

Bereits am

Mittwoch macht sie auf.

Premiere
16. Juli. Messplatz.

Neues Operetten-Theater.

Leopoldstraße. (Nachdruck verboten.) Dienstag, den 12. Juli 1921. 148. Gesamtgalopp des Deutschen Theaters in Berlin.

Patash und Berliner. Schwanz in 8 Akten von W. Gehr und C. Stein.

Personen: Patash (Felix Beckmann); Berliner (Günther Stark); Heidemann (Felix Bartholomä); Pollmäder (Maximilian Wolff); Boris Andrejev (Hans Ströbele); Gladiner (Felix Ecker); Heinrich Schöffer (Franz Stein); Bergmann (Friedl Albin); Ein Herr (Georg Heldegger); Frau Polash (Else Hörsel-Brockhoff); Irma Polash (Elfi Friedl Rosling); Hel. Goldsmith (Eduard Müller); Hel. Brödlich (Eduard Sollo); Hel. Gutmann (Walter Stolle); Hel. Nelson (Otto Wissler); Miss O'Brien (Rita Jann); Dienstmädchen der Frau Polash (Ida Wehrl); Ein Sohn (Ernst Albrecht); Sibney (Herbert Höller); Ein Schmädel (Herta Wehrl).

Paare nach dem 1. Akt. Veränderungen vorbehalten.

Rücksicht von Eintrittskarten wegen Umbesetzungen aufgeschlossen.

Eintritt 60,- Uhr. Ende umge. 10 Uhr.

Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Täglich 8 Uhr abends: Patash und Berliner.

Bestellungen durch Fernsprecher können nicht berücksichtigt werden.

Die Anlage ist von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Leipziger Schauspielhaus.

Zeppelinstr. 17/19. Direktion: Helm. Bleibtreu. Dienstag, den 12. Juli 1921. 149. Gastspiel Anton Brand.

Jahr 30. Walter.

Willie Frau.

Ein Schwan in 8 Akten von Max Steinmann und Otto Schwarz.

Am Ende gesetzt von Anton Brand.

Personen: Konrad u. Hertha, Altergutöppler (Max Thoma); Gertrude, seine Tochter (Else Hirsch); Müll. sein Sohn (Walter Neufeld); Alte, dessen Sohn (Grete Doerrlein); Baron Repomut (Walter Braunstein); Dr. Eric Wahrenholz, Reichsbahnhof (Karl Stell); Die alte Adelinde, Nachbar bei Herbergshausen (Helene Niederkirch); Franz, Diener bei Herbergshausen (Werner Schöck); Annie, Wirtstochter (Herta Wehrl).

Der Ort der Handlung: Berlin. Erster Akt: Berlin. Zweiter und dritter Akt: Der Herbergshausen in der Wart. — Seitz: Gegenwart.

• • Baron Repomut von Wackerl... . Anton Brand a. g. Eintritt 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Gastspiel Anton Brand.

Wittwoch, den 18. Juli: Willie Frau. Anfang 8 Uhr.

Donnerstag, den 19. Juli: Die spanische Allego. Anfang 8 Uhr.

Wochentags Eintrittskarten müssen 20 Minuten vor Beginn der Vorstellung abgegeben werden, andernfalls wird darüber verfügt.

Der dreizeitige Spielabend läuft vom 27. Juni bis 17. Juli 1921.

Während dieser Tage sind die drei großen Märkte der Jahresfeste an der Tageskasse eingelöst.

kleines Theater.

Telefon 12800. Dienstag, den 12. Juli 1921, abends 7½ Uhr. Jahr 20. Walter.

Die Scheidungsreise.

Wohltätscher Schwanz in 8 Akten von Leo Waller.

Mutter von Hugo Hirsch.

Magie: Otto Stoeckel. Wohltätsche: Käthe Müller.

Wohltätscher: 1. Dr. von Stiel, sonst manchmal schwach fein. 2. Wer kann denn meinen, wenn man ausdrückender nicht 3. Tanz-Duet mit Schatzspiel? 4. Möbel wo bist du, Möbel wie fließt du? 5. Mitten in der Nacht. 6. Das ist der Sport der Republik. Eintritt 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.

Wochentags und Sonnabend, den 17. Juli, nach 9½ Uhr (ermäßigte Preise). Wohltätscher: der große Schlager: Die Scheidungsreise.

Wohltätscher: Wohltätscher: 1. Der Scheidungsreise gegen Vorgängung ihrer Jahresfeste 2. Gemüthsregung und gaben dafür einen Wohltätschlag.

Wochentags auf der Tageskasse des kleinen Theaters, Kasse des Schauspielhauses, bei G. u. Coopman, Petersstraße, 16, Ring, Volk, Petersstraße, und im Lotteriegeschäft von Friederike Friedl & Co., Petersstraße 14.

Drei Linden

Täglich abends 1/8 Uhr. Der große

Varieté-Spielplan

10 Welt-Attraktionen unter anderem

Das bekanntest Schreyersche Männerquartett

Ein musikalisch Spitzweg-Bild

in München, Berlin und Hamburg mit Riesenerfolg

aufgeführt!

Gastspiel Voo Doo?

Asiatische Tempeltänze.

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr. Tel. 43548. Warenhaus Th. Althoff, Petersstraße, Konsum-Verein, Karl-Heine-Straße.

Apollo-Theater

früher Stadt Nürnberg, Bayreuther Straße 8-10

Täglich abends 1/8 Uhr.

Ganz Leipzig spricht

nur noch von den

boxenden Damen

und dem fabelhaften

Varieté-Spielplan.

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr. Tel. 11111. Warenhaus Th. Althoff, Petersstraße.

Goldne Krone

Connnewitz Mittwoch:

Der beliebte Kronen-Ball.

Gesellschaftshaus Schönefeld

Mittwoch Großer Elite-Tanz-Abend.

Neueste Schlager.

Volles Orchester.

9 Uhr Konter.

Endstation 17.

Kaiser-Barf am Rosental

Liniestr. 6. Dienstag 50341.

Jeden Mittwoch und Sonntag.

Der feine Ball.

Neues, verstärktes Orchester. Neueste Schlager.

Übermorgen: Großes Elite-Garten-Konzert.



ZUBAN Zigaretten
nur aus reinen edlen Orienttabaken



Landeskongress der U. S. P. Sachsen.

Die Konferenz ging dann über zum vierten Punkt der Tagesordnung:

Die Reform der Gemeindeverfassung.

Die beauftragte Kommission hatte folgende Richtlinien zur Bevollmächtigung unterbreitet:

A. Vorschläge zur Gemeindeverfassungsreform.

1. Die unterschiedlichen Verfassungsbestimmungen für Landgemeinden, mittlere und kleinere Städte und Städte mit revidierter Städteordnung werden beseitigt. Die Unterschiede in der Größe der Gemeinden und in ihrem Charakter als vorwiegend industrielle oder Landgemeinden ergeben von selbst eine Verschiedenheit der gemeindlichen Aufgaben, die durch Ortsgesetz zu regeln sind.

2. In den Gemeinden bilden die gewählten Vertreter die allein entscheidenden Körperschaften über alle Gemeindeangelegenheiten. Die Ratskollegien werden beseitigt. Die beförderten Stadträte sind ausführende Organe der gewählten Gemeindevertretung. Die Zahl der Gemeindevertreter wird ortsgesetzlich geregelt.

Die gewählten Gemeindevertreter bilden die beratende und beschließende Behörde in allen Gemeindeangelegenheiten.

3. Die Befugnisse der Gemeindevertreter in den Landgemeinden, der Bürgermeister in den mittleren und kleineren Städten und der Stadträte im Sinne der revidierten Städteordnung (§ 88 ff. bzw. § 100) gehen an die gewählten Gemeindevertreter über. Die Verwaltung des Vermögens der Gemeinde unterliegt ausschließlich der gewählten Gemeindevertretung und ihrer Organe.

4. Die gewählten Gemeindevertreter wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Der Vorsitzende vertritt die Gemeinde nach innen und außen.

5. Es ist den Gemeinden freigestellt, aus ihrer Mitte zur Durchführung der Gemeindeverwaltungsarbeiten für jedes Verwaltungsgebiet Ausschüsse zu wählen. Diese Ausschüsse wählen sich aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Die Verwaltungsbeamten der Gemeinden (Stadträte, Abteilungsdezernenten) werden zu denjenigen Ausschüssen der Verwaltungsabteilungen mit beraten. Der Stadtrat, ohne Stimmrecht, hinzugezogen, in denen sie als Abteilungsvorsteher den übrigen Gemeindebeamten vorgelegt sind.

6. Die Stadträte (Dezernenten) arbeiten die Vorslagen für die Ausschüsse und für die Vollversammlungen der Gemeindevertretung aus.

7. Den Ausschüssen kann durch ortsgesetzliche Regelung eine gewisse Selbstständigkeit übertragen werden, so dass nicht jede Ausschusshandlung der Vollversammlung der Gemeindevertretung vorgelegt zu werden braucht.

Durch Ortsgesetz kann bestimmt werden, dass auf Antrag eines Teiles der Gemeindevertreter jede Ausschusshandlung der Vollversammlung der Gemeindevertretung vorgelegt werden muss. Die Vollversammlung entscheidet endgültig.

8. Es kann ortsgesetzlich bestimmt werden, dass die Vorsitzenden der Ausschüsse zu einem Hauptausschuss (oder Verwaltungsausschuss) zusammenentreten. Den Vorsitz in diesem Hauptausschuss führt der Vorsitzende der gewählten Gemeindevertretung. Die Abteilungsvorsteher (Stadträte, Dezernenten) können an den Hauptausschusssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen. Der Hauptausschuss hat die Aufgabe, die Beschlüsse der Ausschüsse gutachterlich zu beraten, wenn die Minderheit eines Ausschusses die Entscheidung des Hauptausschusses anstrebt. Eine weitere Aufgabe des Hauptausschusses ist, auf die einheitliche Durchführung der Gemeindeverwaltung hinzuwirken. Der Hauptausschuss kann zu den Beschlüssen der Ausschüsse selbständige Vorslagen und Anträge an die Vollversammlung bringen.

9. Die Beschlüsse der Gemeindevertretung werden, unter ihrer Kontrolle von den Gemeindebeamten durchgeführt. Die Anstellung der Gemeindebeamten wird ortsgesetzlich geregelt. Die Gemeindebeamten haben ihre Tätigkeit im Rahmen der Reichs-, Landes- und Ortsgesetze auszuführen. Der erste Beamte der Gemeinde (Gemeindevorstand, Bürgermeister, Oberbürgermeister) setzt und überwacht die gehörige Tätigkeit der Gemeindebeamten.

10. Die einheitliche Regelung der Verwaltungsarbeiten in allen Abteilungen der Gemeindeverwaltung kann durch Ortsgesetz oder durch eine Geschäftsordnung gesichert werden.

11. Ergeben sich aus der Anwendung der Orts-, Landes- oder Reichsgesetzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ersten Beamten der Gemeinde und der gewählten Gemeindevertretung, so entscheidet die Gemeindevertretung. In solchen Streitfällen hat der erste Beamte der Gemeinde das Recht, die Regierung als Ausschusinstanz anzuwenden.

12. Die Regierung kann durch einstweilige Verfügung die Ausführung eines angefochtenen Beschlusses der Gemeindevertretung Einfluss erheben, wenn diese Beschlüsse Landes- oder Reichsgesetzen widersprechen. Gegen die Entscheidung der Regierung kann die Gemeindevertretung Anfechtungssklage beim Oberverwaltungsgericht erheben.

B. Vorschläge zur Reform der Bezirksverwaltung.

1. Die Bezirksverbände sollen als Selbstverwaltungskörper bestehen unter der Voraussetzung, dass der gewählte Vorsitzende den Bezirk nach innen und außen vertritt.

2. Die Bezirksvertretungen erhalten die Befugnisse staatlicher Hilfsorgane und unterstehen insofern dem staatlichen Aufsichtsrecht.

3. Die staatliche Aufsicht über die Tätigkeit der Bezirksvertretungen als staatliche Hilfsorgane wird durch die Kreishauptmannschaften ausgeübt.

4. Die Kreishauptmannschaften sind Organe der Regierung für die Durchführung der Landes- und Reichsgesetze. Der Kreishauptmann ist Regierungsbeamter; er wird von der Regierung eingesetzt.

Die Kreishauptmannschaften üben die Funktionen einer zweiten Instanz aus, wenn eine Gemeinde in Fragen der Gemeindeverwaltung gegen die Beschlüsse der Bezirksorganisation die Kreishauptmannschaft zur Entscheidung anruft.

Zur Kreishauptmannschaft gehört ein Kreisausschuss, der von den Bezirksorganisationen und von den bezirksfreien Städten gewählt wird. Bei der Entscheidung über die Auslegung von Landes- oder Reichsgesetzen hat der Kreisausschuss nur beratende Stimme.

C. Vorschläge zu Ausschüssen der Gemeinden.

I. Wirtschaftliche Aufgaben der Gemeinden.

Den Gemeinden und der Vertretung der Bezirke liegen neben den jetzt im Gemeindeverfassungsgesetz vorgesehenen Aufgaben noch die folgenden ob:

a) Versorgung mit Gas, Wasser, Elektricität und Beleuchtung.

b) Das Verkehrswesen (Personen- und Frachtbeförderung durch Fuhrwerke, Straßenbahnen, Kleinbahnen), und zwar innerhalb des Gemeindebezirks oder Verbandsbezirks.

c) Erzeugung, Bevorratung, Lagerung, Verarbeitung und Betrieb von Nahrungs- und Genussmitteln, gemeindliche Milchversorgung, Bäckereien, Versorgung mit Vieh, Fleisch- und Schlachthöfen, Schlachtereien, Brauereien und Speisefähnern.

d) Herstellung von Gegenständen des Bedarfs für die Gemeindeverwaltungen.

e) Druckerei, Infrastruktur und Anschlagwesen.

f) Arbeitsnachweis.

g) Geldverleih durch Gemeindesparkassen.

h) Apotheken.

i) Bestattungswesen.

Die im Besitz der Gemeinden befindlichen Güter und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen müssen durch eigene Verwaltung geführt werden.

Kommunalisierung des Wohnungswesens, Schaffung von Wohnungsämtern. Der Wohnungs- und Straßenbau sind in eigenem Betriebe auszuführen.

II. Kulturaufgaben der Gemeinden.

Förderung des Erziehungs- und Bildungswesens.

Schaffung von Bibliotheken.

Kunst- und Unterhaltungsstätten sind in den Dienst der Volksbildung zu stellen.

III. Sozialpolitische Aufgaben der Gemeinden.

Die Gemeinden und Bezirke haben, soweit nicht durch Reich und Staat Einrichtungen geschaffen sind, Amter für Sozialpolitik zu schaffen. Ihnen angeliefert sind die Arbeitsämter, Arbeitsnachweise, Arbeitsstatistik, Armen- und Fürsorgegewesen, Gewerbeschutzforschung, Auskunftsverteilung und Rechtschutz.

Pflege und Ausbau des Gesundheitswesens durch Schaffung von Gesundheitsämtern.

Die sozialpolitischen Einrichtungen sind möglichst zu zentralisieren und die Verwaltung zu vereinfachen.

Der Referent, Genosse Liebmann, stellte folgende

Ergänzungsvorschläge zu den Richtlinien für die Gemeindeverfassungsreform.

Den Vorschlägen unter A ist als Punkt 14 anzufügen:

14. Das Bestätigungsrecht der Regierung und ihrer Organe wird aufgehoben. Das Aufsichts- und Einpruchtrecht der Regierung beschränkt sich auf die Einhaltung der Landes- und Reichsgesetze. Die Regierung hat die Pflicht, die Gemeinden, die ihre Aufgaben nicht erfüllen, zur ordnungsgemäßen Erledigung ihrer Aufgaben zu veranlassen.

Die Steuergesetzgebung der Gemeinden bedarf der Genehmigung der Regierung.

Den Vorschlägen unter B zur Reform der Bezirksverwaltung ist als Punkt 3 einzufügen:

3. Die in den Bezirksverbänden zusammengeschafften Gemeinden wählen durch ihre Mitglieder in direkter Wahl eine Bezirksversammlung, die sich aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter wählt.

Der Bezirksversammlung stehen die gleichen Rechte zu, wie den gewählten Gemeindevertretungen (Bildung von Ausschüssen, Dezernentenfragen).

Die Bezirksversammlung wählt einen Bezirksausschuss, der in ihrem Namen die Aufgaben des Bezirksverbands zu erledigen hat. Die Bezirksversammlung und als deren Vertretung der Bezirksausschuss sind die entscheidende Instanz des Bezirksverbands.

Die Beschlüsse der Bezirksversammlung und des Bezirksausschusses werden von den Beamten des Bezirksverbands durchgeführt.

Der erste Beamte des Bezirksverbands (der jetzige Amtshauptmann) wird von der Bezirksversammlung gewählt. Die Anstellung der übrigen Beamten bleibt der Regelung durch die Bezirksversammlung überlassen.

Der erste Beamte hat die Pflicht, in seinem Geschäftsbereich für die Einhaltung der Reichs- und Landesgesetze zu sorgen.

Ergebnen sich aus der Anwendung der Beschlüsse der Bezirksversammlung und der landes- und reichsgesetzlichen Bestimmungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ersten Beamten und der Bezirksversammlung oder dem Bezirksausschuss, so entscheidet die Bezirksversammlung über den Bezirksausschuss. In solchen Streitfällen hat der erste Beamte das Recht, die Regierung als Aufsichtsinstanz anzuwalten. Der Streitfall findet dann seine Erledigung in der gleichen Weise, wie bei Streitigkeiten zwischen dem ersten Beamten einer Gemeinde und der gewählten Gemeindevertretung.

Punkt 3 der Kommissionsvorschläge wird Punkt 4 und Punkt 4 wird Punkt 5.

Liebmann.

Außerdem liegen folgende

Anträge zur Gemeindeverfassungsreform

vor:

23. Kreis, Plauen (Kreisgeneralversammlung). Das Zweikammerystem in den Gemeinden zu bekräftigen. Auch der in den Richtlinien für die Reform der Gemeindeverfassungsreform genannte Hauptausschuss darf nicht zur Einrichtung werden.

Die Kreishauptmannschaften sind aufzulösen und in keiner Form, auch nicht als zweite Instanz, wieder einzurichten.

Groß-Lippe (Generalversammlung). In Absatz 2 der Richtlinien statt „besoldete Stadträte“, „selgende Gemeindebeamte“ zu setzen.

Gemeindevertreter-Konferenz, Bezirk Heidenau. Resolution. Die Gemeindevertreter-Konferenz des unteren Bezirks erwartet vom Minister des Innern, Genosse Lipinski, dass er nichts untersucht lädt, sofort den Entwurf zur Gemeindeverfassung im Sinne unserer grundsätzlichen sozialistischen Gemeindepolitik zu gestalten. Das sogenannte Zweikammerystem muß mit der Reform befehligt werden. Von der USP-Fraktion des Landtags muß verlangt werden, dass sie von uns jahrelangen Forderungen nicht abweichen und eine Gemeindeverfassung schafft, die auf längere Zeit dem Umwälzungsprozeß standhalten kann.

Das Referat des Genossen Liebmann über

die Reform der Gemeindeverfassung.

Durch die Revolution ist die Reform der Gemeindeverfassung in ein aktuelles Stadium getreten. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes ist ein Stück der Reform.

Die Fortführung der Reform muss die Befreiung der alten Gemeindeverfassungen bringen. Deshalb zeigen sich die Reformbestrebungen in ganz Deutschland, wie die Verhandlungen des Städtebundes in Stuttgart bewiesen haben. Dabei hat sich gezeigt, dass die bürgerlichen Kreise bestrebt sind, die Reform auf die Belebung der staatlichen Einschaltung des Gemeindelebens zu beschränken, während die Reform auf innerem Gebiete der Gemeindeverfassung, die konsequente Anwendung des allgemeinen Wahlrechtes, von den Bürgerlichen bekämpft wird. Ein Beweis dafür ist die Ablehnung des USP-Antrages auf dem Städtebund, der verlangt, grundätzlich müsse anerkannt werden, dass nur die gewählten Gemeindevertreter die Entscheidung über Gemeindeangelegenheiten haben sollen. Das Bürgertum will sich die Ge-

meinden als Werkzeug seiner Herrschaft erhalten. Wir wollen den Willen der Gemeindemitglieder ohne Einschränkung Geltung verschaffen, weil erst dann die sozialistisch denkenden Gemeindemitglieder die Möglichkeit haben, sozialistische Gemeindepolitik zu treiben. Von diesem Standpunkt aus haben wir in Sachsen die Reform zu betrachten, wobei wir wohl wissen, dass die sozialistische Gemeindepolitik in Sachsen ihre Grenzen an der Reichsverfassung findet.

Die sächsische Parteiengemeinschaft hat der Gemeindeverfassung seit je die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Das kommt auch zum Ausdruck in dem Minimalprogramm der USP über den Eintritt in die Regierung, in dem es heißt: „Beschleunigte Durchführung der Gemeindeverfassung auf der Grundlage freier Selbstverwaltung.“ Die sächsischen Parteiengemeinschaften haben sich auch bereits am 29. März 1921 auf einer Gemeindevertreterkonferenz in Dresden speziell mit der Reform beschäftigt. Auf dieser Konferenz war angedeutet worden, einen Ausschuss mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über die Reform zu beauftragen. Es wurde aber eine Kommission eingesetzt mit dem Auftrage, Richtlinien für die Reform der sächsischen Gemeindeangelegenheiten auszuarbeiten. Meine Aufgabe ist es nun, der Landessammlung über die Tätigkeit der Kommission Bericht zu erstatten.

Die Wahl der Kommission wurde der Landtagsfraktion überlassen, von der Konferenz wurde Genosse Semmler-Limbach in die Kommission gewählt.

Die Kommission setzte sich zusammen aus dem Genossen Semmler-Limbach; aus den Mitgliedern der Landtagsfraktion Bühring, Dennhardt, Liebmann, Müller; ferner gehörten der Kommission die Genossen an: Seeger, Leipzig, Schulze-Gosebaud, Nebrig, Quensel, Genz-Grimm. Außerdem nahm Genosse Lipinski beratend an den Sitzungen der Kommission teil.

Die Kommission beauftragte in der ersten Sitzung nach der allgemeinen Aussprache die Genossen Schulze und Liebmann mit der Formulierung der Vorschläge zur Gemeindeverfassungsreform. Die Formulierung ist mit kleinen Abweichungen in den gebräuchlichen Richtlinien niedergelegt.

Allgemein waren die Kommissionsmitglieder der Auffassung, dass die Beratungen schon viel früher hätten aufgenommen werden müssen und das wertvolle Zeit verloren wort. Übereinstimmend herrschte die Ansicht, dass die Reform einheitlich für alle Gemeinden sein müsse. In Sachsen gibt es jetzt sechs verschiedene Arten von Gemeinden, damit muss aufgeräumt werden.

Der Punkt 1 der Richtlinien verlangt die Befreiung der unterschiedlichen Verfassungsbestimmungen für alle Gemeinden.

Der prinzipiell wichtigste Grundsatz für die Reform ist im Punkt 2 formuliert.

Der im Punkt 2 ausgesprochene Grundsatz: „die beförderten Stadträte sind ausführende Organe der gewählten Gemeindevertreter“ muss in seiner Konsequenz die Folge haben, dass die Vorsitzende der Gemeindevertreter und Bürgermeister aufgehoben, da ihre Funktionen an die gewählten Gemeindevertreter übergehen. Diese Konsequenz ist im Punkt 3 formuliert.

Über den Punkt 3 bestand in der Kommission abweichende Meinung. Eine Minderheit der Kommission war der Auffassung, die Übertragung der Befugnisse der Gemeindevertreter und Bürgermeister sei praktisch undurchführbar. Sie waren deshalb für die Streichung dieses Satzes, ebenso gegen den Satz im Punkt 4, der Vorsitzende vertritt die Gemeinde nach innen und außen“.

Die Minderheit des Ausschusses sagte: der beförderte Gemeindevertreter oder Bürgermeister muss an der Spitze der Gemeindevertreter gewählter Vorsitzender können die Gemeindeverwaltung leiten. Ein aus der Mitte der gewählten Gemeindevertreter gewählter Vorsitzender kann die Gemeindeverwaltung gar nicht übersehen, er müsse die Verantwortung für die Handlungen des beförderten Gemeindebeamten tragen. Er werde abhängig von den befördeten Gemeindebeamten und sei nur dessen Strohmann. Deshalb schlug die Minderheit vor:

Der Bürgermeister ist der Vorsitzende der gewählten Gemeindevertreter; er vertritt die Gemeinde nach innen und außen.

Dagegen wurde eingewendet: die Stellung eines beförderten Beamten zum Vorsitzenden beeinträchtigt das Recht der gewählten Gemeindevertreter, einen Mann ihres Vertrauens zu wählen. Wenn der gewählte Vorsitzende seine Aufgaben nicht ehrenamtlich erfüllen könnte, müsse er entsprechende Auswanderschädigung bekommen, so dass er sich ohne Ausübung eines anderen Berufes der Erf

Bürgermeistern und Gemeindevorständen Pflicht- und Verantwortlichkeit geübt werden, sonst von jedem der nachzulösenden Gemeindebeamten.

Die einheitliche Verwaltung, die jetzt durch das Ratskollegium gewährleistet werden soll durch den Hauptrat erzielt werden, der im Punkt 8 der Richtlinien festgelegt wird. Wesentlich ist: Der Hauptrat tritt nicht an die Stelle des heutigen Rates, er setzt sich aus gewählten Gemeinderäte zusammen und steht unter dem Plenum. Die Entscheidung behält das Plenum der gewählten Vertreter. Da in den Richtlinien vorgesehen ist, dass die Ausschüsse nach dem Bedarf der Gemeinden durch Ortsräte geregelt werden können, so ist die erforderliche Elastizität der Verfassung verbürgt. Kleine Gemeinden brauchen keine oder wenige Ausschüsse, größere und größte Gemeinden können Ausschüsse nach ihrem Bedarf einrichten, je nachdem sie es für notwendig halten. Die Punkte 9 und 10 bedürfen kaum einer besonderen Erläuterung. Wichtig ist der Punkt 11, der noch einmal die Stellung der Gemeindevertretung gegenüber den ersten Beamten der Gemeinde unterstreicht. Der Gemeindevorstand, Bürgermeister oder Oberbürgermeister von heute würde nach den Richtlinien nichts anderes sein als etwa der Bureauchef oder Direktor in einer großen Verwaltung.

Der Punkt 12 behandelt das Einspruchrecht der Regierung gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung. Die einstweilige Verhinderung der sofortigen Durchführung eines Beschlusses erschien der Kommission für angebracht, weil solche Beschlüsse oft von weittragender Bedeutung sind.

Da im Punkt 13 ausdrücklich festgelegt ist, dass die Regierung nur dann Einspruchrecht gegen Beschlüsse der Gemeindevertretung hat, wenn diese Beschlüsse Landes- oder Reichsgesetze widersprechen, so erschien der Kommission die Selbständigkeit der Gemeinden durch dieses Einspruchrecht der Regierung nicht gefährdet.

Die Auslegung von Landes- und Reichsgesetzen erfolgt schon heute durch die Gerichte, dabei wird es auch bleiben müssen. Deshalb sieht der Punkt 13 die Anfechtungsklage beim Oberverwaltungsgericht vor.

Die von mir eingebrochenen Ergänzungsvorschläge zu den Richtlinien lagen schon in der ersten Formulierung der Kommission vor; sie sind dann aus Versehen nicht mit in die Vorschläge gekommen; deshalb beantrage ich den Punkt 14, der freilich in seinen leichten Sätzen auf starke Bedenken gestoßen ist.

Damit komme ich zu den Vorschlägen unter B zur Reform der Bezirksverwaltung. Der Punkt 1 spricht für sich selbst. Die im Punkt 2 genannten Befreiungen der Bezirksvertretung als staatliches Hilfsorgan sind dieselben, wie sie die Gemeinden auch haben, die ja auch staatliche Aufgaben erfüllen müssen.

Der Punkt 3 sieht als Hilfsorgan für die staatliche Aufsicht die Kreishauptmannschaften vor. Damit komme ich zu der Frage, ob die Kreishauptmannschaften bestehen sollen oder nicht. In den ersten Vorschlägen der Kommission hieß es:

"Die Kreishauptmannschaft wird aufgehoben. Da ein großer Teil der obrigkeitslichen Staatsfunktionen mit der Einschränkung des Amtsschreis und mit der Aufhebung des Bestätigungsrechtes wegfällt, können auch die Kreishauptmannschaften aufgehoben werden. Es bringt eine wesentliche Erleichterung in der Verwaltung, wenn eine Instanz besiegelt wird. Die Staatsaufsicht kann von der Regierung durch eine Abteilung des Ministeriums ausgelöst werden."

Bei den Beratungen in der Kommission wurde aber gegen die Aufhebung der Kreishauptmannschaften eingewendet: Wenn die Kreishauptmannschaften aufgehoben und die Aufsicht direkt durch das Ministerium ausgeübt wird, dann besteht die große Gefahr, dass gegen die Entscheidungen der Regierung in sehr vielen Fällen die Anfechtungsklage beim Oberverwaltungsgericht erhoben wird. Die Entscheidung wird dann nicht bei der Regierung liegen, sondern bei Verwaltungsjuristen. Diese Einwendungen haben für die Kommission den Ausgang, die Kreishauptmannschaften als kleineres Uebel gegenüber dem Oberverwaltungsgericht beizubehalten. Dabei ging die Kommission von der Auffassung aus, dass die Regierung und damit die Kreishauptmannschaften stets mehr oder weniger durch die Parteien beeinflusst werden könnten, während sie reaktionäre Verwaltungsjuristen tun und lassen können, was sie Lust haben. Die Regierung müsse als letzte Instanz beibehalten werden, sonst würden die reaktionären Verwaltungsjuristen eine Aufsichts- und Korrekturinstanz für die Regierung.

Im Absatz 2 des Punktes 4 ist festgestellt, die Kreishauptmannschaften über die Funktionen einer zweiten Instanz aus, wenn eine Gemeinde in Fragen der Gemeindeverwaltung gegen die Beschlüsse der Bezirksorganisation die Kreishauptmannschaft zur Entscheidung antritt. In diesem Falle entscheidet der Kreisausschuss, der aus gewählten Vertretern der Bezirksorganisationen und der Bezirksteilen Städte besteht. Damit ist die Gewähr geboten, dass das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht durch die Regierungsorgane angelastet wird.

Der Absatz 3 des Punktes 4 sagt: "Bei der Entscheidung über die Auslegung von Landes- oder Reichsgesetzen hat der Kreisausschuss nur beratende Stimme." Das schien der Kommission notwendig, damit eine einheitliche Auslegung der Landes- oder Reichsgesetze durch Regierungsorgane erfolgt. Gegen die Auslegung der Landes- oder Reichsgesetze durch die Regierung können die Gemeinden Anfechtungsklage beim Oberverwaltungsgericht erheben. Es würden aber zuviel solcher Klagen, wenn von jedem Kreisausschuss die Gesetze verschieden ausgelegt würden.

In dem Entwurf von Edmund Fischer sind die Kreishauptmannschaften befreit, das Ministerium soll direkt entscheiden. Dieser Entwurf sieht aber gerade vor, dass gegen alle Entscheidungen der Regierung die Anfechtungsklage beim Oberverwaltungsgericht erhoben werden kann. Das ist außerordentlich gefährlich für die ganze Reform, die, wenn sie auch freiheitlich durchgeführt hätten, durch die Verwaltungsjuristen wieder verhunzt werden könnte. Die Fälle, in denen jetzt Anfechtungsklage gegen die Entscheidungen der Regierung erhoben werden kann, sind in einem Gesetz über die Verwaltungsgerichtsfrage geregelt. Diese Fälle sind sehr beschränkt und genau angegeben. Die Reaktionäre haben klarlich im Landtag den Versuch unternommen, die Befreiungen der Oberverwaltungsgerichte über die Regierung zu erweitern, das zeigt uns, wie gefährlich das Oberverwaltungsgericht ist. Wir müssen uns grundsätzlich gegen jede Erweiterung des Rechtes zur Erhebung von Anfechtungsklagen aussprechen.

Die Ergänzungsvorschläge zu den Richtlinien unter B zur Reform der Bezirksverwaltung sind nur die konsequente Anwendung der Grundsätze, die für die Gemeinden gelten sollen, auf die Bezirke, ich brauche sie deshalb nicht näher zu besprechen.

Die Vorschläge über die Aufgaben der Gemeinden sprechen für sich selbst. Die Kommission glaubt, die wichtigsten Gebiete erfasst zu haben, wenn aber weitere Anregungen gegeben werden, so ist das nur erwünscht.

Die Richtlinien sollen maßgebend sein für die Parteigenossen, sie berufen sind, an der Durchführung der Reform zu arbeiten. Wieviel es gelingt, die andern Parteien, die für die Mitarbeit in der Reform in Frage kommen, für diese Richtlinien zu gewinnen, ist eine andre Frage. Aber wir dürfen uns bei der Auffassung von unseren Richtlinien nicht davon trennen, ob es gelingt, die Reform so durchzuführen, sondern wir müssen davon ausgehen, was wir für richtig halten. Wenn wir klare Richtlinien aufstellen und energisch dafür kämpfen, dann werden wir damit auch starken Einfluss auf die Gestaltung der Reform ausüben.

Die Aussichten der Reform in Sachsen halte ich für günstig! Die Bürgerlichen werden zwar starken Widerstand leisten, das ist bei dem reaktionären Block von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen selbstverständlich. Aber die sozialistischen Par-

teien werden doch diesen bürgerlichen Widerstand überwinden können.

Wie die Reform aussehen wird, das hängt eigentlich nur von der Stellung der sozialistischen Parteien ab. Die Kommunisten werden mit ihren weitergestellten Forderungen gehen. Wie aber stehen die Rechtssozialisten? Auf der Landesversammlung der Rechtssozialisten ist die Dresdner Richtung, die nicht eine halbe, sondern nur eine Viertelseite will, völlig unterlegen, die Landesversammlung hat sich für die Reform im Sinne der Bilkerischen Forderungen entschieden. Ob es möglich sein wird, die Rechtssozialisten über die Vorschläge Fischers zu einer ganzen Reformarbeit zu bringen, das lässt sich heute nicht sagen. Aber sicher ist, dass die Radikalisierung der rechtsozialistischen Arbeiter auch die rechtsozialistischen Führer vorwärts drängt.

Wenn die Landesversammlung die vorgelegten Richtlinien annimmt, dann bedeutet das nicht nur eine wichtige Entscheidung für die sächsische Parteiorganisation, sondern darüber hinaus auch zugleich für die gesamte Partei. Das gibt unserer Tagung seine besondere Bedeutung!

Die Aussprache.

Seger-Leipzig gibt einen Rückblick auf die Geschichte der Gemeindeverfassung und schildert das jetzige Verhältnis der Gemeinden zu den übergeordneten Instanzen. Reich und Staat betrachten die Gemeinden fast ausschließlich als Hilfsorgane. Es ist wenig, was den Gemeinden von ihrer Selbständigkeit übrig bleibt. Vom sozialdemokratischen Standpunkt dürfen wir im Verwaltungswochen mit dem Zentralismus nicht von oben heruntergehen. Wir müssen den Zentralismus vielmehr von unten nach oben aufzubauen. Die Gemeinden sind seit der Schaffung der Städteordnung von reinen Verwaltungsaufgaben zu großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben gekommen. In den vorgeschlagenen Richtlinien wird in der Hauptrichtung die Verwaltung und die Abgrenzung zwischen Verwaltungsrecht und Rechtsgesetzlich getrennt. Die Gemeindeverfassung muss rechtsgelehrte geregelt werden; deshalb wird die sächsische Gemeindeverfassung wohl ein Proklamation sein. Zur Gemeindeverfassung ist selbstverständlich eine Bureaucratie notwendig, aber der verwaltende und dirigierende Teil muss die Gemeindevertretung sein. An die Stelle der Amts- und Kreishauptmannschaften sollen Bezirksorganisationen treten. Wenn wir uns für einen Kreisausschuss als Aufsichts- und Kontrollorgan entscheiden, muss er auch bestimmt sein.

Lipinski schildert die vorbereitenden Arbeiten für die Gemeindeverfassungsreform. Die Kommission hätte müssen die Richtlinien schneller ausarbeiten. Die Richtlinien sollten nur eine Stütze für den Gesetzentwurf der Gemeindeverfassung sein. Einmütigkeit besteht in der Auffassung, dass eine Gemeindeverfassung geschaffen werden muss, in der der Ausbau der Selbstverwaltung bis zur äußersten Grenze durchgeführt und der Staat nur ein gewisses Aufsichtsrecht besitzt. Die Gemeinden müssen zu einem Gemeindeverband mit Selbstverwaltung zusammengefasst werden. Dass das Einkammerystem bestehen soll, darüber besteht Einmütigkeit. In dem in Deutschland bestehenden Einkammerystem ist der Bürgermeister der Leiter der Stadt. Ist der Vorsitzende der Gemeindevertretung unbestritten, kann er die Stadtverwaltung nicht nach innen und außen vertreten. Die Frage des Einkammerystems ist nicht eine Frage der Reform, sondern auch eine Personfrage. Wenn die Gemeinden das größte Selbstverwaltungsrecht besitzen und die Bezirksverbände in Selbsterverwaltungskörper umgestellt werden, sind die Kreishauptmannschaften überflüssig. Die Kreishauptmannschaft ist ein Stütz Autoritätsstaat und verträgt sich nicht mit der Selbstverwaltung.

Freund-Nürnberg überbringt die Grüße des Landesvorstands der bayrischen USPD. Die bayrische und sächsische Politik steht im Brennpunkt der Diskussionen, weil sie die beiden Gegenpole in Deutschland darstellen. Die Frage der Gemeindeverfassung ist auch in Bayern im umgekehrten Sinne akut. Die in Bayern im Jahre 1919 geschaffene moderne gerichtliche Gemeindeordnung will jetzt die bayrische Regierung rückwärts revidieren. Redner behandelt die bayrische Gemeindeverfassung. Es ist zu erwägen, ob nicht eine rechtsgelehrte Regelung der Gemeindeordnung herbeigeführt werden kann. Wir leiden zu viel an formalen Dingen, statt zu fragen, was sind die Amtsaufgaben der Gemeinde? Es kommt nicht darauf an, eine Theorie zu geben, sondern zu sagen, was in der Praxis geschehen kann und muss. Unter Ausbildung aller traditionellen Dinge müssen wir uns von sozialen und kulturellen Gesichtspunkten leiten lassen. Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, dass es nur politische Bürgermeister geben darf. Wir müssen von den obersten Gemeindebeamten das Belehnungsamt klären verlangen.

Schulze-Gossebaude: Es kann sich nur darum handeln, ob die Richtlinien mit unsern Grundsätzen und unsern praktischen Arbeiten in der Gemeinde übereinstimmen. Das Maß der Selbstverwaltung muss sich nach dem wirtschaftlichen Habitus der Gemeinde richten. Die Richtlinien nehmen alle Schranken weg, welche der Gemeinde hinderlich sind. Künftig soll nur eine Gemeindeordnung für sämtliche Gemeinden des Landes gelten. Wenn die Vertretung der Gemeinde nach innen und außen durch den Vorsitzenden des Gemeindepalments geleistet, führen wir in der Personalunion des Vorsitzenden und des Gemeindesprechers den Dualismus wieder ein. Der Weiterbestand der Kreishauptmannschaft ist keine Notwendigkeit.

Milow-Bauhen: Die Zusammensetzung der Bezirksvertretung in den Richtlinien entspricht durchaus einem fortschreitlichen Geiste. Eine andre Frage ist die der Kreishauptmannschaften. Diese können keine Basis der Verhinderung bilden, wenn der Kreishauptmann von der Regierung ernannt wird. Das wäre eine Verbeugung vor der alten Staatsautorität. Die Kreisbeamten sollen gewählt werden. Der Redner verlangt, dass die Richtlinien zur nochmaligen Prüfung an die Kommission zurückverwiesen werden.

Schmidt-Essig verneint in den Richtlinien die Anerkennung zum Schutz der Gemeinde- und Bezirksvertreter. Auch diesen Vertretern müsste man die Immunität der Reichs- und Landtagsabgeordneten zusprechen, dass die Ausübung ihres Mandats gegen gerichtliche Zugriffe geschützt ist.

Frisch-Schäfer-Pflaum erklärt sich mit den Richtlinien nicht einverstanden. Redner wendet sich gegen die Ausschüsse. Wenn die Kreishauptmannschaften aufgehoben werden, haben wir nicht viel erreicht. Die Kreisbeamten würden nichts anderes als Staatskommissare sein.

Schmidauer-Unterlossa drückt den Wunsch aus, dass der Vorlage so schnell als möglich zur Annahme verholfen wird. Der jetzige Einstrom der den Gemeinden übergeordneten Organe muss gebrochen werden. An einer Reihe von Beispielen zeigt der Redner die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände.

Seger-Leipzig: Wir müssen Grundzüge für die Gemeindeordnung aufstellen, die uns dienen, wenn eine bürgerliche Regierung kommt und gegen die Sozialdemokratie vorgeht. Es wird möglich sein, die Pflichtvergessenheit von Gemeindemitgliedern durch die andern Mitglieder zu bestrafen. Wir brauchen die Hilfe der Regierung nicht in solchem Umfang. Redner kommt auf Steuerfragen zu sprechen. Die Gemeinden sollen nicht mit gewissen Almosen vom Reich abgespeist werden. Jede Gemeinde muss genügend Mittel erhalten, damit ihre Selbständigkeit nicht aufgehoben wird. Die Landespartei muss die Grundzüge festlegen, wie sie die Gemeindeverfassung gestalten will. Die Entscheidung über Gesetzgebung und Verwaltung der Gemeinde muss in der von den Einwohnern gewählten Vertretung liegen. Es ist eine irrtümliche Auffassung, dass der an der Spitze der gewählten Gemeindevertretung stehende nicht die geeignete Person zur Vertretung der Gemeinde nach innen und außen sei. Was hindert denn, wenn der an der Spitze stehende gewählte Gemeindevertreter vergütet wird und die Leitung des Parlaments und der Verwaltung in seinen Händen liegt. Auch nach außen muss aus demokratischen Gründen der Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommen.

Das Schlusswort des Genossen Sieger.

Um das gleich vorweg zu nehmen, mit den vom Genossen Sieger beantragten Streichungen bin ich einverstanden. Die Genossen Sieger und Freund haben hervorgehoben, die Reform der Gemeindeverfassung müsse rechtsgelehrte geregetzt werden. Nach den Verhandlungen des deutschen Städtebundes ist aber zu erwarten, dass eine solche Regelung recht lange auf sich warten lassen wird; bevor sie kommt, wird die sächsische Reform längst durchgeführt sein. Genossen Sieger hat gelagt, es wäre notwendig, die Bezirke nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht in ihrer jetzigen konserватiven Zusammenfassung zu gestalten. Die Kommission hat sich aber davon leiten lassen, dass eine völlige Neuentstehung der Bezirke das Reformwerk nur kompliziert würde. Daher ist an der jetzigen Einteilung festgehalten worden, wobei ja Umbezirkungen nach wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht ausgeschlossen sind. Sieger hat kritisiert, dass der Kreisausschuss bei der Entscheidung über die Auslegung über die Reichs- und Landesgesetze nur beratende Stimme haben soll. Das erscheint der Kommission notwendig, um nicht in den fünf verschiedenen Kreishauptmannschaften, die ja alle verschieden zusammengefasst sein werden, fünf verschiedene Auslegungen der Landes- und Reichsgesetze zu erleben. Die Auslegung muss einheitlich für ganz Sachsen geschehen. Das ist nur möglich, wenn sie durch die Regierung oder durch deren Organe geschieht, und in diesen Fällen sollen ja die Kreishauptmannschaften Organ der Regierung sein. Genossen Milow hat sich gewundert, dass ich für die Einziehung der Kreishauptmänner durch die Regierung eingesetzt bin, das sei nicht demokratisch. Wenn man aber, wie es die Richtlinien der Kommission wollen, die Kreishauptmannschaften als Regierungsorgane gelten lassen will, dann bleibt nichts anderes übrig, als die Kreishauptmänner durch die Regierung einzuziehen zu lassen. Die Einwendungen Siegers, es habe die Demokratie auf, wenn der erste Beamte einer Gemeinde bei der Regierung gegen die Beschlüsse der Stadtverordneten Einspruch erheben könnte, sind nicht stichhaltig, denn schließlich kann nicht nur der erste Beamte, sondern jedes Gemeindemitglied der Regierung anzeigen, dass nach seiner Ansicht der und der Beschluss der gewählten Gemeindevertreter diesem oder jenem Landes- oder Reichsgesetz widerspricht.

Nur einige Worte zu den Ausführungen des Genossen Lipinski. Er sagte, Richtlinien wären gut gewesen, wenn die Kommission schnell gearbeitet hätte. Jetzt fäumen die Richtlinien zu spät. Dazu muss ich bemerken: es war auf der Gemeindevertreterkonferenz im März angeregt, dass die Kommission mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zu betrauen; dagegen hat sich Lipinski gewendet. Als dann die Kommission mit ihren Richtlinien fertig war, verlangte sie, es solle sofort eine außerordentliche Landesversammlung für Mitte Juni einberufen werden, die entscheiden sollte, wie die neue Reform nach Aufficht der Partei gestaltet werden müsse. Gegen diese außerordentliche Landesversammlung hat sich der Genosse Lipinski im Landesvorstand gewendet mit der Begründung, die Landesversammlung komme im Juli noch zeitig genug. Lipinski ist also selbst schuld daran, dass er erst heute zu den Richtlinien Stellung nehmen können. Er hätte die Beschlüsse der Landesversammlung abwarten müssen, dann erst hätte er einen Gesetzentwurf ausarbeiten müssen, der den Ansprüchen der Parteigenossen gerecht wurde. Es ist nicht richtig, dass der Entwurf, von dem der Genosse Lipinski sprach, der Landtagsfraktion zur Beratung vorgelegt hat.

Genosse Lipinski meinte, es gäbe keine grundsätzlichen Unterschiede in der Auffassung zwischen uns, souhern nur praktische Merkungsverschiedenheiten. Das ist falsch. Es ist ein grundsätzlicher Unterschied, ob man den Gemeindebeamten auf Grund ihrer Berufsstellung durch das Gesetz gegenüber den gewählten Gemeindevertretern eine bevorzugte Stellung eingeräumt oder nicht. Damit komme ich auch zu den Einwendungen des Genossen Frey und der Frey gegen die Auffassung des Genossen Sieger, der festgestellt hat, wie müssen uns auf den Standpunkt stellen: heute gibt es nur politische Bürgermeister! Das ist auch meine Ansicht, aber Genosse Frey zieht daraus nicht die richtigen Schlussfolgerungen. Wenn es nur politische Bürgermeister gibt, dann müssen wir den berufsmäßigen Beamten nicht eine bevorzugtere Stellung eingeräumen, denn die gegenwärtigen Verwaltungsbeamten sind in ihrer Gesinnung zu 99,9 Prozent bürgerlich partizipiert. Die Folge davon ist, dass wir nur bürgerlich gesinnte Bürgermeister hätten, wenn wir nicht die von der Gemeindevertretung gewählten ersten Vorsitzenden mit der Vertretung der Gemeinden nach innen und außen betrauen. Genosse Frey legte: wer die Kontrolle ausüben will, muss die Sache befreieren. Ja, kann denn das nur ein Akademiker oder Berufsbeamter? Sollten nicht die Genossen, die sich jahrelang in den Gemeindeverwaltung befähigt haben, soviel Sachkenntnis aufbringen, wie die Gemeindebeamten, von denen ein Redner hier gelagert hat, dass sie zu 99 Prozent unintelligent sind?

Wenn den berufsmäßigen Beamten durch Gesetz in der Gemeindeverfassung eine bevorzugte Stellung eingeräumt wird, so bedeutet das nichts anderes, als ein verkaufsiertes Zweikammerystem, wie die rheinische Verfassung oder der sächsische Städtebund auch nichts anderes als — Zweikammerysteme sind. Wenn wir den Beamten die bevorzugte Stellung eingeräumen, dann bleiben wir mit der Reform auf halbem Wege stehen. Dagegen ist es kein Zweikammerystem, wenn der Hauptrat gebildet wird, weil sich dieser Hauptrat aus gewählten Gemeindevertretern zusammenstellt, die in jedem Falle unter dem gewählten Städtebundeskollegium stehen.

Genosse Lipinski hat heute gegen die Kreishauptmannschaften gesprochen. Ich habe schon in meinem Referat gesagt, dass nach der ersten Formulierung der Richtlinien die Kreishauptmannschaften befreit werden sollten. Dagegen hat der Genosse Lipinski bei den Beratungen in der Kommission Bedenken erhoben, weil durch die Befreiung der Kreishauptmannschaften der Zustand eintrete, dass gegen die Entscheidung der Regierung das Oberverwaltungsgericht angerufen werde. Darin erblickte die Kommission die größere Gefahr, und darum entschied sie sich in der Mehrheit für die Beibehaltung der Kreishauptmannschaften. Wenn heute Lipinski anderer Meinung ist, so erklärt sich das nur daraus, dass in dem Entwurf, von dem er gesprochen hat, die Kreishauptmannschaften bestätigt sind. Ich bin ganz mit der Befreiung der Kreishauptmannschaften einverstanden, wie müssen aber daraus unbedingt die Bedingung knüpfen, dass die Regierung die leichte Entscheidung hat und das nicht, wie in dem Entwurf vorgegeben ist, gegen die Entscheidung der Regierung die Anfechtungsklage beim Oberverwaltungsgericht erhoben werden kann. Das Recht, Anfechtungsklage gegen die Regierungsentcheidung zu erheben, ist jetzt eng umrisen, es darf auf keinen Fall erweitert werden.

Der Genosse Schmidt hat in den Richtlinien eine Erklärung über die Immunität der Gemeindevertreter verneint. Die Kommission hat diese Frage nicht behandelt, es wird in diesem Falle notwendig sein, dass die Landtagsfraktion und der Landesvorstand zu der Frage Stellung nimmt, wenn man dazu nicht eine besondere Landesversammlung einberufen will. Es ist in der Debatte erläutert worden, Sieger habe zu den Richtlinien eine grundsätzlich andere Stellung eingenommen als die Kommission. Das stimmt durchaus nicht. Sieger hat nur — außer abweichenden Ansichten über die Formulierung — zu den Kreishauptmannschaften eine andere Einstellung eingenommen; er wollte sie bestätigt wissen. Die Genossen Schulze und Semmler traten dafür ein, dass die Gemeindevertreter und Bürgermeister die Vorsitzenden der gewählten Gemeindevertreter sein sollten, aber im übrigen sind die Richtlinien in der Kommission einstimmig beschlossen worden.

Es ist vorgeschlagen worden, die Richtlinien an eine Kommission zurückzuverweisen. Das geht nicht, weil die Zeit dazu nicht ausreicht, denn im Herbst wird die Vorlage im Landtag vorgelegt, da muss die Entscheidung der Parteigenossen getroffen sein. Genosse Lipinski hat gesagt: Lassen Sie die Richtlinien Richtlinien sein, es kommt jetzt darauf an, den Entwurf zur Verfassungsreform zu verbessern. Das sollte die Landtagsfraktion in Verbindung mit dem Landesvorstand tun. Die Instanzen sollen also entscheiden, das Parteivolk soll ausgeschaltet werden, weil die Instanzen läger sind als die Landesversammlung. Wenn die Landesversammlung

</

diesem Vorschlag folgt, so bedeutet dies ein Ausweichen. Die hier versammelten Parteigenossen dürfen aber auf keinen Fall auf ihre Recht verzichten, sie müssen in dieser wichtigen Sache selbst eine Entscheidung treffen, sollte diese nun so oder anders aus!

(Schluß folgt.)

Vorläufiger Schlußbericht.

Die Richtlinien über die Gemeindeverfassungsreform werden mit einzigen Abänderungen angenommen.

Dann erläutert Genosse Fleigner-Dresden seinen Bericht über die kommenden Gemeinderatswahlen. In der Diskussion spricht die Genossin Thiel. Die Resolution dazu wird einstimmig angenommen.

Dann schließt Genosse Fleigner-Leipzig die Landeskonferenz mit einem anfeuernden Schlußwort.

Das Reichsjugendwohlfahrtsgezetz.

B.G. Die Pflege der heranwachsenden Jugend ist unbestreitbar eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Das im Sinne der Revolution neu zu errichtende Gemeinschaftswesen erfordert eine Riesenarbeit, der nur ein Geschlecht gewachsen sein wird, das frei von körperlicher Degeneration ist. Der Neuausbau unseres Volkes — nicht um Wiederaufbau handelt es sich — erfordert vor allem die Erkenntnis der ungeheuren Bedeutung unserer jüngsten und allerjüngsten Generation. Ganz abgesehen davon, daß unsere Technik in einem vielfältigen Kriege eine Verschönerungsarbeit geleistet hat, die die dreihundertjährige Kriege verlorenen Jahrhunderte bei weitem übertrifft, so haben wir mit einem Heil zu kämpfen, den unsere Vorfahren noch nicht kannten: dem Kapitalismus. Zum Kampf gegen ihn muß unsre Jugend gerüstet sein mit einem gesunden widerstandsfähigen Körper, der die ihm gebotenen Mittel des Geistes voll zur Wirkung zu bringen vermag.

Zur Errreichung dieses hohen Ziels kann und soll wesentlich das gemeinsame Reichs-Jugendwohlfahrtsgezetz mit beitragen, das gegenwärtig dem Reichstag im Entwurf vorliegt und zu dessen weiterer Beratung ein Aushang von 28 Mitgliedern eingelegt ist, dem von der USP, die Reichstagabgeordneten Frau Agnes, Frau Wurm, Dr. Löwenstein und Dr. Rosenfeld angehören.

Den programmativen Grundzäh, nach dem das Gesetz geplant sein soll, spricht Abschnitt 1 aus, wo in § 1 gelaggt wird: „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf körperliche, geistige und sittliche Erziehung.“ Inwieweit die Kinder von Ausländern, die, wie es häufig der Fall ist, sich bereits viele Jahre in Deutschland aufzuhalten und mit den deutschen Verhältnissen eng verwachsen und verbunden sind, mit Berücksichtigung finden, ist hier nicht gezeigt. Es dürfte daher ein entsprechender Zusatz, der diese Frage beantwortet, am Platze sein. Weiter sagt derselbe Paragraph: „Das Recht und die Pflicht der Eltern zur Erziehung werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Insofern der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt öffentliche Jugendhilfe ein.“ In vielen Fällen wird der Anspruch des Kindes auf Erziehung nicht erfüllt werden können, da häufig die Eltern oder sonstigen Erziehungsverpflichteten — man denke nur an kinderreiche Arbeiterfamilien, uneheliche Mütter u. dergleichen — insofern ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse hierzu gar nicht in der Lage sein dürften. Hier soll das Gesetz helfen eingreifen.

Die öffentliche Jugendhilfe umfaßt alle Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt. Als ihre Organe sind die Jugendwohlfahrtsbehörden anzusehen, soweit nicht gesetzlich die Zuständigkeit anderer öffentlicher Körperschaften oder Einrichtungen, insbesondere der Schule, gegeben ist. Als Jugendwohlfahrtsbehörden kommen in Frage die Jugendämter für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbörde, die Landesjugendämter und das Reichsjugendamt. Zur Zuständigkeit der Jugendämter gehören folgende Aufgaben: 1. die Geschäfte des Gemeindewaisenrats, 2. die Mitwirkung im Vermundshof (Berufsvormundshaft), 3. der Schutz der Pflegeländer (Ziehkindermutter), 4. die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige, 5. die Jugendhilfe bei den Gerichts- und Polizeibehörden gemäß rechtsgerichtlicher Regelung, und 6. die Mitwirkung bei der Fürsorgeerziehung. Die unter 1—5 genannten Aufgaben werden in den Gemeinden wohl bereits jetzt ganz oder teilweise erfüllt, sie erhalten aber durch das Jugendwohlfahrtsgezetz eine gewisse Erweiterung und Beweglichkeit, während die Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige infolge ihrer Bedeutung gewinnt, als nicht nur die unehelichen, sondern auch alle dauernd getrennt von beiden Eltern untergebrachten ehelichen Minderjährigen der Zuständigkeit der Armenbehörde entfällt und dem Jugendamt in ihrer Versorgung übertragen werden. Da nicht mehr die auf Grund einer behördlichen Anordnung durchgeföhrt, sondern die tatsächliche Trennung entscheidend ist, werden vorlängt sämtliche hilfsbedürftigen Pflegeländer hinsichtlich der Unterstützung dem Jugendamt unterstellt. Im übrigen ist die Jugendarbeit von der Armenpflege, die doch immer noch, abgesehen von Erfahrungsaufnahmen an den Unterflüchtempfänger und seine unterhaltspflichtigen Angehörigen, mit einer gewissen moralischen Zensur verbunden ist, vollständig trennt.

Über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder wird gesagt, daß auf Antrag des Jugendamts oder einer unverheiratheten Mutter ein Pfleger für das zu erwartende uneheliche Kind bestellt werden kann, der mit der Geburt des Kindes dessen Vormund wird. Dem Pfleger wird in erster Linie die Aufgabe auferlegt, mit Unterstützung des Jugendamts den Vater des Kindes zu ermitteln und ihn zu veranlassen, die Zahlung des dem Kinde für die ersten drei Monate zu gewährenden Unterhalts alsbald nach der Geburt zu bewirken und gegebenenfalls den erforderlichen Betrag schon vor der Geburt zu hinterlegen. Dies ist allerdings nach § 1716 des Bürgerlichen Gesetzbuchs schon immer möglich gewesen, jedoch mit der Einschränkung, daß die Mutter den Antrag auf eine solche einstweilige Verfügung zu stellen hat, während dies in Zukunft Sache des betreffenden Pflegers oder des Jugendamtes selbst ist, sofern es die Berufsvormundshaft mit ausübt. Eine Lücke, die das Bürgerliche Gesetzbuch auf diesem Gebiete enthalt, wird hierdurch geschlossen.

Weiter ist in dem Gesetzentwurf die Möglichkeit vorbehalten, daß das Vormundshofgericht die Fürsorgeerziehung nur anordnen darf, wenn ein dahingehender Antrag des zuständigen Jugendamts vorliegt. Als wichtige Neuerung ist noch die Bestimmung zu nennen, daß das Vormundshofgericht im Einvernehmen mit dem Jugendamt die ärztliche Untersuchung der Minderjährigen anordnen und solche in einer öffentlichen Krananstalt zur Beobachtung unterbringen kann. Ferner ist die Bestimmung, daß die Fürsorgeerziehungsbehörde für den Abschluß von Lehrverträgen als gesetzlicher Vertreter des Minderjährigen zu gelten hat, auf Dienstverträge ausgedehnt worden. Die vorzeitige Entlassung von Minderjährigen aus der Fürsorgeerziehung wird eine wesentliche Erleichterung erfahren; sie kann unter der Voraussetzung zugelassen werden, daß eine anderweitige Bewahrung des Minderjährigen sicher gestellt ist.

Als weiterer wichtiger Faktor des Jugendwohlfahrtsdienstes gilt die Jugendhilfe bei den Gerichts- und Polizeibehörden; dadurch kann ohne Zweifel mancher erzieherische Einfluß ausgeübt werden.

Eine besonders hervorragende Aufgabe der Jugendämter ist ferner, Einrichtungen und Veranstaltungen anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls zu schaffen für: 1. Beratung in Angelegenheiten der Jugendlichen, 2. Mutterkusch und nach der Geburt, 3. Wohlfahrt der Säuglinge, 4. Wohlfahrt der Kleinkinder, 5. Wohlfahrt des Unterrichts und 6. Wohlfahrt der jugendlosen Jugend. Weitere Aufgaben zur Förderung des körperlichen, geistigen und sittlichen Gedankens der Jugend führen, vorbehaltlich der Bereitstellung der Mittel im Haushalt, dem

Jugendamt durch Anordnungen, die von der Reichsregierung nach Anhörung des Reichsjugendamts gegeben werden, sowie durch die Landesgesetzgebung und die Satzung des zuständigen Selbstverwaltungsräters übertragen werden.

Die unter 2 und 3 genannten Einrichtungen fallen in das Gebiet der allgemeinen Wohlfahrtspflege, die bereits eine gesetzliche Regelung erfahren hat und durch das Reichsjugendwohlfahrtsgezetz eine Erweiterung erhält. Der unter 4 genannte Wohlfahrtsdienst für Kleinkinder verdient besondere Beachtung. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Kinder in den ersten Lebensjahren bis zum schulpflichtigen Alter in geistiger und körperlicher Beziehung am entwicklungsähnlichen sind. Werden sie in diesen Jahren vernachlässigt, so kann sehr viel verderben werden, während andererseits viel gewonnen wird, wenn das Kleinkind eine richtige Pflege erhält. In kinderreichen Arbeitersfamilien ist es aber den Eltern in so manchen Fällen einfach nicht mehr möglich, ihr ganzes Augenmerk auf die sorgfältige Erziehung ihrer Kinder zu richten, da meistens die Sorge um den Lebensunterhalt und den Erwerb alles andere zurückdrängt. Die Unterbringung der Kinder in Krippen sowie vom dritten Lebensjahr ab in wohlgerichteten Kinderhorten ist daher ein Gebot der Stunde, wenn die Jugendhilfe und -pflege an Bedeutung gewinnen soll. Es muß den Kindern neben körperlicher Pflege auch die Möglichkeit allseitiger Entwicklung durch wohldurchdachte Abwechslung von Spiel und Beschäftigung, von Ruhe und Bewegung gegeben werden.

Ein junger Europäer als Brieffälscher.

Von G. Ledebour.

Vor einiger Zeit war ich genötigt, Verleumdungen abzuwehren, mit denen der rechtssozialistische Abgeordnete Pinckau die Deffentlichkeit behelligt hat. Zur Abwehrung muß ich mich einmal wieder auch gegen Verleumdungen von kommunistischer Seite lehren. Den Anfang zu diesem neuen Überfall aus dem Hinterhalt hat dem Verleumdingssabikanter es gegeben, daß in der unabhängigen Presse die Verleumdungsmethode des Kommunisten Brandt mit meinem Auftreten vor Gericht im Jahre 1919 in Vergleich gestellt war. Den peinlichen Eindruck dieser Parallele sucht nun ein mit unbekannter Kommunist, der sich K. Ungar unterzeichnet, durch eine Enthüllung aus dem Jahre 1917 zu entkräften. Damit hofft er offenbar, mich zu diskreditieren.

In einem Artikel, der die kommunistische Presse durchläuft, erzählt K. Ungar, im März 1917 sei ein „junger Europäer“ zu mir gekommen, um mit den folgenden wörtlich abgedruckten Briefes des bekannten georgischen Genossen Tschiedis, der damals Vorsitzender des Petrograder Arbeiters- und Soldatenrats war, zu unterbreiten:

„Der Petrograder Arbeiters- und Soldatenrat überendet euch, deutsche Arbeiter, die herzlichen Grüße der russischen Revolution. Wir machen euch aber außerordentlich, daß unsere Reaktion auf die Westfront (Deutsche Ostfront) zeigt, wo Hindenburg seine Bataillone aufmarschierten läßt, um die russische Revolution zu erwürgen.“ Im Namen der russischen Revolution rufen wir euch zu: Erhebt euch zum tätigen Protest gegen den preußischen Militarismus und verhindert auf revolutionärem Wege seine mörderischen Pläne!

Der Petrograder Arbeiters- und Soldatenrat.

Tschiedis.“

Über meine Unterhaltung mit dem jungen Europäer wird dann noch allerhand offensichtlich erlogen. Zeug berichtet. Da ich mich aber des ganzen Vorganges nicht zu entzücken vermochte, wäre es mit schwer gewesen, das alles beweisstätig zu widerlegen. Glücklicherweise ist der Genosse Tschiedis dieser Tage nach Berlin gekommen. Ich habe ihm jenen Artikel mit dem angeblich von ihm unterschriebenen Briefe vorlegen lassen. Er hat darauf folgende Erklärung abgegeben:

„Hierdurch erkläre ich, daß der in der kommunistischen Presse veröffentlichte Brief aus dem Jahre 1917, der angeblich von mir als Vorsitzender des Arbeiters- und Soldatenrates von Petersburg unterschrieben und an den Genossen Ledebour gerichtet sein soll, eine Fälschung ist. Ich habe niemals einen derartigen Brief an den Genossen Ledebour abgeschickt.“

Berlin, den 2. Juli 1921

N. Tschiedis..
Der Brief ist also eine freche Fälschung des jungen Europäers oder K. Ungars. Vielleicht ist das auch ein und die nämliche Person. Es ist aber möglich, daß die Fälschung nicht jetzt erst fabriziert wurde, sondern mir tatsächlich im März 1917 bereits in Berlin vorgelegt wurde. War das der Fall, so habe ich den Ueberbringer jedenfalls kurzerhand zurückgewiesen, wie das meine feste Praxis ist, wenn irgend welche Phantasten oder Losiphi mit hirverbrannte Zumutungen machen. Während der Kriegszeit kam das besonders häufig vor. Ich brauche wohl keinem verständigen Menschen näher zu erläutern, welche Folgen es gehabt haben könnte, wenn ich mich selbst und unsere Partei durch eine zufimmende Erklärung zu jener Aufforderung in die Hände eines Phantasten oder Losiphiels gegeben hätte. Aus dem nämlichen Grunde würde ich auch jedenfalls die Weiterleitung an die „Gruppe Internationale“ abgelehnt haben. Völlig erlogen aber ist die Behauptung, daß ich die Gruppe Internationale als „Geschindel“ bezeichnet hätte, denn ich habe befannlich fortgelebt mit jenen Genossen in Verbindung, gestanden und späterhin in entscheidenden revolutionären Aktionen kameradschaftlich mit ihnen zusammengetragen.

Nicht minder widerspricht völlig meinem Denken und Handeln die von dem Fälscher mit untergeschobene Bemerkung: „Was geht denn die Russen in unserer Armee an?“

Solchen Auschmückungslied des Fälschungssabikanter reicht sich dann würdig die offenbar für die heutigen Parteikämpfe bestimmte Schlüßfolgerung an:

„Sie (nämlich die angebliche Botschaft des Petrograder Arbeiters- und Soldatenrates an mich) war ein Versuch, der erste, aber auch der letzte, Menschewismus und Revolution nicht in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Der Versuch wurde von den Bolschewiki gern unterstützt...“

Die alberne Bezeichnung „Menschewismus“ für unsere Bewegung, die dem allerneuesten kommunistischen Sprachgebrauch entspricht, beweist, daß wenigstens dieser Teil des künstlichen Fälschungskonglomerats jetzt erst entstanden ist. In der Sache aber ist das wieder eine belanglose freche Spekulation auf die Geschichtlichkeit des zeitgleichenden Publikums. Nach dem März 1917 soll also auch nicht der schwächste Schimmer revolutionärer Bevölkerung durch uns mehr zu spüren gewesen sein! Das wagen Kommunisten in Deutschland zu schreiben angesichts der Novemberrevolution und der nachfolgenden Ereignisse!

Doch ich will demgegenüber hier nur an die folgende Tatsache erinnern: Im Sommer 1917 fand in Stockholm die 3. Internationale statt. Dort stellte ich den Antrag, einen Aufruf ergehen zu lassen an die Arbeiterschaft aller Länder, sie solle durch einen gemeinsamen und gleichzeitigen internationalen Massenstreik den verderbenbringenden Massenschlächtereien ein Ende machen. Dieser Antrag wurde zunächst von den Bolschewiki bekämpft, sie traten auch damals schon mit ihrem Spezialmittel, der Aufforderung zu De-Konflikten und putschistischen Erhebungen hervor, um so allmählich eine revolutionäre Gemütsbewegung im Proletariat zu erzeugen. Schließlich ließen sie sich aber eines besseren belehren und stimmten für meinen Antrag, wie das ihr damaliger Führer Radóck ausdrücklich erklärte. Mein Antrag wurde einstimmig bei einer Stimmenthaltung von der Konferenz angenommen. Er ist schließlich nicht zur Ausführung gekommen aus Gründen, auf die ich hier nicht einzugehen brauche. Nur in Berlin haben im Januar 1918 die auf unserer Seite stehenden Munitionsarbeiter vergleichbar verlucht, den Genossen der anderen Länder durch einen Massenstreik mit gutem Beispiel vorzugehen. Sie wurden in Stich gelassen.

Diese historische Tatsache wenigstens ist doch auch den Redakteuren der deutschen kommunistischen Presse bekannt. Doch sie sich trotzdem nicht schämen, die von K. Ungar fabrizierten Lügenhasi-Berichtigungen unserer Partei zu publizieren, ist ein neuer Beweis für ihre Gewissenlosigkeit. Es war nicht die erste und wird nicht die letzte Verleumdung sein. Ich habe nicht einmal die Hoffnung, daß sie es über sich gewinnen werden, nach dieser Entlarvung den Fälscher K. Ungar und seinen „jungen Europäer“ von ihren Rossköpfen abzuschütteln.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Fleischergesellen!

Der Betrieb der Firma Max Ufer und Co., Hainstraße 17/19, Durchgang, ist für organisierte Fleischergesellen gewöhnlich 70—80 Stunden arbeiten. Wer sich dagegen wehrt, fliegt. Dauernd gehen und kommen dort Fleischergesellen. Niemand organisiert kann der Herr nicht leiden. Jetzt hat er wieder einen organisierten Kollegen entlassen, weil dieser folgende Betriebsordnung nicht untergeht:

Unterzeichnet wird unter heutigem Tage bei der Firma Max Ufer und Co., Leipzig, Hainstraße 17/19, als ... gegen einen tarifmäßigen ... ohne Kost und Logis eingestellt.

Für jeden Arbeitstag erhält der Angestellte ½ Pfund gute Wurst zum Preise von 5 Pfennig per ½ Pfund. Dieser Betrag wird vom Wochenlohn resp. Gehalt gefürzt.

Unregelmäßigkeit im Dienst sowie Unsauberkeit und Unehrlichkeit ist sofortiger Entlassungsgrund und wird entschuldigend gehandelt. Bleibt der Angestellte ohne vorherige Entschuldigung vom Geschäft fort, wird auf seine Kosten eine Aufhöre eingestellt. Krankheiten werden nur mit Attest des Arztes anerkannt. Beim Antritt und Verlassen des Geschäftes hat sich jeder Angestellte bei einem der Inhaber an: resp. abzumelden.

Sollte von irgendeinem Inhaber eine Taschentreibung verlangt werden, so muß sich jeder Angestellte derselben unbedingt unterwerfen.

Den Anordnungen der Inhaber

Max Ufer, Richard Böschhoff und Alfred Pätzschke

ist jederzeit Folge zu leisten.

Ich erkläre mich hierdurch mit obenstehenden Bedingungen einverstanden.

Leipzig, den

Als nach der Entlassung des Gesellen, der sich nicht folgte, der Organisationsvertreter dem Herrn Ufer Vorhaltungen macht, erklärt er, der Geselle sei ein Jahr im Betrieb, da könne er geben

Zentralverband der Fleischer, Bratzel Leipzig, Geschäftsstelle Leipzig, Gerberstraße 1, Tel. 13 189.

Hamburger Tagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der AfA.

(D.A.) Hamburg, 11. Juli.

Sonntag tagten im Hamburger Gewerkschaftshaus unter dem Vorsitz John Ehrentals mehrere Hundert Delegierte des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und der AfA aus den Hansestädten, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Braunschweig, Hannover und Bremen. Grahmann-Berlin referierte über die wirtschaftliche Lage und die Gewerkschaften. Er hob hervor, unter dem Zwange des Versailler Friedens, dem Druck der Reparationslasten müsse es im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und der Gesundung des Wirtschaftslebens abgelehnt werden, sich auf Experimente bolschewistischer Art einzulassen. Es sei leichter, politische Grundsätze und Systeme zu beflecken, als die wirtschaftlichen Verhältnisse in abhängiger Zeit zu ändern. Im Anschluß an diese Ausführungen verwarf die Konferenz es mit aller Schärfe, kommunistische Politik in die Gewerkschaften hineinzutragen. Am Nachmittag referierte das Mitglied der Bürgerschaft Eisenhardt über das Reichsarbeitsnachweiszgezetz. Hierzu erhob die Konferenz folgende Forderungen: Einführung der satutiven Benutzung des Arbeitsnachweises sowie des obligatorischen Meldezwang.

Kommunistische Lügen.

Uns wird geschrieben:

Am 8. Juni hielten die Kommunisten in Berlin eine Landarbeiterkonferenz ab. Es wird mit nun von verschiedenen Stellen Deutschlands mitgeteilt, daß die kommunistischen Agitatoren behaupten, der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbands Georg Schmidt habe in einer Versammlung in Eisleben gesagt, daß dem Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbands läme es nicht darauf an, wenn der Verband einige tausend Mitglieder verlieren, denn wir hätten unter Taschen voll. Ferner hätte ich gesagt, wer in der Landwirtschaft stelle, gehöre ins Zuchthaus.

In ähnlicher und noch derberer Form werden diese Verleumdungen gegen mich verbreitet, wie mit dieser Tage von mehreren Mitgliedern mitgeteilt wurde, die derartige Verleumdungen angehört haben.

Ich habe darauf folgendes zu erwidern:

In Eisleben war ich seit der Revolution einmal, und zwar in den ersten Januartagen 1920. Weder in Eisleben noch an anderen Stellen habe ich jemals derartige Neuheiten getan. Nur aus Verbandsinteresse halte ich es für erforderlich, diese kommunistischen Verleumdungen niedriger zu höhnen. Als Person würde ich darauf gar nicht erwidern, denn Kommunisten können mich nicht beleidigen und in der Deffentlichkeit herausheben, was ich jenen Burschen, wo ich mit ihnen zusammentreffe, jederzeit ins Gesicht sage, und die sich dann stumm drücken, weil ihnen sonst unter Mitgliedern eine andre Zurechtweisung würden aufteil werden lassen.

Ich bin ferner von mehreren Stellen aufgesordert worden gegen die Verbreiter solcher Verleumdungen flagbar vorzugehen. Ich lehne es ab, mit solchen Verleumdungen vor Gericht zu gehen, denn wer mich kennt, weiß, daß diese Behauptungen Lügen sind, und diejenigen, die derartige Verleumdungen glauben, denen ist auch durch ein Gerichtsurteil nicht zu helfen.

Bezeichnend ist es aber für die Wut der kommunistischen Führer, die sich seige im Hintergrund halten und ihre kleinen Kläffer im Lande für sich handeln lassen, daß sie zu derartigen Verleumdungen schreiten müssen, weil die kommunistische Agitation unter den Landarbeitern in Mitteleuropa elend Schlifftrübe gelitten hat und dort, wo sie es

Lichtspiele Alberthalle

Nur noch 3 Tage!
Das Tagesgespräch von Leipzig:
Der mit Spannung erwartete Sensationsfilm
Der Held des Tages
In der Hauptrolle
7 Akte der deutsche Schwergewichtsboxer 7 Akte
Hans Breitensträter
Eine Sensation jagt die andere!
Außerdem:
Die Liebe des Bohemien
Tolles Lustspiel in 2 Akten

Nur für Erwachsene über 18 Jahre

RICHT-SCHAUSPIELHAUS

Vom 12. bis 14. Juli 1921
Das gr. weltgeschichtl. Koloss-Filmwerk aller Zeiten

Danton, der Löwe der Revolution.

7 Riesen-Akte
Das Diktat des Schreckens.
Wie das Ringen u. Wüten elementarer Urgegenwarten zog sich die gewaltige Tragödie der franz. Revolution dem Auge der Nachgekommenen. — In wachter Handlung ziehen die düsteren Gestalten eines Robespierro, St. Just u. andern Schreckensmänner am Auge des Zuschauers vorüber.

Selten wurde ein Filmwerk mit soich ungeheurer Spannung erwartet und erzielte einen solchen Erfolg, wie diese Menschheitstragödie.

In den Hauptrollen:
Emil Jannings, Werner Krauss, Hilde Wörner, Ed. von Winterstein.
Hierzu ein weiteres erstkl. Lustspiel-Belprogramm.
Täglich Einlaß 5 Uhr. Anfang 5½ Uhr.

EISENBAHNSTR. 74 SCH

Arbeitsmarkt

Zurichter-Gehilfe

für sofort zur Leitung einer auswärtigen Zurichterei
geucht. Derleiße nach den geläufigen Zurichterei-Betrieb
bevölkerten, an selbständiges, außerordentlich sauberes Arbeiten
gewöhnt sein und selbständig disponieren können. Es
wollen sich nur solche melden, die obige Bedingungen voll
behältsanfüllen unter G 6 an die Expedition d. Bl. *

Zuverlässig. Erntemann
auch u. Matthes, Lindenholz. I.

Strassenhändler

nach Frauen, für Zeitungs-
verkauf bei feinem Ausdruck
teilt ein. Zu melden 3-6 Uhr
Königstraße 3 (Hofeingang) I., bei Richter.

Nebenverdienst!

Verkaufsaushilfe!
Für mein Strumpfwaren-
Detailgeschäft suche zur Aus-
helfe einige erfahrene

Verkäuferinnen.

Verherrliche Frauen, welche
rüber in gleicher Eigenschaft
in der Bekleidungsbranche
arbeiten, würden zur Be-
förderung ihres Haushaltes
eine Vormittagskund. ge-
wünscht werden können. Zu
melden mit Zeugnissen von
11-5 Uhr bei

F. B. Eulitz, Straße 30.

Zigarren-Rollerinnen
u. -Wickelmacherinnen
teilt sofort ein. A. Schilling,
Blödner Weg 16. Verl. Böhm.

5-17j. Mädchen zu zwei
und leicht häusliche Arbeit
und jüngeren Mann

zu Pferden sofort gefucht.
Böhmerdorf b. Riesbach.
Gut Nr. 2.

Berhäuser

Hempel zur Siegellackfabrikat.
wert. Off. u. R. 15 a. Gr. d. Bl.

Juliustrasse 9.
D. Volkmarssdorf. Wohnhaus
mit Hof und schönen Gärten.
für 30.000 M. bei 7000 M.
Anzahlung zu verkaufen durch:

G. Bräsch, Altenburg S. u.

Anzüge

Manchester-Juppen
Hosen Manchester engl. Ledor
verkauft billig

Barth

Grossz Fleischergasse 1.

Spottbillig

Getragene und neue

Anzüge

Militär-
gestreifte

schwarze Hosen

Arbeiter-

nur prima Qualitäten u.

feinste Schneider-Arbeit

a. sämtliche Schuhwaren

kaufen Sie wie alte-

mann beim billigen

Kanner

Eisenbahnstraße 5.

2 Anzüge, Karne Figur.

Militär-Hosen 18. verkauf

Alsch. Windorfer Str. 30, pt.

Ein Sofa zu verkaufen. Pt.
Albertiner Straße 65, IV, r.

Chaiselongue, Kleiderlircf.

Flurgrd., Patent-Matratze

Grimmer, Konradit. 33b, p.

Kleidschr. Tl. Küchentraum.

Komm. Pt. Schmiedest. 7, p.

Schrank, Komm., Bett m. M.

Rüde 250. Kohlartenstr. 10.

1 Bettstelle mit Matratze,

großes Aquarium, 1 Braut-

kleid, preiswert zu verkauf.

Lehrstraße 28, IV, links.

Ein Sofa zu verkaufen. Pt.

Albertiner Straße 65, IV, r.

Chaiselongue, Kleiderlircf.

Flurgrd., Patent-Matratze

Grimmer, Konradit. 33b, p.

Kleidschr. Tl. Küchentraum.

Komm. Pt. Schmiedest. 7, p.

Schrank, Komm., Bett m. M.

Rüde 250. Kohlartenstr. 10.

1 Bettstelle mit Matratze,

großes Aquarium, 1 Braut-

kleid, preiswert zu verkauf.

Lehrstraße 28, IV, links.

Ein Sofa zu verkaufen. Pt.

Albertiner Straße 65, IV, r.

Chaiselongue, Kleiderlircf.

Flurgrd., Patent-Matratze

Grimmer, Konradit. 33b, p.

Kleidschr. Tl. Küchentraum.

Komm. Pt. Schmiedest. 7, p.

Schrank, Komm., Bett m. M.

Rüde 250. Kohlartenstr. 10.

1 Bettstelle mit Matratze,

großes Aquarium, 1 Braut-

kleid, preiswert zu verkauf.

Lehrstraße 28, IV, links.

Ein Sofa zu verkaufen. Pt.

Albertiner Straße 65, IV, r.

Chaiselongue, Kleiderlircf.

Flurgrd., Patent-Matratze

Grimmer, Konradit. 33b, p.

Kleidschr. Tl. Küchentraum.

Komm. Pt. Schmiedest. 7, p.

Schrank, Komm., Bett m. M.

Rüde 250. Kohlartenstr. 10.

1 Bettstelle mit Matratze,

großes Aquarium, 1 Braut-

kleid, preiswert zu verkauf.

Lehrstraße 28, IV, links.

Ein Sofa zu verkaufen. Pt.

Albertiner Straße 65, IV, r.

Chaiselongue, Kleiderlircf.

Flurgrd., Patent-Matratze

Grimmer, Konradit. 33b, p.

Kleidschr. Tl. Küchentraum.

Komm. Pt. Schmiedest. 7, p.

Schrank, Komm., Bett m. M.

Rüde 250. Kohlartenstr. 10.

1 Bettstelle mit Matratze,

großes Aquarium, 1 Braut-

kleid, preiswert zu verkauf.

Lehrstraße 28, IV, links.

Ein Sofa zu verkaufen. Pt.

Albertiner Straße 65, IV, r.

Chaiselongue, Kleiderlircf.

Flurgrd., Patent-Matratze

Grimmer, Konradit. 33b, p.

Kleidschr. Tl. Küchentraum.

Komm. Pt. Schmiedest. 7, p.

Schrank, Komm., Bett m. M.

Rüde 250. Kohlartenstr. 10.

1 Bettstelle mit Matratze,

großes Aquarium, 1 Braut-

kleid, preiswert zu verkauf.

Lehrstraße 28, IV, links.

Ein Sofa zu verkaufen. Pt.

Albertiner Straße 65, IV, r.

Chaiselongue, Kleiderlircf.

Flurgrd., Patent-Matratze

Grimmer, Konradit. 33b, p.

Kleidschr. Tl. Küchentraum.

Komm. Pt. Schmiedest. 7, p.

Schrank, Komm., Bett m. M.

Rüde 250. Kohlartenstr. 10.

1 Bettstelle mit Matratze,

großes Aquarium, 1 Braut-

kleid, preiswert zu verkauf.

Lehrstraße 28, IV, links.

Ein Sofa zu verkaufen. Pt.

Albertiner Straße 65, IV, r.

Chaiselongue, Kleiderlircf.

Flurgrd., Patent-Matratze

Grimmer, Konradit. 33b, p.

Kleidschr. Tl. Küchentraum.

Komm. Pt. Schmiedest. 7, p.

Schrank, Komm., Bett m. M.

Rüde 250. Kohlartenstr. 10.

1 Bettstelle mit Matratze,

großes Aquarium, 1 Braut-

kleid, preiswert zu verkauf.

Lehrstraße 28, IV, links.

Ein Sofa zu verkaufen. Pt.

Albertiner Straße 65, IV, r.

Chaiselongue, Kleiderlircf.

Flurgrd., Patent-Matratze